



Das Geschäft mit der Wasserkraft: Schlaglichter auf europäische Konzerne

Die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt einer
vermeintlich umweltfreundlichen Technologie

Von Christian Russau

unter Mitwirkung von

**Thilo F. Papacek, Heike Drillisch und
Caroline Kim**



GegenStrömung
CounterCurrent



Das Geschäft mit der Wasserkraft: Schlaglichter auf europäische Konzerne – Die Auswirkungen auf Menschen und Umwelt einer vermeintlich umweltfreundlichen Technologie

Von Christian Russau
unter Mitwirkung von Heike Drillisch, Caroline Kim und Thilo F. Papacek (GegenStrömung)

Berlin 2016

Dank an: Ulli Eichelmann, Thomas Wenidoppler, Barbara Happe und Knud Vöcking

Für den Inhalt dieser Publikation sind allein Autor und Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Herausgeber:



GegenStrömung / CounterCurrent
www.gegenstroemung.org
gegenstroemung@gegenstroemung.org



c/o
Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie e.V. (INFOE)
Melchiorstr. 3
D-50670 Köln
www.infoe.de
infoe@infoe.de

Layout: Thilo F. Papacek
Titelbild: Todd Southgate – Der Belo-Monte-Staudamm am Xingu, Bundesstaat Pará, Brasilien
Druck: Die Umweltdruckerei, Hannover. Gedruckt auf Recyclingpapier (Umweltzeichen Euroblume)



Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



sowie



Staudämme versprechen Entwicklung, Wasserkraft gilt als klimaschonende Alternative zu den in Verruf geratenen fossilen Energieträgern. Zahlreiche Länder verweisen stolz auf ihren hohen Anteil erneuerbarer Energien an ihrem Strommix – ganz überwiegend aus Wasserkraft. Und bei den Klimaverhandlungen wirbt die Staudammindustrie mit ihrem grünen Image. Doch viele Wasserkraftwerke gehen mit massiven Auswirkungen auf die Umwelt und Menschenrechte einher. Selbst kleine Wasserkraftwerke machen davon nicht unbedingt eine Ausnahme.

Als Herzstück der Wasserkraftindustrie gelten die Turbinenhersteller. Es sind aber nicht nur Turbinenbauer, die dazubeitragen, weitere Staudammbauten voranzutreiben. Eine ganze Vielzahl von Branchen beteiligt sich an diesem globalen Geschäft. Darunter sind auch zahlreiche europäische und deutsche Unternehmen und Finanzinstitutionen. Sie verfügen teilweise über eigene Verhaltenskodizes oder sind internationalen Regelwerken zur Wahrung von Unternehmensverantwortung beigetreten. Dennoch haben viele Wasserkraftprojekte enorme negative Folgen für Menschen und Umwelt.

Ein stärkeres Umdenken der Akteure und die Festsetzung verbindlicher Standards tut not! Indem wir in dieser Publikation beispielhaft Diskrepanzen zwischen dem Versprechen sauberer und nachhaltiger Energieproduktion einerseits und der Situation vor Ort andererseits aufzeigen, wollen wir dazu einen Beitrag leisten.

Christian Russau, Thilo F. Papacek und Heike Drillisch

Einleitung	7
I. Wirtschaft und Menschenrechte	10
Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte	10
Streit um den „Binding Treaty“	12
Die Bedeutung der Weltstaudammkommission	12
II. Staudämme und öffentliche Finanzinstitutionen	14
II.1 Die Rolle der Weltbank	14
Das Negativbeispiel I: Tucuruí in Amazonien	14
Das Negativbeispiel II: Sardar Sarovar-Damm am Narmada-Fluss in Indien	15
„Modell-Investment“ Nam-Theun-2?	16
Wie weiter im Staudamm-Business?	18
II.2 Regionale Entwicklungsbanken und Wasserkraft	18
1. Internationales Stelldichein: Das „Bujagali Hydroelectric Power Project“ in Uganda	18
Die Finanziere des Bujagali-Staudamm in Uganda	19
Die Eigentümer des Bujagali-Staudamms	19
„Substantielle Gewinne“ und „großer Erfolg“ für wen?	20
2. Europäische Finanzinstitutionen auf dem Balkan: Eine Boomregion für Wasserkraft	21
II.3 Nationale Entwicklungsbanken und Wasserkraft	23
1. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Weltstaudammkommission	23
2. Staudämme und die Deutsche Investitions und Entwicklungsgesellschaft mbH	24
Die DEG und der Staudamm Barro Blanco in Panama	24
3. Die niederländische Entwicklungsbank FMO im Wasserkraftssektor	25
Das Agua-Zarca-Projekt in Honduras: Terror und Tote	25
Der angekündigte Tod von Berta Cáceres	27
III. Staatliche Exportkreditbürgschaften	30
1. Deutsche Exportkreditbürgschaften	30
Der Ilisu-Staudamm in der Türkei	31
Nichts gelernt – Deutsche Exportkreditbürgschaft für Hidrosogamoso in Kolumbien	33
Hidrosogamosos Folgen für die lokale Bevölkerung	33
2. Österreichische Exportkreditbürgschaften	34
Der San Roque-Damm: Mit österreichischer Exportkreditbürgschaft ermöglicht	34
OeKB, Raiffeisenbank OÖ und Andritz: Kreditabsicherung für Staudämme in Vietnam	35
OeKB und der Thuong-Kon-Tum-Staudamm in Vietnam	36
Proteste gegen OeKBs Beteiligung an Wasserkraftprojekten	37

IV.	Versicherer und Rückversicherer	38
1.	Der weltgrößte Rückversicherer Munich Re – Klimawandel als Geschäft	38
	Vertraulichkeit, Seriosität und Medienzurückhaltung des „Weltversicherers“	40
	Die Antwort der Versicherer: „Environmental, Social and Governance“-Kriterien	40
2.	Mapfre – Lead bei der Versicherung von Belo Monte	43
3.	Hoffentlich Allianz versichert...	45
	Das Allianz-Engagement bei Hidrosogamoso in Kolumbien	48
	Das ESG Integration Framework – ein neuer Ansatz?	49
4.	Hannover Re: Eigentlich gegen „zerstörerische“ Großstaudämme, aber...	49
V.	Die Turbinenhersteller	51
1.	Trotz Skandalen: Andritz liefert	51
	Die Xayaburi-Klage: Ein grenzüberschreitender Konflikt	51
	Nachhaltigkeitsberichterstattung nach GRI	54
2.	Alstom und das Umweltmanagementsystem ISO 14001	56
	Son La in Vietnam und Xiangjiaba In China	56
3.	Voith Hydro: Weltmarktanteil von 25 Prozent	59
	Der Xiluodu Damm am Jinsha Fluss in China	59
	Gilgel Gibe: Staudambau in einer Entwicklungsdiktatur	61
	Baglihar: Internationale Konflikte und Staudämme	62
VI.	Ingenieure, Bauleiter und Zertifizierer	64
1.	Lahmeyer: Jahrzehntelange Erfahrung im Staudammgeschäft – mit bösen Unfällen	64
	Merowe: Überflutung ohne Warnung	65
	Staudämme in Erdbebengebieten	66
2.	Die deutschen TÜVs und der Clean Development Mechanism	67
VII.	Von Banken, Baufirmen und Stromanbietern	70
	Schluss	74
	Epilog – Europas Verantwortung – <i>Interview mit Ulrike Lunacek, MEP</i>	77
	Endnoten	79

Infokästen

Kapitel I - Wirtschaft und Menschenrechte

Die 10 Prinzipien des Global Compact	10
Die sieben strategischen Prioritäten der Weltstraudammkommission	12

Kapitel II.1 – Weltbank

Wer finanzierte den Nam-Theun-2-Damm in Laos?	17
Zwangsumsiedlungen ohne Standards	18

Kapitel II.2 – Multilaterale Entwicklungsbanken

Bujagali Hydroelectric Power Project, Uganda	20
--	----

Kapitel II.3 – Nationale Entwicklungsbanken

Brasiliens BNDES-Bank	25
Offener Brief der indigenen Räte und Vertreter/innen des Dorfes La Tejera an die FMO	27
Die Illusion der Kleinwasserkraftwerke	29

Kapitel III – Exportkreditagenturen

Die Rolle Chinas und der China Eximbank	30
Factsheet Ilisu-Staudamm und die Folgen	32
Umkämpfter Staudammhotspot Zentralvietnam	36
Die Österreichische Entwicklungsbank – Tochter der OeKB	37

Kapitel IV – Rückversicherer und Versicherer

Heiliger Wasserfall versus Heilige Kirche	39
Principles for Responsible Investment (PRI) und Principles for Sustainable Insurance (PSI)	41
„Bloß keine Ausschlusskriterien“	42
Das Belo-Monte-Kraftwerk in Brasilien	43
Der Jirau-Staudamm: Mit internationalem Schiedsgericht doppelt abgesichert	45
Die Katastrophe am Sajano-Schuschensker Stausee in Russland	48
Die ESG-Screening-Kriterien der Allianz	49

Kapitel V – Die Turbinenhersteller

Andritz' Nachhaltigkeitsansatz	54
Drei-Schluchten-Damm: Turbinenkonsortium als Know-How-Transfer	57
Alstom Hydro: Mehr als 400 GW weltweit in Betrieb	58
Alstoms Dreijahresbann bei Weltbank und anderen multilateralen Finanzinstitutionen	59

Kapitel VI – Ingenieure, Bauleiter und Zertifizierer

Fichtner: Ingenieursdienstleistungen für den Manantali-Damm in Mali	64
---	----

Kapitel VII – Von Banken, Baufirmen und Stromanbietern

Betonierte Flüsse	70
Hoffnungsschimmer Rückbau	73

Der Boom von Großstaudämmen in Schwellenländern ist ungebrochen. Derzeit erlebt diese alte Technologie ein regelrechtes Revival. Das Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) schätzt, dass in den kommenden zwei Dekaden 3.700 Großstaudämme gebaut werden könnten. Diese Dämme, so die Autorin der Studie, würde die Anzahl der weltweit noch frei fließenden Flüsse um 21 Prozent reduzieren.¹

Die negativen Auswirkungen der Projekte werden dabei von den Staudammbefürworter/innen allzu oft kleingeredet. Allenfalls gestehen sie vereinzelt kritische Punkte ein, erklären aber, dass diese durch die Vorteile aufgewogen würden. Sie argumentieren meist mit „Entwicklung“ und dem Verweis darauf, dass Wasserkraft als klimaneutrale Energie in Zeiten des Klimawandels unabdingbar sei.

Dabei ist das Argument, dass Wasserkraftwerke gut für das Weltklima seien, hoch umstritten. Es liegen wissenschaftliche Studien vor, die auf die verheerenden Methan- oder Stickoxidbilanzen von Staudämmen vor allem in tropischen Regionen hinweisen.² Der CO₂-Fußabdruck des Tucuruí-Staudamms in Amazonien in Brasilien übersteigt den São Paulos, der Staudamm Balbínia, ebenfalls in Amazonien, stößt zehn Mal mehr CO₂ aus als ein Kohlekraftwerk mit vergleichbarer Stromproduktion.³ Neueste wissenschaftliche Untersuchungen ergaben, dass der Methanausstoß aus stehenden Gewässern in früheren Studien um 25 Prozent zu niedrig angesetzt wurde.⁴

Dennoch hält sich das Narrativ von der klimafreundlichen Wasserkraft hartnäckig. Es wird uns von nahezu allen Konzernen aus dem Staudamm-business entgegenhalten, die wir im Rahmen unserer Arbeit in den vergangenen Jahren zu ihren Staudammaktivitäten und -beteiligungen befragt und – auch öffentlich – kritisiert haben.

Doch ist das Narrativ von der „grünen“ und damit nachhaltigen Stromproduktion durch Staudämme nicht nur umstritten, es unterschlägt auch die Verluste an Biodiversität, die der Bau von Wasserkraftwerken bewirkt. Eine im Wissenschaftsmagazin *Science* publizierte Studie zu den drei weltgrößten Flussbecken – Amazonas, Kongo und Mekong – zeigt, dass durch die dort derzeit in Bau befindlichen oder geplanten 450 Großstaudämme ein Drittel aller Süßwasserfischarten in ihrem Überleben gefährdet ist. Dies stellt auch eine enorme Gefahr für die sich von diesen Fischpopulationen

ernährenden Millionen von Menschen dar.⁵

Hinzu kommen Wechselwirkungen mit anderen Klimafaktoren. Im Mai 2014 stellte die Working Group II des Weltklimarats (IPCC)⁶ ihren Bericht vor. Die darin enthaltenen Ergebnisse zu Staudämmen und Klimawandel⁷ waren sehr deutlich: Staudämme und andere Wasserkraftwerke tragen erheblich zu „non-climate impacts“ bei, die ihrerseits wieder die Folgen des Klimawandels verschärfen. Zum Beispiel kommt aufgrund des Sedimentstaus durch Dämme weniger Sand in den Flussdeltas an, so dass der durch den Klimawandel zu erwartende Anstieg des Meeresspiegels dort verheerendere Folgen haben wird. Zudem sei Wasserkraft selbst durch den Klimawandel betroffen, gar in Gefahr durch ausbleibende Regenfälle. Die Dürren der vergangenen Jahre in Brasilien⁸, im südlichen Afrika⁹ oder Venezuela¹⁰ zeigen, dass Wasserkraft mitnichten eine sichere Energiequelle ist. Es besteht die Gefahr, dass millionenschwere Wasserkraftwerksruinen gebaut werden, denen in Folge des Klimawandels das Wasser ausgehen wird.

Doch Wasserkraft hat nicht nur erhebliche negative Folgen für die Umwelt. Auch das Argument, dass Wasserkraft enorme Entwicklungschancen biete, insbesondere für Länder des globalen Südens, ist kritisch zu hinterfragen. Meist werden Wasserkraftwerke in abgelegenen Regionen gebaut. Die ländliche Bevölkerung – häufig indigene Gruppen und/oder andere vulnerable Bevölkerungsgruppen – muss die negativen Folgen tragen. Doch der Strom dient kaum der lokalen Bevölkerung – vielmehr wird er meist über Hochspannungsleitungen in Ballungsräume oder Industriegebiete weitergeleitet, vorbei an den Siedlungen der Landbevölkerung, die oft genug ohne Strom verbleiben.

So trägt die örtliche Bevölkerung die Folgen einer Entwicklung, von der sie kaum einen Nutzen hat. Sie verliert in den Fluten der Stauseen ihre Lebensgrundlagen und ist von Vertreibung, Verarmung und Kulturverlust betroffen. Selbst Arbeitsplätze beim Bau der Anlagen werden oft eher an eingewanderte Arbeitskräfte denn an Ortsansässige vergeben – und sind nicht nur vorübergehend, sondern zum Teil noch von massiven Verletzungen von Arbeitnehmerrechten geprägt. Und statt an der Planung beteiligt zu werden, wie internationale Standards und oft sogar die nationale Gesetzgebung dies vorsehen, erfährt die lokale Bevölkerung allzu oft erst vom Hörensagen oder wenn die Baumaschinen an-

rücken, dass ihr ganzes bisheriges Leben bedroht ist. Selbst dort, wo vorgeschriebene Beteiligungsverfahren formal eingehalten werden, entpuppen sie sich bei näherer Betrachtung oft als Farce.

Und auch die wirtschaftliche Entwicklung, die Wasserkraftbefürworter/innen gerne ins Feld führen, hat ihre negativen Seiten: Wasserkraftwerke dienen oft als Infrastruktur für extraktive Wirtschaftszweige – Bergbau, Erdöl- und Gasförderung¹¹ und industrielle Landwirtschaft –, die zusätzliche Probleme für Menschen und Umwelt bringen. Mit dem Strom aus Wasserkraftwerken werden Aluminiumwerke, Erdölförderanlagen und Eisenhütten betrieben, durch Staubecken werden Stromschnellen überflutet und Flüsse schiffbar gemacht – dadurch gelangt unkontrolliertes wirtschaftliches Wachstum in entlegene Regionen.

Nicht nur die Umwelt wird dadurch weiter zerstört, auch die Menschen dieser Regionen werden von einer rasanten industriellen Entwicklung überrannt. So kommen zu den Millionen Menschen, die schon für die eigentlichen Staudambauten vertrieben wurden, noch diejenigen hinzu, die unter den nachfolgenden Projekten zu leiden haben. Denn auch die extraktiven Industrien entziehen häufig der lo-

kalen Bevölkerung die Lebensgrundlage: Naturräume werden zerstört, der Grundwasserspiegel sinkt, Bergbau und Erdölförderung verbrauchen und verschmutzen viel Wasser, für Agrarindustrie werden Wälder gerodet. Derartige Entwicklungskonzepte, die auf große Wasserkraftwerke setzen, entstanden meist im vergangenen Jahrhundert und verfolgen eine sogenannte „nachholende Entwicklung“: Der Entwicklungsweg der Industrienationen wird als Norm verstanden, den andere Länder „nachholen“ müssen, bis auch sie industrialisierte Volkswirtschaften sind. Doch dieser Entwicklungsweg ist nicht nur mit weitreichender Zerstörung von Ökosystemen verbunden, solche Konzepte gehen auch an den Bedürfnissen vieler Menschen vorbei oder stehen ihnen sogar diametral entgegen.

Auch kleine Wasserkraftwerke sind nicht unbedingt nachhaltiger. Auch sie stehen teilweise in Verbindung mit Bergbauprojekten¹² oder werden von Investoren betrieben, die nicht die Stromversorgung der ländlichen Bevölkerung als zentrales Anliegen haben. Zudem können ihre Auswirkungen auf das Ökosystem erheblich sein, wenn sich ein Kleinwasserkraftwerk ans nächste reiht und aus einem Fluss eine Serie stehender Gewässer mit

Am Tapajós und seinen beiden Zuflüssen im brasilianischen Amazonasgebiet ist der Bau von bis zu 40 Wasserkraftwerken geplant



für Fische unpassierbaren Mauern wird. Und auch wenn von einzelnen Kleinwasserkraftwerken viel weniger Menschen betroffen sind als von Großstaudämmen, können die Konsequenzen für das eigene Leben doch dramatisch sein, wenn Wasserquellen verunreinigt werden und der Zugang zu Trinkwasser abgeschnitten wird.

Ein weiterer Begriff, der in der öffentlichen Debatte suggeriert, ein Projekt habe geringe schädliche Auswirkungen und sei nicht mit anderen hoch umstrittenen Großstaudämmen vergleichbar, ist der des Laufwasserkraftwerks. Doch was so harmlos klingt, als würde die Kraft des natürlichen Flusslaufs ohne großen Eingriff genutzt, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Illusion: auch für Laufwasserkraftwerke werden in der Regel Stauwerke gebaut – zum Teil in riesigen Dimensionen, wie der Belo-Monte-Staudamm und andere in dieser Publikation vorgestellte Projekte zeigen.

In den Ländern des Globalen Südens regt sich deshalb häufig Widerstand gegen den Bau von Wasserkraftanlagen – großen wie kleinen. Denn die lokalen Bevölkerungen wissen, dass diese Projekte, die angeblich grüne Energie und Fortschritt bringen, nicht in ihrem Interesse sind. Doch die Projektbetreiber/innen haben meist gute Beziehungen zu Politik und Sicherheitsapparaten. Widerstand gegen Wasserkraftprojekte wird politisch diffamiert und kriminalisiert. Medien stellen Gruppen, die sich gegen Wasserkraft engagieren, nicht selten als Feinde der Nation und des Fortschritts dar. In den letzten Jahren ist auch eine Zunahme der direkten Repression gegen Gruppen, die sich gegen Wasserkraftanlagen engagieren, zu beobachten. Der Menschenrechtsorganisation Global Witness zufolge sind 15 Menschenrechts- und Umweltaktivist/innen im Jahr 2015 ermordet worden, die sich gegen geplante Wasserkraftwerke engagiert haben.¹³

Die Tatsache, dass Menschen ermordet werden, um Wasserkraftprojekte durchzusetzen, ist das wohl deutlichste Zeichen, dass etwas faul ist an dem Narrativ, die Wasserkraftnutzung berge nur positive Entwicklungschancen für die jeweilige Bevölkerung.

Offensichtlich gibt es eine deutliche Diskrepanz zwischen den unterschiedlichen Sichtweisen. Auf der einen Seite stehen die Narrative der Staudambefürworter/innen, die von der Klimafreundlichkeit und den Entwicklungschancen durch Wasserkraft erzählen. Auf der anderen Seite stehen Analysen, die zeigen, dass die Behauptungen der Staudambefürworter/innen oft nicht die Realität widerspiegeln oder dass eine andere Art von Entwicklung von der lokalen Bevölkerung gefordert wird. Es ist

deshalb eine wichtige Aufgabe der hiesigen Zivilgesellschaft, gemeinsam mit den von Staudammprojekten betroffenen Menschen auf die Gefährlichkeit dieser Narrative hinzuweisen, denn sie dienen letztlich dazu, Wasserkraftprojekte mit dem – umstrittenen – Argument der Klimafreundlichkeit zu legitimieren – und dabei geraten die Menschenrechte der lokal Betroffenen ebenso unter die Räder wie Umwelt, Natur und Biodiversität.

Diese Publikation verfolgt vor allem die Spuren europäischer Konzerne – insbesondere deutscher –, die weltweit an Staudammprojekten beteiligt sind. Die Studie versucht aufzudecken, welche Folgen diese Wasserkraftwerke für Menschen und Natur haben. Dabei geht es nicht um eine allumfassende oder gar abschließende Analyse. Vielmehr sollen Schlaglichter auf besonders eklatante Fälle geworfen werden. Beispiele, das wusste Hannah Arendt, schärfen unsere Urteilskraft.¹⁴ Die Beispiele in dieser Studie sollen die Problemlagen illustrieren, für diese sensibilisieren und auf die mangelnden Sorgfaltspflichten der an solchen Großprojekten beteiligten Unternehmen verweisen, egal an welchem Glied der Kette sie mit diesen Projekten verzahnt sind.

Es ist bekanntermaßen ein langer und steiniger Weg, die Sorgfaltspflichten grenzüberschreitend agierender Konzerne durchgängig und an allen Gliedern der Wertschöpfungsketten durchzusetzen und die Konzerne für ihr Handeln auch juristisch haftbar zu machen. Bis auf UN-Ebene ein verbindlicher Vertrag über die Verantwortung von Konzernen zur Einhaltung der Menschenrechte bei ihrem Handeln eingeführt wird, und die Regierungen die Menschenrechte vor Verletzungen in Zusammenhang mit wirtschaftlichen Tätigkeiten effektiv schützen, wird noch viel Zeit ins Land gehen. Umso wichtiger ist es, dass zivilgesellschaftliche Gruppen aus Menschenrechts- und Umweltschutz gemeinsam mit den Betroffenen auf die einzelnen Missstände aufmerksam machen und die Konzerne – entlang der gesamten Verantwortungskette – öffentlich zur Rede stellen und Antworten ebenso wie Änderungen im Konzerngebaren einfordern. Auch wenn dies oft mühselig ist und vielleicht auch im Einzelfall keinen schnellen Erfolg verspricht, sind wir als Zivilgesellschaft gefordert, uns da, wo Unternehmen aus unseren Ländern an Projekten beteiligt sind, die Menschenrechte verletzen und Umwelt zerstören, an die Seite der Betroffenen zu stellen. Ein erster Schritt hierfür ist es, Zusammenhänge offenzulegen, wozu die vorliegende Publikation beitragen soll.

I. WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

Mindeststandards, Leitlinien und verbindliche Verträge

Einstürzende Textilfabriken, sklavereiähnliche Arbeitsbedingungen im Bergbausektor, Zwangsumsiedlungen durch geflutete Stauseen – die Liste der Menschenrechtsverletzungen im Rahmen wirtschaftlicher Aktivitäten ist lang. Ebenso lang ist die Liste der multinationalen Konzerne, die in ihrem eigenen Wirtschaften oder bei ihren Zulieferern nicht dafür Sorge tragen, dass diese Menschenrechtsverletzungen effektiv bekämpft werden. Allzu oft wird Verantwortung auf andere abgeschoben und mit der Komplexität der Verantwortlichkeiten und zu hohen Kosten argumentiert. Die Durchsetzung der Menschenrechte in allen Bereichen bleibt dabei viel zu oft auf der Strecke. In der Öffentlichkeit kritisiert, verweisen Unternehmen gerne auf ihre freiwilligen Leitlinien, Selbstverpflichtungen und selbstregulierenden Systemansätze.

Als „weltweit größte und wichtigste Initiative für verantwortungsvolle Unternehmensführung“¹ sieht sich der im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufene UN Global Compact. 8.300 Unternehmen und mehr als 4.500 sogenannte „non-business Teilnehmer“ haben sich freiwillig verpflichtet, die Vision des Global Compact umzusetzen.

Mit einem Beitritt zum Global Compact bekennen Unternehmen sich zur Verantwortung für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft, ihre Corporate Social Responsibility. Der Global Compact verfügt jedoch über keine Durchsetzungsmechanismen, er verpflichtet die beteiligten Unternehmen lediglich, jährlich über ihre Fortschritte bei der Umsetzung der zehn Prinzipien zu berichten.

Kritiker/innen sehen in diesem Soft-Law-Ansatz mehr eine Werbemaßnahme denn eine effektive Maßnahme, um Menschenrechtsverletzungen und

Umweltzerstörung durch wirtschaftliche Aktivitäten einzudämmen.² Um diesem Ansatz zu begegnen, fordern Menschenrechts- und Umweltgruppen seit Jahrzehnten, den Ansatz der Corporate Social Responsibility durch Corporate Accountability zu ersetzen. D. h. also durch rechtsverbindliche, einklagbare und die beteiligten Unternehmen haftbar machende Rechtsgrundsätze. Unterstützt wird diese Forderung u. a. von den „Maastrichter Prinzipien zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“³. Sie wurden 2011 von 40 Expert/innen aus der Wissenschaft, Sonderberichterstatter/innen

der Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen entwickelt und stellen klar, dass die menschenrechtlichen Pflichten eines Staates nicht an den eigenen Staatsgrenzen enden. Innerhalb ihrer Einflussphäre haben Staaten auch gegenüber Menschen in anderen Ländern menschenrechtliche

“ Big Dams are to a Nation’s
‘Development’ what Nuclear
Bombs are to its Military
Arsenal. They are both weapons
of mass destruction. They’re
both weapons Governments
use to control their own
people. “

Arundhati Roy: *The Greater Common Good*.

Friends of River Narmada, 1999

Verpflichtungen, z. B. die Auslandsaktivitäten von Unternehmen durch administrative, gesetzgeberische und gerichtliche Maßnahmen so zu regulieren, dass sie nicht gegen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte verstoßen.⁴

Die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte

In der UNO war 2004 der Versuch, Normen für die Verantwortung transnationaler Unternehmen zu verankern, allerdings gescheitert. Im Juni 2011 nahm dann jedoch der UN-Menschenrechtsrat die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte einstimmig an. Damit schuf er Richtlinien, die die beiderseitige Verantwortung von

Die 10 Prinzipien des Global Compact: Freiwillige Mindeststandards ohne Sanktionen⁵

- 01 Unternehmen sollen den Schutz der internationalen Menschenrechte unterstützen und achten.
- 02 Unternehmen sollen sicherstellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen.
- 03 Unternehmen sollen die Vereinigungsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen wahren.
- 04 Unternehmen sollen für die Beseitigung aller Formen von Zwangsarbeit eintreten.
- 05 Unternehmen sollen für die Abschaffung von Kinderarbeit eintreten.
- 06 Unternehmen sollen für die Beseitigung von Diskriminierung bei Anstellung und Erwerbstätigkeit eintreten.
- 07 Unternehmen sollen im Umgang mit Umweltproblemen dem Vorsorgeprinzip folgen.
- 08 Unternehmen sollen Initiativen ergreifen, um größeres Umweltbewusstsein zu fördern.
- 09 Unternehmen sollen die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien beschleunigen.
- 10 Unternehmen sollen gegen alle Arten der Korruption eintreten, einschließlich Erpressung und Bestechung.

Staaten und Unternehmen für die Menschenrechte beschreiben. Sie beziehen sich explizit auf die bereits bestehenden Verpflichtungen, die sich aus den internationalen Menschenrechtskonventionen⁶ ergeben und gelten derzeit als Mindeststandard. Die UN-Leitprinzipien beschreiben 1) die Pflicht von Staaten, die Menschenrechte zu schützen, 2) die Verantwortung von Unternehmen, die Menschenrechte zu achten sowie 3) den Zugang zu Abhilfe und Wiedergutmachung für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen zu gewähren. Dem liegt das Prinzip zugrunde, die Menschenrechte zu schützen, zu achten und zu gewährleisten.

Die UN-Leitprinzipien verweisen explizit darauf, dass alle Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, Verantwortung für die Einhaltung der Menschenrechte tragen. Dies gilt auch für alle Geschäftsbeziehungen, also einschließlich der gesamten Zuliefererkette. Die in den UN-Leitprinzipien festgehaltenen Sorgfaltspflichten verlangen die aktive Untersuchung der tatsächlichen und/oder potenziellen menschenrechtlichen Auswirkungen der eigenen Geschäftstätigkeiten und -beziehungen. Negative Auswirkungen sollen die Unternehmen vermeiden oder mindern; für den Fall, dass sie doch eintreten, sollen Unternehmen über Verfahren zur Wiedergutmachung verfügen. Zudem sollen die Unternehmen

nach den Leitprinzipien über ihre Risikoanalysen, die daraus gewonnenen Erkenntnisse, Auswirkungen und Maßnahmen öffentlich berichten. Zudem definieren die UN-Leitprinzipien die potenzielle Mittäterschaft von Unternehmen bei Menschenrechtsverletzungen: „Unter nichtjuristischen Gesichtspunkten können Wirtschaftsunternehmen als ‚Mittäter‘ an den Handlungen anderer Parteien betrachtet werden, wenn es etwa den Anschein hat, dass sie von einer von dieser Partei verübten Verletzung profitieren.“⁷

Stellt ein Unternehmen fest, dass es ihm an Möglichkeiten mangelt, um Menschenrechtsverletzungen bei Zulieferern oder Kunden zu verhindern, solle es in Erwägung ziehen, die Geschäftsbeziehung zu beenden.

Die Verabschiedung der UN-Leitprinzipien wird allgemein als wichtiger Schritt wahrgenommen, doch bleiben auch sie nur ein scharfes Schwert. Denn auch sie sind nicht verbindlich oder juristisch durchsetzbar. So sehen sich Opfer von Menschenrechtsverletzungen durch das Handeln von transnational agierenden Konzernen nach wie vor vielfachen Schwierigkeiten ausgesetzt, ihre Rechte einzuklagen: Dies sind unter anderem schwache Rechtsstaatlichkeit, komplexe Konzernstrukturen, die große Macht der jeweiligen Konzerne sowie praktische und finanzielle Hürden.⁸

Streit um den „Binding Treaty“

Einige Staaten, darunter Ecuador und Südafrika, sowie ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis¹ haben daher eine neue Initiative auf UN-Ebene gestartet, endlich ein rechtsverbindliches internationales Instrument zur Regulierung von transnationalen Unternehmen zu entwickeln. Im Juni 2014 erzielten sie die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe dafür – gegen die Stimmen der USA, Deutschlands und anderer Staaten. 2017 will die Arbeitsgruppe erste Vorschläge für die Ausgestaltung des geplanten Instruments vorlegen. Doch der Weg bis zur Verabschiedung eines rechtsverbindlichen Instruments für die grenzüberschreitende Verantwortung von Unternehmen ist zweifelsohne noch sehr lang und steinig.

Staudämme und Menschenrechte: Die Bedeutung der Weltstaudammkommission

Neben den Prinzipien, die grundsätzlich für den Bereich Unternehmensverantwortung gelten, sind für Staudammbauer auch solche relevant, die speziell für diesen Wirtschaftsbereich entwickelt wurden. Denn

Die sieben strategischen Prioritäten der Weltstaudammkommission WCD (2000)

- 01 Gewinnung öffentlicher Akzeptanz
- 02 Umfassende Prüfung von Optionen
- 03 Überprüfung bestehender Staudämme
- 04 Erhalt von Flüssen und Existenzgrundlagen
- 05 Anerkennung von Ansprüchen und gerechte Teilung des Nutzens
- 06 Einhaltung von Verpflichtungen und Vereinbarungen
- 07 Gemeinsamer Nutzen von Flüssen zur Förderung von Frieden, Entwicklung und Sicherheit

seit den 1980er Jahren hatte es vermehrt massive Proteste von Betroffenen gegen Großstaudammprojekte gegeben, die die Einhaltung von Menschenrechten beim Bau derartiger Anlagen einforderten. Als Reak-

Proteste gegen das geplanten Site-C-Wasserkraftwerk in Kanada: Der geplante Staudamm soll das Peace-Valley in British Columbia überfluten, um Strom für Erdgasförderung und Bergbauprojekte bereitzustellen. Mehrere „First Nations“ (indigene Gemeinschaften) klagen und protestieren gegen das Projekt



tion auf diese Proteste initiierten die Weltbank und die International Union for the Conservation of Nature (IUCN) die Weltstaudammkommission (World Commission on Dams, WCD). Zusammengesetzt aus Vertreter/innen von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Umwelt- und Betroffenenorganisationen, erstellte die Weltstaudammkommission (im folgenden WCD) auf Basis umfangreicher Konsultationen, Fall- und Länderstudien die erste unabhängige und weltweite Untersuchung über die Auswirkungen von Großstaudämmen. Dabei ging sie auch auf vorhandene Alternativen zur Entwicklung von Wasser- und Energieressourcen ein. Im Jahr 2000 stellte die WCD ihren Abschlussbericht vor, in dem sie einen rechtsbasierten Ansatz und sieben strategische Prioritäten vorschlug (siehe Kasten).

Da an der Erarbeitung des Berichts sowohl Staudammbefürworter/innen als auch Staudammgegner/innen beteiligt waren, stellen die WCD-Empfehlungen den zentralen Bewertungsstandard für den Bau neuer Staudämme dar und ihre Einhal-

tung sollte für alle Projektbetreiber und am Bau beteiligten Unternehmen und Finanzdienstleister selbstverständlich sein. Die Nichtregierungsorganisation International Rivers bezeichnet die WCD-Empfehlungen daher auch als „Gold-Standard“¹⁰. Unter dem Dach der International Hydropower Association entwickelten überwiegend Unternehmen zwischenzeitlich das Hydropower Sustainability Assessment Protocol (HSAP) – vorgeblich, um die Empfehlungen der WCD zu operationalisieren. Doch der Name verrät es bereits – HSAP ist kein Standard, sondern lediglich ein Analyseinstrument, das ökologische oder menschenrechtliche Probleme eines Projekts aufzeigen kann. Was noch immer fehlt, ist das klare Bekenntnis der Staudammindustrie und -finanziers, sich nicht an Projekten zu beteiligen, die zu Menschenrechtsverletzungen führen, die Umwelt zerstören oder die WCD-Empfehlungen missachten.¹¹

Die folgenden Kapitel sind dafür ein erschütternder Beleg.

Gedenken in Bangladesch an die honduranische Umweltschützerin Berta Cáceres (siehe Kapitel II.3)



Foto: Abdulk Karim Kim / International Rivers (CC BY-NC-SA 2.0)

II. STAUDÄMME UND ÖFFENTLICHE FINANZINSTITUTIONEN

II.1 DIE ROLLE DER WELTBANK

Über Jahrzehnte war die Weltbank eine zentrale Institution, die den Bau neuer Staudämme in den Ländern des globalen Südens ermöglichte. Im Jahr 2000, kurz nach dem Erscheinen des WCD-Berichts, erklärte sie jedoch, in Zukunft Staudämme nach den vorliegenden Empfehlungen des Berichts zu fördern und von schädlichen Großstaudammprojekten ganz abzusehen.¹ Die Daten der Weltbank der folgenden Jahre zeigen ein klares Bild: Die Investitionen der Weltbank in den Wasserkraftsektor lagen 2002 im Vergleich zu denen vom Jahr 1992 um 90 Prozent niedriger.²

Seit 2013 jedoch ist ein erneutes Umdenken der Weltbank zu beobachten: Vor allem unter dem Argument der (angeblichen) Klimaneutralität von Wasserkraft hat die Weltbank ein Damm-Revival in die Wege geleitet.

Was aber waren die Motive für diesen zwischenzeitlichen Sinneswandel bei der Weltbank? Neben den Erkenntnissen des WCD-Berichts dürfte auch die teils massive Kritik von Projektbetroffenen und

Nichtregierungsorganisationen zusammen mit entsprechender öffentlicher Berichterstattung, die die Weltbank in schlechtes Licht setzten, eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

Das Negativbeispiel I: Tucuruí in Amazonien

Eines der bekanntesten Negativbeispiele für Wasserkrafterschließung auf Kosten der Menschen ist das Stauwerk Tucuruí am Fluss Tocantins in Brasilien. Die erste Bauphase für die Installierung einer Kraftwerkskapazität von 4.000 MW lief von 1975 bis 1984, die zweite Bauphase (Erweiterung auf 8.000 MW) dauerte bis 2002. Es wurden 2.430 km² Land, größtenteils tropischer Regenwald, überflutet – also knapp fünf Mal die Fläche des Bodensees. Zerrüttete Sozialstrukturen, Massenarbeitslosigkeit nach der Fertigstellung des Damms und eine Malariaplage durch die stehenden Gewässer machen Tucuruí zu einem Sinnbild für fehlgeleitete „Entwicklung“ in der Amazonasregion.

Das Tucuruí Kraftwerk in Amazonien



Nach einem offiziellen Bericht wurden 4.407 Haushalte umgesiedelt, das bedeutet mindestens 20.000 Personen.³

Betroffen waren vermutlich noch sehr viel mehr Menschen, denn Entschädigungen gab es nur für diejenigen, die über eingetragene Besitztitel für ihr Land verfügten. Dies war ein verfehelter Ansatz für diese Region, denn ein Großteil der im Gebiet lebenden Menschen verfügt nicht über formale Grundstückstitel, obwohl sie das Land teilweise seit Generationen bewohnen und sie sich Besitztitel besorgen könnten. Ferner gab es Ungleichbehandlung bei der Entschädigung und Bevorteilung von Großgrundbesitzer/innen. Insgesamt war die Entschädigungssumme zu gering, die Bewertung von Grundstücken erfolgte deutlich unter dem Beschaffungswert für ein vergleichbares Objekt. Fehlende Beteiligung, mangelnde Transparenz und schlechte Planung der Umsiedlung charakterisierten die Umsetzung dieses Großprojekts.

Die Fehleinschätzung informeller und kollektiver Formen der Landwirtschaft und des lokalen Tauschhandels (gemeinsame Nutzung der Wälder, Weidegebiete, etc.) führte beispielsweise zur Umsiedlung von Fischer/innenfamilien fernab des Flusses. Der Kontakt der Staudambetreiberin – der staatlichen Firma Eletronorte – mit der Bevölkerung war gekennzeichnet durch eine Mischung aus Versprechungen, Druck und Androhung von Gewalt. Laut der Bewegung der Staudambetroffenen Brasiliens (MAB) warten einige Anwohner/innen bis heute auf Entschädigung. Im Falle der wegen Tucuruí vertriebenen Indigenen Akrankyatejê dauerte es 36 Jahre, bis ein Gerichtsurteil im Jahre 2011 den Staudambetreiber Eletronorte zum Kauf von Ersatzland zwang.⁴ Die Bewohner/innen der Region um Tucuruí wurden erst 1997, 13 Jahre nach

Fertigstellung des Staudamms, an das Stromnetz angeschlossen.⁵ Zahlreiche Gemeinden in der Umgebung des Kraftwerks, die von dessen Überlandleitungen betroffen sind, haben bis heute keinen Strom. Der Großteil des in Tucuruí produzierten Stroms geht in die exportorientierte Aluminiumindustrie, die sich wegen der umfangreichen Bauitvorkommen in der Region in den vergangenen Jahrzehnten angesiedelt hat.⁶

Der Tucuruí-Staudamm und dessen soziale Konsequenzen sowie die Umweltfolgen bildeten eine der großen Fallstudien im Rahmen des WCD-Prozesses.⁷

Das Negativbeispiel II: Der Sardar-Sarovar-Damm am Narmada-Fluss in Indien

Der Narmada-Fluss ist mit über 1.312 Kilometern Länge der fünftlängste Fluss Indiens und bildet die geographische Grenze zwischen Nord- und Südindien. Von den insgesamt über 3.000⁸ in Planung befindlichen Dämmen an der Narmada ist der bereits bestehende Sardar-Sarovar-Damm der größte und der umstrittenste.

Bereits in den 1940er Jahren entstanden erste Pläne, die Narmada mehrfach zu stauen und durch die Mehrfachnutzung eine tiefgreifende Entwicklung für Indien zu erreichen: Das Wasser der Narmada sollte Strom und Trinkwasser für bis zu 30 Millionen Menschen liefern und durch Kanalbauten die Landwirtschaft bewässern, um bis zu 20 Millionen Menschen zu ernähren. Eine win-win-Situation? Es dauerte noch Jahrzehnte, bis begonnen wurde, diese Pläne umzusetzen.

Aber ab 1989 entstand ein ungeahnter Widerstand. Im Narmada-Tal, direkt am Fluss, trafen sich rund 50.000 Menschen, um gegen die Staudammpläne



Für den Sardar-Sarovar-Damm wurden zehntausende Menschen zwangsumgesiedelt, wie auch diese Gruppe von umherziehenden Musikern

zu protestierten.⁹ Denn allein durch den ersten Damm, den Sardar-Sarovar-Damm, mussten 30-40.000 Menschen zwangsumgesiedelt werden.¹⁰ Sollten die weiteren Pläne der indischen Regierung für Dammbauten auch nur annähernd durchgesetzt werden, so wurde befürchtet, dass diese Zahl auf weit über 200.000 Menschen steigen würde, darunter auch indigene Gruppen, die am und von dem Fluss leben.¹¹

Im Jahr 1985 gewährte die Weltbank einen Kredit in Höhe von 450 Millionen US-Dollar für Sardar Sarovar – obwohl schon damals die Unvereinbarkeit des Projekts mit den sozialen und Umweltvorgaben publik gemacht worden war.¹² Es war vor allem der Zusammenschluss Narmada Bachao Andolan, eine Koalition sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen, die national wie international für lautstarken Widerstand und Protest sorgten.¹³ Thayer Scudder war viele Jahre lang Weltbank-Berater und galt als einer der versiertesten Spezialisten weltweit für die sensiblen Fragen von Zwangsumsiedlungen durch Großstaudammprojekte. Nach einer persönlichen Untersuchung des Projektes 1983 fiel sein Urteil eindeutig aus: „The worst resettlement I’ve ever seen anywhere in the world.“¹⁴ Trotz des internationalen Drucks blieb die Weltbank zunächst bei ihrem Plan, die Dämme an der Narmada zu finanzieren.

Doch der internationale Druck stieg weiter an, kritische Presseberichte waren weltweit zu lesen. So schickte die Weltbank Thayer Scudder ein weiteres Mal nach Indien. Das Urteil seines Berichts fiel unverändert negativ aus. Er empfahl dringend die Umsetzung von neun Minimalkriterien, um überhaupt an eine Fortführung der Zusammenarbeit mit den Projektbetreibern zu denken. Doch die Weltbank-Niederlassung in Indien wollte an ihren Erfolgswahlen für die Kreditvergabe festhalten und änderte die Meldung über den Bericht. Nach dem nun veränderten Scudder-Report gebe es bei der Umsiedlung keine Probleme mehr. Um weiterer Kritik zu entgehen, änderte die Weltbank die Kreditbedingungen für die Dämme an der Narmada dahingehend, dass die Vorlage eines Umsiedlungsplanes als nicht notwendig erklärt wurde.¹⁵ Doch dessen ungeachtet nahmen die negativen Presseberichte nicht ab – und auch der zivilgesellschaftliche Druck verstärkte sich zunehmend. Schließlich sah sich die Weltbank 1991 gezwungen, eine neue unabhängige Untersuchungskommission, die sogenannte Morse-Commission, einzuberufen, um das Projekt erneut zu prüfen.¹⁶ Das Urteil fiel vernichtend aus: Bradford Morse als Vorsitzender und Tho-

mas R. Berger als sein Vize hatten in vielen Interviews vor Ort und mit Dokumentenstudium „fundamentale Fehler“ bei der Umsetzung des Sardar-Sarovar-Projekts identifiziert.

We think the Sardar Sarovar Projects as they stand are flawed, that resettlement and rehabilitation of all those displaced by the Projects is not possible under prevailing circumstances, and that the environmental impacts of the Projects have not been properly considered or adequately addressed. Moreover, we believe that the Bank shares responsibility with the borrower for the situation that has developed.¹⁷

Aber noch immer war die Weltbank nicht bereit, die entsprechende Schlussfolgerung zu ziehen. So schickte sie ein weiteres Komitee zur Überprüfung des Sardar-Sarovar-Projekts nach Indien, das sogenannte Pamela Cox Committee. Auch dieses fällte ein vernichtendes Urteil.¹⁸ Und damit änderte endlich auch die Weltbank ihre Meinung und erklärte 1993 ihren Rückzug aus allen Projekten an der Narmada.

Der Dammbau ging dennoch weiter, da die Regierung des Bundesstaats Gujarat die Finanzierung übernahm.¹⁹ Erst 1995 stoppte der Oberste Gerichtshof Indiens die Bauarbeiten, um sie im Jahr 2000 wieder freizugeben. Das Gericht genehmigte allerdings für die Staumauer nur eine niedrigere Bauhöhe als von den Bauherren gewünscht, aber immer noch höher als von den Gegner/innen gefordert. Die Höhe der Talsperre ist von enormer Bedeutung, da sie über die Größe des zu flutenden Terrains und damit die Anzahl der Umzusiedelnden entscheidet. Mittlerweile ist das Sardar-Sarovar-Projekt fertiggestellt¹⁹ und die Menschen wurden umgesiedelt. Weder exakte Zahlen noch die Art und Weise der Zwangsumsiedlung sind bis heute offiziell publik gemacht worden, da das Oberste Gericht Indiens eine Überprüfung, wie die Umsiedlungspläne umgesetzt worden sind, mehrheitlich abgelehnt hat.²¹

All diesen Unklarheiten zum Trotz ging der Bau weiter. Im August 2016 waren sechs Turbinen des Sardar-Sarovar-Damms in Betrieb.²²

„Modell-Investment“ Nam-Theun-2?

Hat nun die Weltbank ihre Lektion gelernt? Wird sie in Zukunft keine Großstaudämme mehr finanzieren? Diese Frage kann nicht eindeutig beantwortet werden. Schon im Jahr 2005 bewilligte sie ein weiteres hoch umstrittenes Staudammprojekt, Nam Theun 2 in Laos.

Die Mekong-Region in Kambodscha, Laos und Thailand eignet sich nach Ansicht der Regierungen dieser Staaten sowie Firmen und Institutionen wie der Weltbank sehr für die Stromgewinnung durch Wasserkraft.



Der Nam-Theun-Fluss, bevor das Wasserkraftwerk entstand

Daher ist das Mekong-Einzugsgebiet derzeit einer der Hotspots des weltweiten Staudammbooms. Der britische Guardian zählte in einem Bericht elf Großstaudämme im Mekong-Einzugsgebiet, die das weltweit größte binnenländische Fischereigebiet und damit das Einkommen und Überleben von Millionen von Menschen gefährden.²³ Das Nam-Theun-2-Wasserkraftwerk mit 1.070 MW Leistung wurde 2010 in Laos in Betrieb genommen. Die Weltbank stilisiert diesen Damm zum „Modell-Investment“ im Staudammgeschäft. Kritiker/innen sehen das ganz anders. Peter Bosshard und Josh Klemm von der Nichtregierungsorganisation International Rivers haben die Argumente der Weltbank beim Nam-Theun-2-Damm untersucht und als Mythen entlarvt.²⁴ Ein Mythos sei es, so Bosshard und Klemm, dass der Staudamm Nam Theun 2 zur Linderung der Armut beitrage. 95 Prozent des produzierten Stroms wird nach Thailand exportiert. Die Regierung verweist dagegen auf die Einnahmen durch den Stromverkauf, die

zur Armutsreduzierung eingesetzt werden sollten. Selbst die Weltbank gebe aber zu, dass der Verbleib von mehr als 50 Prozent der Einnahmen ungeklärt sei. Auch die Sicht der Weltbank, nach der die Umsiedlungen beispielhaft gelöst würden, teilen Bosshard und Klemm nicht. Beim Nam-Theun-2-Damm wurden für die Umsiedlungen, die durch den Bau notwendig wurden, von der Weltbank 40 Mio. US-Dollar veranschlagt. Nach Bosshard und Klemm hätten umgesiedelte Familien zwar nun eine bessere Infrastruktur mit Zugang zu Elektrizität, Straßen und Schulen. Andererseits hätten sie ihre Lebensgrundlagen verloren, die vor allem auf dem Anbau von Gemüse und Viehzucht basierten. Die neuen Landflächen seien zu klein und von schlechter Bodenqualität. Auch das Argument der Weltbank, beim Nam-Theun-2-Damm würden die flussabwärts entstehenden negativen Auswirkungen bewältigt werden, sehen Bosshard und Klemm kritisch. Denn der Damm hat enorme Auswirkungen auf das alltägliche Leben der 120.000 Menschen,

Wer finanzierte den Nam-Theun-2-Damm in Laos?

Zunächst bewilligte die Weltbanktochter MIGA, die Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur, im Jahr 2005 neun Millionen US-Dollar zur Versicherung politischer Risiken, später ergänzte sie die Teilversicherung um 50 Millionen US-Dollar, und eine andere Weltbanktochter, die International Development Association (IDA), gab einen Kredit über 20 Millionen US-Dollar. Hauptkreditgeber ist die belgische Fortis Bank NV. Daneben sind Electricité de France International (EDFI), Australia and New Zealand Banking Group Limited, BNP Paribas, Bank of Tokyo-Mitsubishi Ltd., Crédit Agricole Indosuez, ING Bank N.V., KBC Bank N.V., Société Générale Asia Limited, Standard Chartered Bank sowie die Asian Development Bank beteiligt.²⁶

Zwangsumsiedlungen ohne Standards

Anfang März 2015 titelten mehrere Zeitungen weltweit eine Schlagzeile, die der Weltbank nicht gefallen haben dürfte: Für Entwicklungsprojekte der Weltbank wurden in den letzten zehn Jahren 3,4 Millionen Menschen zwangsumgesiedelt und von ihrem Land vertrieben.³⁰ Auf Grundlage von Weltbank-Dokumenten deckten Journalist/innen verschiedener deutscher Medien³¹ und des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ)³² auf, dass die Weltbank bei zahlreichen Projekten gegen ihre eigenen Menschenrechtsleitlinien verstoßen hat. Der Weltbank-Chef Jim Yong Kim räumte ein, dass die Weltbank versagt habe, ihre Projekte ausreichend zu überwachen und die Einhaltung der eigenen Standards zu garantieren. In Zukunft müssten strengere Überprüfungen stattfinden. Zudem werde es strengere Sozial- und Umweltstandards geben und Vertreibungen müssten vermieden, beziehungsweise Umgesiedelte angemessen entschädigt werden, erklärte Kim.³³ Umweltschützer/innen und Menschenrechtler/innen begrüßen zwar den Plan zum Wandel, kritisieren ihn aber als „zu klein“ und „zu spät“.³⁴ Seit die Weltbank im August 2016 ihre neuen Umwelt- und Sozialrichtlinien (Safeguard Policies)³⁵ veröffentlicht hat, steigen ihre Befürchtungen, dass die Projektbetroffenen ihre Rechte noch weniger durchsetzen können.³⁶

die flussabwärts des Nam-Theun-2-Damms leben. Sie leiden unter sinkenden Reisernten und dramatischen Rückgängen im Fischfang, die die Grundpfeiler ihrer lokalen Lebensgrundlage gebildet hatten.²⁵

Wie weiter im Staudamm-Business?

Das Beispiel Nam Theun 2 zeigt, dass es fraglich ist, ob die Weltbank aus ihren Fehlern gelernt hat. Denn bei aktuellen Projekten führt sie wieder die gleichen Argumente wie bei früheren Staudammvorhaben ins Feld. Auch Weltbankpräsident Jim Yong Kim erklärte noch im April 2016, dass er Staudämme als Energiequelle nicht völlig ausschliesse, was von International Rivers heftig kritisiert wurde.²⁷ Dabei

dürfte auch für die von der Weltbank finanzierten Wasserkraftprojekte gelten, was investigative Journalist/innen 2015 aufdeckten: die massiven negativen Auswirkungen durch Zwangsumsiedlungen und die Missachtung der weltbankeigenen Standards dabei (s. Kasten). Im Juli 2016 gab die Weltbank allerdings bekannt, das umstrittene Staudammprojekt Inga 3 in der Demokratischen Republik Kongo nicht weiter zu finanzieren²⁸, eine Entscheidung, die von Nichtregierungsorganisationen begrüßt wurde²⁹. Es bleibt offen, ob diese Entscheidung ein Einzelfall war oder ob die Weltbank nun doch die grundsätzliche Problematik von Staudambauten zur Kenntnis nimmt und ihre Rolle als Player im weltweiten Staudamm-Business überdenkt.

II.2 REGIONALE ENTWICKLUNGSBANKEN UND WASSERKRAFT

Neben der Weltbank sind auch viele andere multilaterale Finanzinstitutionen wie die African Development Bank (AfDB), die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) oder die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB) in Großstaudammprojekten vertreten. Großstaudämme scheinen trotz ihrer schwerwiegenden „Nebenwirkungen“ salonfähig zu sein.

1. Internationales Stelldichein: Das „Bujagali Hydroelectric Power Project“ in Uganda

Das „Bujagali Hydroelectric Power Project“ an den gleichnamigen Wasserfällen in Uganda ist

mit 263 MW-Kapazität seit 2012 das größte Laufwasserkraftwerk der Landes, zugleich ist es das größte seiner Art in der gesamten Sub-Sahara-Region. Die Bauherren werben damit, dass nun an der Quelle des Nils fünf Turbinen über 250 Megawatt Strom für etwa fünf Millionen Haushalte erzeugen. Und beim Bujagali-Projekt sind nahezu alle großen internationalen öffentlichen Finanzinstitutionen zusammengeskommen – ein wahres Stelldichein der internationalen Finanziers. Weitere europäische Beteiligte sind die Munich Re als Leiterin der Rückversicherungen, Alstom mit Turbinenlieferungen und der TÜV Rheinland (Niederlassung China) als Zuständiger für das Audit unter dem Clean Development Mechanism (Kapitel VI).

Die Finanziere des Bujagali-Staudamms in Uganda

Die Kreditfinanzierung und -deckung wurde unter Führung der Weltbank organisiert, die einschließlich ihrer Töchter MIGA¹ und IFC² 360 Millionen US-Dollar beisteuert. Beteiligt waren ebenfalls die EIB mit 130 Millionen US-Dollar, die KfW Entwicklungsbank, die ebenfalls zur KfW-Bankengruppe gehörende DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH mit zusammen 45 Millionen US-Dollar sowie die African Development Bank mit 110 Millionen US-Dollar. Im letzten Fall rechnete die deutsche Bundesregierung für die AfDB allerdings mit einem Beitrag von 132 Millionen Euro.³ Weitere Darlehensgeber sind die französische Société de promotion et de participation pour la coopération économique (Proparco), die öffentliche Finanzdienstleisterin Frankreichs für Privatsektorvorhaben der Agence Française de Développement, zudem die niederländische Entwicklungsbank FMO, die Standard Chartered Bank sowie die Barclays/Absa Bank.⁴ 180 Millionen wurden von den Eigentümerinnen Aga Khan Foundation und Blackstone sowie weitere 20 Millionen US-Dollar als Privatinvestition eingebracht.⁵ Die deutsche Bundesregierung sieht das Bujagali-

Projekt als eines der Projekte mit den „geringsten Beeinträchtigungen“ an:

Die Bundesregierung hat dem Projekt zugestimmt, da das Kraftwerk für die wirtschaftliche Entwicklung in Uganda dringend benötigt wird und die zur Entscheidung stehende Variante des Kraftwerks diejenige mit den noch geringsten Beeinträchtigungen für Mensch und Umwelt verbunden ist, nicht zuletzt unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit und der Gewinnung erneuerbarer Energie.⁶

Die Eigentümer des Bujagali-Staudamms

Die Eigentümerin des im Oktober 2012 in Betrieb genommenen Bujagali-Staudamms ist die Bujagali Energy Limited. Diese ist ein Joint-Venture zwischen Industrial Promotion Services – IPS (Kenia), dem Aga Khan Fund for Economic Development sowie Sithe Global Power, einem US-amerikanischen Kraftwerksentwickler, mehrheitlich im Besitz der US-amerikanischen Investmentgesellschaft Blackstone Group mit einem Anlagevermögen von rund 280 Milliarden US-Dollar.⁷ Über die IPS Kenia hat auch die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) Anteile an dem Kraftwerk Bujagali. Denn die IPS Kenia gehört

Diese Bujagali-Stromschnellen sind durch das gleichnamige Kraftwerk überflutet worden



zu 50 Prozent dem Aga Khan Fund for Economic Development (AKFED), zu 15 Prozent der International Finance Corporation (IFC) und zu 14,5 Prozent der staatlichen DEG.⁸

„Substantielle Gewinne“ und „großer Erfolg“ für wen?

Die Projektbetreiberin Bujagali Energy Limited spricht von „substantiellen Gewinnen“ durch das Wasserkraftwerk.

Doch viele Menschen vor Ort sehen dies anders.

Zum Beispiel rund 300 Arbeiter/innen, die am Bujagali-Staudamm mitgearbeitet haben: Sie beklagen, dass ihre Löhne für mehrere Monate, teilweise sogar Jahre, noch ausstehen. Sie reichten deshalb im April 2013 eine offizielle Beschwerde bei dem Compliance Advisor Ombudsman (CAO), dem Ombudsmann der Weltbanktochter IFC und MIGA ein.⁹ CAO nahm den Fall an und leitete eine Untersuchung sowie

einen außergerichtlichen Vermittlungsprozess ein, der derzeit noch andauert.

Und nicht nur Arbeiter/innen streiten bei Bujagali um ihre Rechte. Auch lokal betroffene Anwohner/innen müssen um die Respektierung ihrer Rechte kämpfen.

„Counter Balance – Challenging public investment banks“ ist eine Koalition aus neun europäischen Nichtregierungsorganisationen, die die Arbeit der European Investment Bank (EIB) einem dauer-

haften Monitoring unterzieht und für eine grundlegende Reform der EIB eintritt. Im November 2009 reichte Counter Balance zusammen mit Menschenrechts- und Betroffenenorganisationen aus Uganda, die durch Ugandan National Association of Professional Environmentalists (NAPE) vertreten wurden, eine Beschwerde bei der Europäischen Ombudsstelle ein.¹¹

Counter Balance warf der EIB vor, dass schon die Grundannahmen für Bujagali falsch waren: Da in Uganda derzeit we-

„ Wir begrüßen die Entscheidung des Europäischen Ombudsmann, den Fall zu untersuchen und fordern ihn auf, der Sache auf den Grund zu gehen. Dies ist die letzte Hoffnung für die lokalen Gemeinden in Uganda, die von dem Projekt betroffen sind, endlich Antworten auf ihre Fragen zu bekommen. Sie sind die ersten Opfer dieser Verantwortungslosigkeit. “

Robert Kugonza (National Association of Professional Environmentalists – NAPE, Uganda)¹⁰

Bujagali Hydroelectric Power Project, Uganda

FLUSS.....	Viktoria-Nil
INBETRIEBNAHME.....	8.10.2012
NOMINALKAPAZITÄT.....	263,5 MW
FLUTUNGSBEREICH.....	Überschwemmt wurden auch die fünf Stromschnellen der Bujagali Wasserfälle am Ausgang des Viktoria-Sees, die den Beginn des Nils bilden
STAUMAUER.....	28 m Höhe, 560 m Länge
GESAMTKOSTEN.....	799 Millionen US-Dollar
CDM-PROJEKT.....	Projekt Nr. 4217
CO2-EINSPARUNGEN LT. CDM.....	858,173 m ³ CO ₂ / Jahr
CDM-AUDIT.....	TÜV Rheinland (China) als Designated Operational Entity (DOE)
TURBINEN.....	5 vertikale Kaplan Turbinen mit je 52,7 MW von Alstom (Frankreich)
RÜCKVERSICHERUNG (LEITUNG).....	Munich Re

niger als fünf Prozent der Bevölkerung ans Stromnetz angeschlossen seien, sei das Wort vom Gewinn für die Bevölkerung Ugandas unzutreffend. Überschüssiger Strom sei bereits in der Vergangenheit nach Kenia zu Dumpingpreisen verkauft worden. Zudem sei durch zu optimistische Schätzwerte in der Planungsphase die künftig produzierte Strommenge überschätzt worden, was sich in der Zukunft in höheren Strompreisen niederschlagen werde. Hinzu komme, so die Beschwerde, dass durch die Flutung der fünf Bujagali-Stromschnellen eine der touristisch wertvollsten Landschaften des Landes zerstört wurde, die noch dazu für die Bevölkerung von großer spiritueller und religiöser Bedeutung war. Nicht zuletzt werde durch den Staudammbau das soziale und wirtschaftliche Leben von 6.800 Familien bedroht, die von Fischfang und Landwirtschaft lebten. Die Umsiedlungen der Betroffenen liefen nicht gemäß den eigenen Richtlinien der EIB ab und den Zwangsumgesiedelten wurden keine fairen und angemessenen Entschädigungen gezahlt. Etliche Betroffene seien noch immer nicht entschädigt worden. Zuletzt sei die von Regierung und Staudammbetreiberin zugesagte Umsetzung von Ersatzmaßnahmen nicht oder nur zum Teil erfolgt, was grundlegende Zweifel an der Bereitschaft der Betreiberin und der Regierung Ugandas, die Betroffenen angemessen zu behandeln, aufkeimen ließe.¹²

Doch die internen Beschwerdemechanismen der

EIB erzielten nicht das von den Nichtregierungsorganisationen erwünschte Ergebnis. Die Beschwerdestelle räumte zwar ein, dass einige der negativen Sozial- und Umweltfolgen nicht angemessen entschärft wurden, was darauf hindeutet, dass diese zuvor nicht ordentlich erfasst worden waren. Insbesondere die spirituelle Bedeutung der Wasserfälle von Bujagali sei nicht angemessen berücksichtigt worden. Im Großen und Ganzen, so der Report der Beschwerdestelle, hätte die EIB aber ihre eigenen Richtlinien eingehalten.¹³

Counter Balance kritisierte die Feststellungen der Beschwerdestelle scharf. Allein die Tatsache, dass der Report erst nach drei Jahren veröffentlicht wurde, obwohl nach den eigenen Regeln die Beschwerdestelle bereits nach sechs Monaten auf die Eingabe hätte antworten müssen, lasse Zweifel an dem ganzen Mechanismus aufkommen. „Ihre Ergebnisse sind oft unbegründet oder inkonsistent“, erklärte Caterina Amicucci von Counter Balance. Die Bank hätte weitgehend auf ihre eigenen Daten zurückgegriffen. Zudem sei es widersprüchlich, dass der Report zwar anerkennt, dass die Bank ihre Sozial- und Umweltrichtlinien eingehalten hätte, aber gleichzeitig einräumt, nicht immer angemessen auf die negativen Folgen des Dammes reagiert zu haben. Die Geschichte dieses Falles, so Counter Balance, zeige in erster Linie, wie fragwürdig die Effizienz und Unabhängigkeit der Beschwerdemechanismen der EIB seien.¹⁴

2. Europäische Finanzinstitutionen auf dem Balkan: Eine Boomregion für Wasserkraft

Eine der Boomregionen für Wasserkraft ist der Balkan. Dort sind einem Bericht der Nichtregierungsorganisation Bankwatch vom Dezember 2015 zufolge internationale Finanzinstitute sowie österreichische und deutsche Unternehmen am stärksten involviert.¹

Auf dem Balkan fließen die ökologisch wertvollsten Flüsse Europas. „Noch“, so betonen Klara Sikorova und Pippa Gallop vom CEE Bankwatch Network in ihrer Studie, „denn tausende Wasserkraftwerke sind in Vorbereitung und bedrohen einen wesentlichen Teil des europäischen Naturerbes. Die Planungen machen sogar vor Naturschutzgebieten wie Nationalparks, Natura-2000-Gebieten und Ramsar-Feuchtgebieten nicht Halt.“ Im Auftrag der Nichtregierungsorganisationen EuroNatur und

RiverWatch haben Klara Sikorova und Pippa Gallop insgesamt 1.829 Wasserkraftprojekte und deren Finanziern in der Balkanregion untersucht. Zu den größten Kreditgebern für Staudammprojekte in Südosteuropa zählen demnach die EBRD (Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), die Weltbank und die EIB (European Investment Bank). Derzeit geht es dabei um Investitionen in Wasserkraftprojekte in Höhe von insgesamt 818 Millionen Euro. Diese bedrohen laut den Autor/innen der Studie 30 Naturschutzgebiete wie Nationalparks oder Natura-2000-Gebiete.² Die EBRD sei dabei mit 240 Millionen Euro der größte Einzelinvestor, sie unterstütze 21 Kraftwerksprojekte mitten in Schutzgebieten. „Unsere Analyse zeigt eindeutig, dass vor allem die EBRD, aber auch die Weltbank ihre Finanzierungskriterien (Safe-guard Policies) verändern müssen, sonst tragen sie enorm zur Naturzerstörung auf dem Balkan bei“³,

sagt Pippa Gallop von Bankwatch, eine der Autorinnen der Studie. Von den öffentlichen Banken sind die deutsche Entwicklungsbank KfW und ihre Tochtergesellschaft Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) am stärksten an der Finanzierung von Wasserkraftwerken in Naturschutzgebieten beteiligt.⁴ Die KfW schreibt dazu auf ihrer Homepage:

Eine Bedrohung der Naturlandschaften geht durch die von der KfW finanzierten bzw. geplanten Finanzierungen für Wasserkraftwerke nicht aus. Die KfW hält grundsätzlich mindestens alle international üblichen Standards ein und prüft alle Vorhaben umfassend, insbesondere auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit. In Südosteuropa werden durch die KfW darüber hinaus die Prinzipien der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu Grunde gelegt, die deutlich höhere naturschutzfachliche Anforderungen als z. B. die Weltbank-Standards beinhaltet.⁵

Doch Bankwatch zufolge finanzieren KfW und DEG insgesamt acht Projekte, von denen sich einige in wertvollen Naturschutzgebieten befinden. Schon in Betrieb genommen wurden in Mazedonien ein Kraftwerk im Mavrovo-Nationalpark und ein weiteres im Pelister-Nationalpark. In Aussicht gestellt hat die KfW die Finanzierung des Pumpspeicher-

werks Vrilo in Bosnien-Herzegowina, das die Natur im Ramsar-Gebiet Livno Polje, einem Feuchtgebiet internationaler Bedeutung, massiv beeinträchtigen würde. Zu Vrilo räumt die KfW ein:

Sehr geringe Teile des Vorhabens liegen in einem sogenannten Ramsar-Schutzgebiet. Gegenwärtig werden durch ein mittels eines internationalen Bieterverfahrens ausgewählten Konsortiums u. a. umfangreiche ökologische Grundlagendaten erhoben. Diese Daten bilden zusammen mit der bereits vorliegenden Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudie die Grundlage für die Entscheidung, ob das Projekt umgesetzt werden kann und welche ökologischen Ausgleichsmaßnahmen ggf. vorzusehen sind. Die Umweltauswirkungen werden insofern so gering als möglich gehalten. Es erfolgt eine umfassende Güterabwägung.⁶

Zwar rühmt sich die KfW, den Naturschutz immer ernst zu nehmen, doch wenn es dann ernst wird, sind der Bank die angeblichen Vorteile doch wichtiger, als die Nachteile für die Natur. Sie legitimiert dieses Vorgehen dann als „Güterabwägung“. Umweltschützer/innen sehen dieses Vorgehen kritischer:

Wasserkraftwerke stehen im Widerspruch zum Schutz der Biodiversität und sie haben deshalb in

Auf dem Balkan bedroht die Wasserkraftindustrie die letzten wilden Flüsse Europas



Foto: Jaime Silva (CC BY-NC-ND 2.0)

Naturschutzgebieten nichts verloren. Wir rufen die KfW und weitere Finanziere von Wasserkraftwerken auf dem Balkan dazu auf, dass sie sich zumindest aus der Finanzierung von Projekten in Naturschutzgebieten sofort zurückziehen,⁷

fordert Gabriel Schwaderer, Geschäftsführer von EuroNatur.

Laut Bankwatch spielen Firmen aus Österreich auf dem Balkan eine besondere Rolle. Mindestens 41 Wasserkraftprojekte werden von österreichischen Firmen geleitet, 21 davon liegen in Schutzgebieten. Dabei ist Wien Energie an elf Projekten in Naturschutzgebieten und die Kelag – ein österreichisch-

deutsches Unternehmen, das dem Land Kärnten, dem österreichischen Stromanbieter Verbund sowie RWE gehört – an neun Projekten beteiligt. Darunter das Projekt „Medna“ an der Sana in Bosnien-Herzegowina. Dort zerstöre die Kelag einen der wertvollsten Lebensräume des Huchen oder Donaulachs, einer bedrohten Fischart, so Bankwatch. Das steirische Unternehmen ENSO Hydro baut derzeit in Albanien ein Wasserkraftwerk mitten in einem Nationalpark. „Die gute Nachricht ist, dass die meisten Projekte noch nicht gebaut sind. Wir werden alles daran setzen, diesen Raubbau an Europas wertvollsten Flüssen zu stoppen“⁸, sagt Gabriel Schwaderer.

II.3 NATIONALE ENTWICKLUNGSBANKEN UND WASSERKRAFT

Neben multilateralen Entwicklungsbanken sind es vor allem die jeweils nationalen Entwicklungsbanken, die in zweifelhaftem Infrastrukturprojekte investieren bzw. Kredite für diese vergeben. Vergewärtigt man sich, dass die weltweit rund 250 bestehenden nationalen Entwicklungsbanken über Investitions- und Kreditrahmen von rund fünf Billionen US-Dollar verfügen, so wird die Notwendigkeit der Beobachtung dieser nationalen Entwicklungsbanken deutlich.¹

1. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Weltstaudammkommission

Die Menschenrechts- und Umweltorganisation Urgewald veröffentlichte im März 2015 eine Studie² zu den umstrittenen Finanzierungen, die die staats-eigene Förderbank KfW weltweit tätigt. In dieser Studie nahm Urgewald auch den Bereich Staudämme unter die Lupe. Das Fazit: Die von der KfW selbst geforderte Einhaltung der Empfehlungen der Weltstaudammkommission als Richtschnur bzw. Empfehlung für das eigene Handeln³ wird nicht konsequent umgesetzt. Daher fordert Urgewald die deutsche Bundesregierung auf, endlich die Einhaltung der WCD-Empfehlungen in der Staudammfinanzierung durchzusetzen, „um massive soziale und ökologische Probleme im Bereich Wasserkraft zu vermeiden“.⁴ Derzeit sei die KfW an mindestens 33 Wasserkraftprojekten mit Beratung oder Finanzierung beteiligt, so Urgewald. Nach Angaben der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage im

Bundestag⁵ ist die KfW-IPEX-Bank, eine hundertprozentige Tochtergesellschaft der KfW, zudem an fünf Staudamm-Projekten in der Türkei, Mosambik, Südafrika und Chile beteiligt. Die DEG hat im Zeitraum 2009-2013 sechs große und 19 kleine Wasserkraftprojekte mitfinanziert. Neun Vorhaben befänden sich momentan im Vorbereitungs- und Genehmigungsverfahren, so fasste Urgewald die Staudammfinanzierung der KfW und ihrer Töchter zusammen.⁶

Urgewald analysierte, ob bei dem von der KfW Entwicklungsbank mitfinanzierten Wasserkraftwerk Shongtong Karcham in Indien die Empfehlungen der Weltstaudammkommission eingehalten wurden. Der Sutlej-Fluss, an dem das Kraftwerk gebaut wird, ist in seinem Flusslauf bereits mehrfach aufgestaut. Es sind aber 53 weitere Wasserkraftwerke am Sutlej-Fluss und seinen Nebenflüssen geplant oder im Bau, berichtet Urgewald. Dabei beruft sich die Organisation auf das Netzwerk South Asia Network on Dams, Rivers and People. Dieses kritisiert beim Shongtong-Karcham-Vorhaben, dass „umfassende Umwelt- und Sozialstudien zu den kumulativen Folgen des Gesamtprojekts fehlen“, obwohl die WCD-Empfehlungen eine solche Prüfung eigentlich vorsehen.

Urgewald zitiert auch eine Studie, die im Auftrag der KfW Entwicklungsbank erarbeitet wurde, in der die Einhaltung der WCD-Empfehlungen im Nachhinein überprüft wurde. Diese Studie kam zu dem Schluss, dass die Konsultationen zu Projektbeginn nicht den Empfehlungen der WCD entspra-

chen. Zu späteren Zeitpunkten seien die Konsultationen aber „im Geiste“ der WCD-Empfehlungen durchgeführt worden.⁷ Das Fazit von urgewald über das KfW-Engagement beim indischen Staudamm Shongtong Karcham: „Zu spät, als dass der Prozess zu diesem Zeitpunkt noch ergebnisoffen gewesen wäre, um im Zweifelsfall das Wasserkraftwerk nicht zu bauen“.

So erklärt sich auch letztlich die Beteiligung der KfW an umstrittenen Staudammprojekten, die nicht den Empfehlungen der Weltstaudammkommission entsprechen: „Bei der KfW sind die WCD-Empfehlungen verpflichtend für Finanzierungen der KfW Entwicklungsbank und der DEG, sofern Bundeshaushaltsmittel verwendet werden (ca. 2 Prozent der DEG-Projekte). Für alle anderen Finanzierungen sowie für den Geschäftsbereich der KfW IPEX-Bank haben die WCD-Empfehlungen keine bindende Wirkung und dienen lediglich als ‚Orientierung‘.“⁸

2. Staudämme und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG)

Auch eine weitere öffentliche Institution Deutschlands stand in den vergangenen Jahren wegen ihrer Staudammpäne weltweit in der Kritik der Zivilgesellschaft: die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG). Diese ist ein Unternehmen der KfW-Bankengruppe.⁹ Laut eigener Auskunft ist es die Aufgabe der DEG, „private unternehmerische Initiativen in Entwicklungs- und Reformländern zu fördern. Die DEG will damit zu einem nachhaltigen Wachstum und zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort beitragen. Dazu stellt sie privaten Unternehmen langfristiges Kapital für Investitionen in den Kooperationsländern der deutschen Entwicklungs-

zusammenarbeit zur Verfügung.“ Dabei investiere die DEG in „rentable, entwicklungswirksame Projekte in allen Wirtschaftssektoren.“¹⁰

Die DEG und der Staudamm Barro Blanco in Panama

„Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort“? Dies bestreiten die Anwohner/innen um den Staudamm Barro Blanco in Panama. Die Kosten der im Jahr 2011 begonnenen Bauarbeiten an dem im Westen des Landes gelegenen Staudamm belaufen sich aktuell auf rund 78 Millionen US-Dollar. Die DEG beteiligte sich mit einem Kredit über 25 Millionen US-Dollar.

Der durch den Damm entstehende Stausee würde den Lauf des Flusses Rio Tabasara verändern, an dessen Ufer die indigene Gruppe der Ngäbe lebt. Sieben Hektar ihres Landes würden geflutet werden, mit ihnen eine Schule, eine der sakralen Stätten der Indigenen sowie die in kleinbäuerlicher Landwirtschaft bearbeiteten Felder. In der Umweltverträglichkeitsstudie zu dem Projekt war davon die Rede, dass es in dem Gebiet „keine indigenen Gemeinden von Bedeutung“ gebe, was von der dort lebenden Bevölkerung verständlicherweise als enormer Affront aufgefasst wurde.¹

Die Ngäbe warfen der Regierung Panamas vor, dass sie nicht zuvor zu dem Vorhaben befragt wurden. Ihr Recht auf freie, vorherige und informierte Zustimmung, wie es die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vorschreibt, sei nie eingehalten worden. Bei Protesten gegen Barro Blanco kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Indigenen, mit vielen Verletzten und mehreren Toten. Diverse Vermittlungsversuche blieben lange erfolglos. Die Ngäbe verlangen, so berichtete urge-



Am Rio Tabasara wird der Barro-Blanco-Damm gebaut

wald, dass „die Finanzierung über DEG und deren niederländisches Pendant FMO [...] unverzüglich gestoppt werden [müsse], bis der Staudamm internationalem Recht genüge.“²

Im Mai 2014 reichten die Betroffenen über den neuen gemeinsamen Beschwerdemechanismus der DEG und der niederländischen FMO im Fall Barro Blanco Beschwerde gegen die Beteiligung der deutschen und niederländischen Finanzinstitutionen ein. Die DEG verstieß mit der Finanzzusage nach Ansicht von Nichtregierungsorganisationen wie urgewald³ auch gegen die eigenen Umwelt- und Sozialstandards, die sich an den IFC-Standards orientieren.

Auch die Umweltbehörden in Panama sahen den Staudamm Barro Blanco kritisch: Im Februar 2015 stoppte die panamaische Umweltbehörde ANAM die Bauarbeiten für den Staudamm. Der Damm verstoße gegen nationales Recht. Es gebe Mängel bei der Umweltprüfung, es mangle an archäologischen Schutzplänen und der Stausee würde neben der Siedlung eben auch die sakralen Stätten der Ngäbe-Indigenen überfluten. Im August 2015 vereinbarte die panamaische Regierung mit der ober-

ten Vertreterin der Ngäbe, dass der Bau fortgesetzt werden könne, aber die Flutung nicht beginnen dürfe, bevor eine Einigung mit den Indigenen erreicht worden sei.⁴

Die Verhandlungen wurden fortgesetzt, gleichzeitig jedoch begann Ende Mai 2016 eine „Testflutung“ des Staudamms, die zu erneuten heftigen Protesten führte. Im August 2016 einigten sich Regierung und die oberste Vertreterin der Ngäbe auf ein weiteres Vorgehen, die Einigung wurde jedoch vom Kongress der Ngäbe abgelehnt, so dass weiter verhandelt wird, während das Wasser der Testflutung im Reservoir bleibt.⁵

Die panamaische Regierung spielt bei der Testflutung keine positive Rolle, weil sie sich nicht dafür einsetzt, dass das Wasser abgelassen wird. Sie hat jedoch im November 2016 eine wichtige und zukunftsweisende Entscheidung getroffen, indem sie Barro Blanco die UN-Registrierung als CDM-Projekt (Clean Development Mechanism, s. Kap 1) entzogen hat.⁶ Damit hat sie anerkannt, dass das Projekt schwerwiegende Probleme hat und auch CDM-Projekte Menschenrechte anerkennen müssen.

Brasiliens BNDES-Bank

Infolge zivilgesellschaftlicher Kritik zeigen sich die öffentlichen Finanzinstitutionen aus Europa mitunter zurückhaltend. So vor allem bei besonders kritischen – also in der Öffentlichkeit bereits berückichtigten – Staudammprojekten wie Belo Monte in Brasilien. Stattdessen sprangen dort andere Entwicklungsbanken ein – wie beispielsweise die staatliche brasilianische Bank für Soziale und Wirtschaftliche Entwicklung (BNDES). Deren Umwelt- und Sozialkriterien richten sich nach brasilianischer Gesetzgebung, die Kritiker/innen zufolge auf dem Papier fortschrittlich ist, in der Realität durch politische Einflussnahme jedoch allzu oft unterwandert wird.⁷ Die Kreditvergabe der BNDES ist dabei nicht zu unterschätzen, denn beispielsweise im Jahr 2012 vergab die brasilianische Bank umgerechnet 68 Mrd. US-Dollar an Krediten.⁸ 2013 stiegen die BNDES-Kredite nochmals um 15,3 Prozent (gerechnet in Landeswährung), 2014⁹ bei geringerem BIP-Wachstum verblieb der Wert nahezu gleich¹⁰. Zum Vergleich: Die Weltbank vergab 2014 65 Mrd. US-Dollar.¹¹

3. Die niederländische Entwicklungsbank FMO im Wasserkraftsektor

Die niederländische Entwicklungsbank FMO (Nederlandse Financierings-Maatschappij voor Ontwikkelingslanden N.V) finanziert Wasserkraftwerke weltweit, unter anderem in Sambia, Nepal, Panama und Honduras.¹ Laut dem Jahresbericht 2014 von FMO stieg die Kreditausreichung vor allem, weil die Bank die Unterstützung von Energieprojekten ausweitete. Dabei lag der Fokus auf Projekten für Wasserkraft und thermische Energiegewinnung.² Es ist aber vor allem ihre Kreditvergabe für Wasser-

kraftprojekte, die die FMO in den letzten Jahren in die Schlagzeilen brachte.

Das Agua-Zarca-Projekt in Honduras: Terror und Tote

Insbesondere der Fall von Agua Zarca brachte im Jahr 2016 der niederländischen Entwicklungsbank negative Presseaufmerksamkeit. Denn Agua Zarca ist seit dem 2. März 2016 unauf löslich mit dem Mord an der Menschenrechts- und Umweltaktivistin Berta Cáceres verbunden. Dieser Mord hatte sich lange angekündigt. Seit gut

fünf Jahren kämpfen die indigenen Lenca in der Region Río Blanco in Honduras gegen den Bau des Wasserkraftwerks Agua Zarca am Gualcarque-Fluss. Dort, in der Nähe der Stadt Intibucá, baut das Unternehmen Desarrollos Energéticos S. A., kurz DESA, ein 22-MW-Laufwasserkraftwerk mit drei Francis-Turbinen (die von Voith Hydro geliefert werden, siehe Kapitel V.5). Zwar handelt es sich bei dem Projekt um ein vergleichsweise kleines Kraftwerk, doch die Aktivist/innen des COPINH (Indigener und Volksrat von Honduras) machten immer wieder darauf aufmerksam, dass die Folgen für die Bevölkerung dennoch sehr groß wären: Zum einen, weil ein Teil des Gualcarque-Flusses über ein Kanalsystem umgeleitet werden würde, wodurch die Wasserversorgung der Anwohner/innen des Flusses in Gefahr sei; zum anderen, weil das Projekt ein Türöffner für über 50 weitere Wasserkraftprojekte in der Region wäre. Nicht zuletzt hat der Gualcarque-Fluss eine wichtige spirituelle Bedeutung für die indigenen Lenca (siehe Kasten „Offener Brief indigener Räte“). Das Projekt Agua Zarca wurde bewilligt, obwohl keine freie, vorherige und informierte Zustimmung der betroffenen Indigenen stattgefunden hatte, wie es die ILO Konvention 169, die 1994 von Honduras ratifiziert worden war, vorsieht.³

Eine solche Missachtung der offiziellen Gesetzgebung wie beim Genehmigungsverfahren von Agua Zarca ist keine Seltenheit in Honduras. Der Putsch gegen den gewählten Präsidenten Manuel Zelaya, der im Juni 2009 von Militärs gewaltsam des Amtes ent-

hoben wurde, bildet einen wichtigen Hintergrund zum Verständnis des Konfliktes um Agua Zarca und ähnlicher Projekte in Honduras. Seit dem Putsch werden soziale und Umweltaktivist/innen massiv unter Druck gesetzt, wenn sie sich gegen die Interessen von wirtschaftlichen und politischen Eliten einsetzen.⁴ Einige wenige Familien besitzen enormen Einfluss, der jegliche Rechtsstaatlichkeit in dem zentralamerikanischen Land untergräbt. Umweltaktivist/innen werden von offizieller Seite kriminalisiert, private Mafias aus Sicherheitsfirmen und ehemaligen Militärs, die mit der Wirtschaft verbunden sind, drangsalieren Aktivist/innen gewaltsam.⁵

So auch im Falle Agua Zarca: DESA und die honduranische Regierung haben das Projekt gegen den Willen der betroffenen Lenca-Gemeinden vorangetrieben. Mit Todesdrohungen, Einschüchterung, Gewalt, Militarisierung, Verfolgung durch die Polizei und willkürlichen Hausdurchsuchungen haben sie versucht, den Lenca das Projekt aufzuzwingen. Doch die lokale Bevölkerung leistete weiter Widerstand und protestierte gegen das Projekt.⁶ Insbesondere Mitglieder des Indigenen Rates von Río Blanco, des Gemeinderates von La Tejera und der Lenca-Organisation „Indigener und Volksrat von Honduras“ COPINH sind Ziel der Repression. Insbesondere gegen Berta Cáceres, Koordinatorin und Mitbegründerin des COPINH, richteten sich die Drohungen.⁷ Auf diese Situation machten Menschenrechtsorganisationen in den Niederlanden die Entwicklungsbank FMO seit Jahren aufmerksam. Dies blieb aber folgenlos. Die niederlän-

Proteste gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca



Foto: P. Reyes / Ocore Film

dische Bank stand weiter zu ihrem Geschäftspartner DESA in Honduras.⁸

Während einer Demonstration im Jahr 2013 erschoss ein Soldat den Gemeindevorsteher Tomás García.⁹ Der Tod von García und verschiedene weitere Anschuldigungen gegen DESA brachten dem Projekt zunehmend negative Publicity. Dies veranlasste schließlich den zentralamerikanischen Infrastrukturfonds CAMIF und den chinesische Konzern Sinohydro aus dem Projekt auszusteigen.¹⁰

Die niederländische Entwicklungsbank FMO hielt aber an dem Projekt fest. Im Jahr 2014 schrieb COPINH einen offenen Brief an die FMO, in dem er die Bank aufforderte, das Projekt nicht weiter zu finanzieren (siehe Kasten). Doch nichts geschah, die honduranische DESA konnte das Kraftwerk weiterbauen, finanziert durch die FMO und die finnische Entwicklungsfinanzierungsgesellschaft Finnfund.

Der angekündigte Tod von Berta Cáceres

In der Nacht vom 2. auf den 3. März 2016 drangen unbekannte Männer in das Wohnhaus von Berta Cáceres ein. Sie erschossen die weltbekannte Menschenrechts- und Umweltaktivistin und verletzten Gustavo Castro, einen Umweltaktivisten der me-

xikanischen Sektion von Friends of the Earth, der gerade bei ihr war.¹² Noch im Jahr 2015 hatte Berta Cáceres den renommierten Goldman Umweltpreis erhalten.¹³ Doch für sie hat der Schutz des Goldman Umweltpreises nicht ausgereicht.

Dies lag nicht zuletzt an der Untätigkeit der europäischen Unternehmen, die weiter an dem Projekt Agua Zarca festhielten, obwohl verschiedene Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen immer wieder auf die Probleme des Projektes aufmerksam machten. Denn der Mord an Berta Cáceres hatte sich seit langem angekündigt. Nach Aussagen von Mitgliedern des COPINH hatte Berta Cáceres in den letzten Jahren über 50 Morddrohungen wegen ihres Protestes gegen das geplante Wasserkraftwerk erhalten.¹⁴ Die Konzerne, die sich an dem Projekt Agua Zarca beteiligten, hielten aber an der Version fest, dass ihr lokaler Partner DESA keine Schuld für die Repressionen in Intibucá habe. Folglich habe auch das Engagement der Konzerne für Agua Zarca nichts mit den Menschenrechtsverbrechen zu tun. Doch als wenige Wochen später ein anderer Mitarbeiter der COPINH, Nelson García, ermordet wurde, reagierte die FMO endlich: Am 16. März 2016 kündigte sie an, sämtliche Zahlungen an die DESA mit sofortiger Wirkung zu stoppen – vorläufig. Der finnische Finnfund schloss sich dieser Entscheidung an.¹⁵

Offener Brief der indigenen Räte und Vertreter/innen des Dorfes La Tejera an die niederländische Entwicklungsbank FMO

Sehr geehrte Repräsentanten der Bank FMO (Niederländische Entwicklungsbank),

Wir, die Mitglieder des Indigenen Rates, des Ältestenrates, des Patronats und weiterer aktiver Elemente des indigenen Lenca Dorfes La Tejera, Río Blanco Intibucá, haben uns am heutigen Dienstag, dem 1. April versammelt, um das einjährige Bestehen unseres Kampfes in Ablehnung des hydroelektrischen Projektes Agua Zarca zu feiern.

Wir wenden uns an Sie, die Vertreter der Bank FMO, um Ihnen mitzuteilen, dass wir nicht einverstanden sind mit der Vergabe des Darlehens an das Unternehmen DESA. Dieses Unternehmen zerstört unser Territorium, auf dem wir seit Jahrhunderten leben und Mais, Bohnen, Kaffee, Yuca, Bananen, Zuckerrohr, Avocado, Ananas, Orangen, Limetten und andere Arten von Anpflanzungen anbauen.

Wir lehnen dieses Wasserkraft-Projekt entschieden ab, da dieses Territorium ein Erbe unserer Vorfahren ist. Wir haben es gehütet und werden es für unsere nachkommenden Generationen weiter hüten. Das Unternehmen DESA zerstört den natürlichen Flusslauf unseres heiligen Flusses Gualcarque, der ebenfalls Quelle des Lebens und der Spiritualität des Lenca-Volkes ist. Wir verteidigen das Land und den Fluss Gualcarque, um überleben zu können.

Unsere Gemeinde hat das Projekt in öffentlichen Befragungen und Versammlungen abgelehnt, wir haben Demonstrationen und andere Aktivitäten realisiert, um zu fordern, dass das Projekt Agua Zarca nicht gebaut wird. Jetzt, nach einem Jahr des Widerstandes gegen die illegale Durchsetzung des Wasserkraft-Projektes Agua Zarca, fordern wir Sie auf, DESA und sein Projekt des Todes nicht zu finanzieren. Wir hoffen, unsere Bitte findet Gehör und wird berücksichtigt.

Río Blanco Intibucá, am ersten April des Jahres 2014¹¹



Anti-Staudamm-Aktivistinnen in Senegal erinnern an den Mord an Berta Cáceres

Das deutsche Konsortium Voith Hydro hielt vorerst an dem Deal mit der DESA fest, obwohl es von internationalen Nichtregierungsorganisationen – darunter GegenStrömung – aufgefordert wurde, sich angesichts der Gewalt in Honduras aus dem Geschäft herauszuziehen¹⁶, doch am 4.5.2016 kündigte endlich auch der Turbinenhersteller an, die Lieferungen zu stoppen. Verantwortung für die bis dahin entstandenen Schäden für die Bevölkerung, wie es der COPINH von der niederländischen Bank verlangt, wollte und will die FMO nicht übernehmen. Zudem behielt sich die Bank vor, das Projekt nach einer Prüfung doch weiter zu verfolgen.

Deshalb schickte der COPINH im April und Mai 2016 eine Delegation nach Europa. Die Reise wurde von COPINH und verschiedenen europäischen Nichtregierungsorganisationen – darunter GegenStrömung – organisiert. Am 20. April sprach die Tochter von Berta Cáceres, Berta Zuñiga Cáceres, vor dem Europaparlament. Es folgten verschiedene Protest- und Informationsveranstaltungen in den Niederlanden, Finnland, Deutschland und Spanien.¹⁷ Die Reise und die dazugehörige Kampagne fand ein breites Medienecho.¹⁸ In einer wissenschaftlichen Arbeit wurde der Fall als Beispiel angeführt, um die Notwendigkeit verbindlicher Regeln für Unternehmen zur Wahrung von Menschenrechten zu unterstreichen.¹⁹ Durch die öffentliche Aufmerksamkeit für den Mord an der prominenten Umweltschützerin waren die honduranischen Sicherheitsbehörden unter Druck gesetzt. Es wurden ernsthafte Untersuchungen

unternommen, die tatsächlich die mutmaßlichen Täter des Verbrechens identifizieren konnten. Deren Ergebnisse belegen, wie tief die DESA, der honduranische Geschäftspartner der europäischen Konzerne, in die Repression um das geplante Wasserkraftwerk Agua Zarca verstrickt war. Am 2. Mai 2016 nahmen honduranische Sicherheitskräfte vier Verdächtige für den Mord an Berta Cáceres fest. Einer davon ist Sergio Rodríguez, Manager für soziale und Umweltfragen der DESA.²⁰ Zwei weitere Tatverdächtige sind Ex-Militärs.²¹ Das, was der COPINH seit Jahren erklärte, wurde nun für alle sichtbar: DESA, private Sicherheitsfirmen und Militärs agierten über informelle Netzwerke gemeinsam, um den Widerstand gegen Agua Zarca zu unterdrücken.

Doch die Festnahmen reichen dem COPINH nicht: Sie verlangen weiterhin, dass die geistigen Anstifter des Verbrechens an Berta Cáceres und an anderen Aktivist/innen des COPINH bestraft werden. Die Verbindungen von DESA reichen bis in die höchsten Sphären von Politik und Wirtschaft. Doch Journalist/innen, die über diese Verbindungen berichten, begeben sich in Lebensgefahr.²²

Das internationale Medieninteresse an dem Fall Berta Cáceres und Agua Zarca ebbt derzeit wieder ab. Den COPINH trifft weiter die massive Repression des honduranischen Sicherheitsapparats. Die Eliten des Landes können weitgehend wieder so agieren, als gehöre ihnen das Land. Anfang Juli wurde eine weitere Aktivistin des COPINH ermordet.²³ Für die FMO mag der Fall Agua Zarca (vor-

erst) abgeschlossen sein. Doch viele Menschen in Honduras leiden weiter unter dem Klima der Gewalt und Einschüchterung, das nicht zuletzt durch die Unterstützung europäischer Entwicklungsbanken und Konzerne für Projekte wie Agua Zarca angeheizt wurde.

Ob multilaterale oder nationale Entwicklungsbanken – in beiden Fällen handeln die Akteure im Auftrag von Staaten oder mit öffentlichen Geldern. Und nicht nur in der Weltbank, EBRD und EIB, auch in den nicht-europäischen regio-

nen Banken wie der Afrikanischen und der Asiatischen Entwicklungsbank verfügen Deutschland und andere europäische Staaten über Anteile und haben Stimmrechte. Hierdurch obliegt ihnen eine besondere Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass Entwicklungsbanken ihrem Namen gerecht werden und nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. Denn ohne Achtung der Menschenrechte kann keine Entwicklung für die Ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen eines Landes stattfinden.

Die Illusion der Kleinwasserkraftwerke

„Small is beautiful“ – oder doch nicht? Kleinst- und Kleinwasserkraftwerke gelten gemeinhin als sozial- und umweltbezogen bessere, da sanftere Alternativen. Als Argumente werden dafür oft ins Feld geführt, es seien für sie keine großen Stauseen vonnöten, durch die Menschen zu Tausenden von ihrem Land vertrieben würden, auch die Biodiversität würde in weitaus geringerem Maße Schaden nehmen, da die Kleinst- und Kleinwasserkraftwerke keine großflächigen Bauarbeiten und Überflutungen erforderten. Aber es gibt Beispiele, die nachdenklich stimmen sollten.

Das Beispiel Türkei zeigt, wie infolge der Wasserprivatisierungen in der Türkei auch viele Kleinst- und Kleinwasserkraftwerke gebaut wurden. Im Ikizdere-Tal am Schwarzen Meer wurden an einem Fluss 21 Kleinwasserkraftwerke zum Bau genehmigt, jeweils nur einhundert bis zweihundert Meter voneinander entfernt.²⁴ Eine Gesamt-Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Einzugsgebiet des Flusses wurde nicht erstellt, für Wasserkraftwerke unter 10 MW muss erst gar keine UVP vorgelegt werden. Kumulative Aspekte mehrerer Kleinstwasserkraftwerke werden daher außer Acht gelassen. Doch für Fischwanderungen und den Sedimenttransport stellt auch eine Serie von Kleinwasserkraftwerken ein unüberwindliches Hindernis dar. Und auch den Flussanwohner/innen drohen teilweise dramatische Folgen. Gegenströmung hat dies anlässlich eines Berichts an die UNO für ein kleines Laufwasserkraftwerk am Yuvarlakçay-Fluss im Südosten der Türkei recherchiert.²⁵

Obwohl es mit einer Leistung von 3,4 MW sehr klein ist, bedrohte es die Trinkwasserversorgung von bis zu 14.000 Menschen, die den Wasserbedarf für ihre Haushalte und Felder bis dahin direkt aus den Flussquellen bezogen. Diese sollten durch ein Staubecken überflutet werden, was eine große Verschlechterung der Wasserqualität bedeutete. Der Großteil des Wassers sollte dann über einen 2,4 Kilometer langen Kanal über die Turbinen und zurück ins Flussbett geleitet werden – doch außerhalb der Gemeindegrenzen, so dass für die 6 betroffenen Ortschaften nur noch ein Drittel der vorherigen Wassermenge zur Verfügung stand. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung war auch für dieses Projekt nicht durchgeführt worden. Selbst eine Information der lokalen Bevölkerung hatten die Behörden nicht für nötig befunden – sie erfuhren von dem Projekt, als Baumaschinen anrollten und begannen, Bäume zu fällen.

Und dieses Projekt ist kein Einzelfall. Auch in Mexiko wehrt sich die Bevölkerung gegen „Mini-Dämme“, bei denen sie nicht konsultiert wurden und deren Folgen sie tragen müssten, ohne davon einen Nutzen zu haben.²⁶ Was dabei als Kleinwasserkraftwerk zählt, variiert von Fall zu Fall. Laut der International Commission on Large Dams sind alle Staumauern ab 15 Metern Höhe vom Fundament bis zur Krone oder von 5 bis 15 Metern mit einem Reservoir von mehr als 3 Mio Kubikmetern Großstaudämme.²⁷ In vielen Ländern wird dagegen eine Megawattzahl zur Klassifizierung herangezogen: in der Regel werden demnach Kraftwerke bis 10 MW Nominalkapazität als Kleinwasserkraftwerke angesehen, von 10 bis 30 MW gelten sie als mittelgroße Kraftwerke. Länder mit besonders hohem Wasserkraftpotenzial wie Brasilien, China und Indien betrachten dagegen alle Kraftwerke bis 30 MW als „klein“.²⁸ So wird z. B. auch das Agua-Zarca-Projekt in Honduras immer wieder als harmlos klingendes „Kleinwasserkraftwerk“ dargestellt. Auch bei Small Hydro ist also Vorsicht geboten: sie ist weder per se umweltfreundlich noch menschenrechtskonform.

III. STAATLICHE EXPORTKREDITVERSICHERUNG

Öffentliche Bürgschaften für problematische Projekte

Bis in die 1990er Jahre waren staatliche Exportkreditagenturen (ECAs) weitgehend unbekannt. Geändert hat sich dies u. a. durch eine Reihe hoch umstrittener Bürgschaften für Staudämme. Konzipiert sind ECAs als staatliche Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, die die meisten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften ihrer Wirtschaft zur Verfügung stellen. Will ein Unternehmen in „risikoreiche Märkte“, insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländer, exportieren, kann es eine staatliche Exportkreditversicherung gegen wirtschaftliche und politische Risiken abschließen. Zahlt der Empfänger die Ware nicht, z. B. weil das Unternehmen oder das Land zahlungsunfähig ist oder aufgrund politischer Spannungen, entschädigt die heimische Regierung das exportierende Unternehmen und treibt den Betrag langfristig wieder vom Schuldner ein. Für diese Dienstleistung zahlen die Unternehmen Gebühren und Prämien. Denn mit ihr im Rücken können sie Exporte tätigen, die ohne Versicherung zu riskant wären und für die sich keine private Versicherung findet. Und die staatliche Absicherung macht die Exporte billiger, da die beteiligten Banken nur ein geringes Risiko tragen.

Richtlinien für die Prüfung und Vergabe von Exportkreditgarantien sind bisher vor allem über die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geregelt. Die dort ver-

einbarte „Recommendation on Common Approaches for Officially Supported Export Credits and Environmental and Social Due Diligence“ (sog. Common Approaches)¹ legt jedoch keine verbindlichen Standards fest. Daher werden diese immer wieder an Projekte vergeben, die erhebliche soziale und ökologische Probleme in den Ländern des globalen Südens verursachen.²

Eine Koalition aus Nichtregierungsorganisationen (NRO) fordert daher schon lange eine „menschenrechtskonforme, sozial- und umweltverträgliche Außenwirtschaftsförderung“³ – um die sog. Common Approaches endlich aus dem Status eines bloßen Annäherungsversuchs an die Menschenrechte herauszuheben. Denn zwar haben ECAs aus Nicht-OECD-Ländern noch schwächere Standards und in der letzten Fassung der Common Approaches vom April 2016 wurden die Auswirkungen auf die Menschenrechte als ein Prüfkriterium gestärkt, doch noch immer schreiben die Common Approaches keine verbindliche Menschenrechtsprüfung vor. Dabei hatten Exportkreditagenturen und die Regierungen, die hinter ihnen stehen, eigentlich reichlich Gelegenheiten, aus Fehlern zu lernen.

1. Deutsche Exportkreditbürgschaften

Manchmal zeitigt zivilgesellschaftliche Kritik an Exportkreditbürgschaften im Falle von Staudäm-

Die Rolle Chinas und der China Eximbank

Chinesische Firmen und Banken sind derzeit die größten Staudambauer und -finanziers. Die Nichtregierungsorganisation International Rivers zählte 330 Staudämme, die von chinesischen Akteuren finanziert und gebaut werden.⁴ Das Internationale Wasserkooperationsprogramm bei der Weltbank identifizierte allein im Zeitraum von 2000 bis 2013 in Afrika 17 Wasserkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 7.000 MW, die von chinesischen Institutionen finanziert werden. Die Kosten beliefen sich dafür auf dreizehn Milliarden US-Dollar, von denen die Hälfte aus China kam.⁵ Viele dieser aus China finanzierten (und auch oft von dort projektierten) Dämme, so International Rivers, werden „ohne Bezugnahme auf internationale Umwelt- und soziale Standards gebaut. Information und Daten sind wegen des Mangels an Transparenz schwer zu erlangen.“⁶ Die chinesische Exportkreditagentur China Eximbank sichert einen Großteil dieser Projekte finanziell ab. Deren 2007 erlassene Umweltrichtlinien werden von International Rivers als unzureichend betrachtet.⁷ So nimmt es nicht Wunder, dass chinesische Finanziers in einige der umstrittensten Staudammprojekte weltweit involviert sind, der berühmteste darunter ist zweifelsohne die Finanzierung des Merowe-Staudamms in Sudan (s. Kap. VI.1).

men aber auch Teilerfolge. Dies illustriert der Fall des Staudamms Ilisu in der Türkei.

Der Ilisu-Staudamm in der Türkei

Es war ein jahrelanger, internationaler Proteststurm, der die bereits gewährten Exportkreditbürgschaften aus gleich drei OECD-Ländern (Deutschland, Schweiz und Österreich) für den Ilisu-Staudamm politisch zu Fall brachte. Am Tigris im Südosten des Landes lässt die türkische Regierung ihr derzeit größtes Wasserkraftwerk errichten: über eine Kapazität von 1.200 MW soll der Ilisu-Staudamm nach seiner Fertigstellung verfügen. Bis zu 60.000 Menschen¹ werden aus ihren Dörfern und von ihrem Land vertrieben werden, historisch einmalige Kulturgüter wie die antike Stadt Hasankeyf werden ebenso wie Wohnhäuser, Schulen und ganze Dörfer unter Wasser verschwinden. Die flussabwärts des Tigris lebenden Menschen, in der Türkei und im angrenzenden Nordirak, fürchten um die künftige Wasserversorgung ganzer Landstriche (siehe Kasten).

Der Ilisu-Staudamm ist zu einem der umstrittensten Infrastrukturprojekte der internationalen Finanzwelt geworden. Die Weltbank hatte das Pro-

jekt wegen seiner Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft bereits im Vorfeld abgelehnt.²

Am 7. Juli 2009 geschah das Unverhoffte: In einem weltweit einmaligen Schritt zogen die Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ihre bereits bewilligten Exportkreditversicherungen für das Projekt zurück, nachdem die türkische Seite einen Teil der daran geknüpften Auflagen zu Umsiedlung, Umwelt- und Kulturgüterschutz nachweislich nicht erfüllt hatte. Infolgedessen zogen auch europäische Banken und Baufirmen ihre Beteiligungszusagen zurück.³

Dies war ein großer Sieg über eine unverantwortliche Bürgschaftsvergabe und ein Zeichen für das Potential internationalen, zivilgesellschaftlichen Protests. Aber vor Ort kam es anders als erhofft: Die Türkei besorgte sich andere Finanzgeber für das Projekt, und zwar die beiden türkischen Großbanken Akbank und Garantibank. Der Turbinenlieferant Andritz hatte offenbar eine andere Sichtweise auf die Dinge: Obwohl Österreich, Deutschland und die Schweiz die Exportkreditbürgschaften aufgrund der gravierenden Auswirkungen zurückgezogen hatten, hielt Andritz an dem Projekt fest. Mit im Boot: die Schweizer Consultants Colenco⁴, Stucki und Maggia.⁵

Die jahrtausendealte Stadt Hasankeyf soll vom Ilisu-Staudamm überflutet werden





Der Tigris bei Hasankeyf mit den Pfeilern der im Jahr 1116 errichteten Brücke

Factsheet Ilisu-Staudamm und die Folgen

KULTUR: Das Ilisu-Staudammprojekt befindet sich in Mesopotamien, der „Wiege des Abendlandes“, welche die Spuren dutzender Kulturen beherbergt. Hunderte unerforschter archäologischer Stätten und die etwa 10.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf sollen für das Staudammprojekt geflutet werden, obwohl sich alle Fachleute einig sind, dass hier ein Gebiet von weltweiter Bedeutung betroffen wäre.

NATUR: Durch das Ilisu-Projekt sind ungefähr 400 Kilometer kostbare Flusslandschaft bedroht, die viele, teils besonders bedrohte Arten beherbergt, wie etwa die Euphrat-Weichschildkröte. Die zu erwartende schlechte Wasserqualität des Reservoirs lässt ein massives Fischsterben und Gesundheitsprobleme für die lokale Bevölkerung befürchten. Flussabwärts sind durch die geringere Wasserführung massive Auswirkungen auf den Irak und das wichtige Ökosystem der Mesopotamischen-Sümpfe zu erwarten.

MENSCHEN: Das Projekt wird sich auf bis zu 78.000 Menschen, überwiegend Kurdinnen und Kurden, auswirken. Weder Ersatzland noch realistische andere Erwerbsmöglichkeiten für die Umsiedlungsoffer existieren. Die betroffenen Menschen sehen einer Zukunft in extremer Armut, dem Verlust ihrer Existenzgrundlage und ihrer Geschichte sowie der Zerstörung ihrer Dorf- und Familienstrukturen entgegen. Umfragen ergaben, dass 80 Prozent der betroffenen Bevölkerung das Projekt ablehnen.

KONFLIKT UM WASSER: Die Veränderung des Wasserabflusses und die Verschlechterung der Wasserqualität wird weithin stromabwärts spürbar sein. Der Damm wird der Türkei ein Machtinstrument gegenüber den Nachbarländern geben und könnte zu verstärkter Wasserknappheit im Irak führen. Das Projekt verletzt das Völkerrecht, da die Nachbarländer nicht in die Planung einbezogen wurden.⁶

DER PROTEST: Die Kampagne zur Rettung von Hasankeyf schuf eine Brücke zwischen kurdischen, türkischen und internationalen Aktivist/innen. Zahlreiche Kulturschaffende von Orhan Pamuk über Aynur Dogan bis zu Tarkan setzten sich für den Erhalt des zehntausendjährigen Kulturguts ein. So entstand eine die politischen Gräben überspannende zivilgesellschaftliche Bewegung. Auch im Irak engagieren sich Initiativen vom kurdischen Norden bis zur Mündung des Tigris in den Mesopotamischen Sümpfen gegen den Bau des Staudamms.

Mittlerweile steht die Staumauer trotz allem kurz vor der Vollendung. Die Menschen aus dem Baustellengebiet sind aufgrund der Umsiedlung in neue Häuser hoch verschuldet. Ersatzland oder neue Arbeitsplätze gibt es kaum, so dass viele auf der Suche nach Arbeit wegziehen müssen. Die Umsiedlung der weiteren Orte steht bevor. Von der „Rettung“ zahlreicher Monumente aus der antiken Stadt Hasankeyf ist bisher nichts zu sehen. Nach einer erfolglosen Ausschreibung wurde 2015 die niederländische Bresser Group mit der Umsetzung des kostbaren Zeynel Bey Mausoleums beauftragt.

Nichts gelernt – Deutsche Exportkreditbürgschaft für Hidrosogamoso in Kolumbien

Auch nach dem „Nein“ der Bundesregierung zur Exportkreditbürgschaft für Ilisu bleibt für Kritiker/innen deutscher Exportdeckungspolitik fraglich, ob und was die Bundesregierung aus dem Fall gelernt hat. Denn Deutschland vergab im Dezember 2012 an die in Ravensburg tätige Tochter der österreichischen Andritz AG, Andritz Hydro, eine Hermesdeckung über 73 Millionen US-Dollar für die Lieferung von drei Francis-Großturbinen für den Hidrosogamoso-Staudamm in Kolumbien. Siemens beteiligt sich – ohne staatliche Bürgschaft – mit der Lieferung von Transformatoren und einer Schaltanlage, zum Teil über seine kolumbianische Tochtergesellschaft. Und Allianz, Munich Re und Hannover Re übernahmen einen großen Teil der Rückversicherungen. Die Versicherung selbst haben zwar lokale Versicherer übernommen, diese gehören aber wiederum unter anderem der Allianz sowie der Munich Re.⁷ Mit der Banco Santander, die den hermesverbürgten Kredit für Andritz gewährte, und der italienischen Baufirma Salini sind zwei weitere europäische Unternehmen involviert. Jahrelang war es die größte Baustelle Kolumbiens: In der nordkolumbianischen Region Santander baute das Unternehmen ISAGEN ein Wasserkraftwerk am Fluss Sogamoso. Mitte 2014 wurde der Stausee geflutet, seit Dezember 2014 sind die ersten Turbinen in Betrieb. Bei einer Höchstkapazität

von 820 MW soll das Kraftwerk planmäßig 5.056 Gigawatt-Stunden Strom im Jahr erzeugen.

Hidrosogamosos Folgen für die lokale Bevölkerung

ISAGEN versprach der lokalen Bevölkerung Entwicklung und Wohlstand, die kolumbianische Regierung versprach sich eine energetische Erschließung der abgelegenen Region. Aber die Menschen am Fluss sind ernüchtert. Statt der versprochenen Verbesserung ihrer Lebensumstände haben sie ihre Lebensgrundlagen verloren und kämpfen um Entschädigung.

Die Betreibergesellschaft ISAGEN berichtet, dass die gesetzlich vorgeschriebenen Konsultationen in 128 Gemeinden mit circa 2.100 Personen durchgeführt wurden. Das Umweltgutachten zum Hidrosogamoso-Projekt schätzt die Zahl der betroffenen Menschen allerdings auf etwa 30.000. Durch den Staudamm wurde eine Fläche von 70 Quadratkilometern überschwemmt, die Auswirkungen erstrecken sich jedoch über 226 Quadratkilometer, die zuvor für Vieh- und Landwirtschaft genutzt wurden. Mehr als 180 Familien wurden bereits umgesiedelt und leben heute meist unter schlechteren Bedingungen als zuvor. Zugewiesenes Ersatzland ist teilweise deutlich kleiner als versprochen. 73 Familien erreichten im September 2015 erst nach 177 Tagen Dauerprotest vor dem Regierungsgebäude die Zusage, durch Agrarprogramme neue Einkommensmöglichkeiten

Die Hidrosogamoso-Talsperre in Kolumbien



zu erhalten. Viele Betroffene wurden gar nicht entschädigt, darunter Menschen, die von Tourismus und Gastronomie gelebt hatten: Straßenverkäufer/innen, Tagelöhner und Fischer. Dammabwärts sind die Fischbestände stark dezimiert und reichen den Familien kaum noch, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Verschmutzung des Flusslaufs, fehlende Abwasseraufbereitung und Faulgase aus verrottenden Pflanzenresten im Stausee beeinträchtigen die Gesundheit der Anwohner/innen. Zudem beanstanden sie fehlende Aufklärung und unzureichenden Zugang zu Informationen über Entscheidungen, die ihr Leben signifikant betreffen. Hinzu kommt ein Klima der Angst und Repression nach Jahrzehnten gewaltsamen Konflikts in der Region. Zwischen 2009 und

2014 wurden sechs Aktivisten ermordet, die sich gegen das Hidrosogamoso-Projekt engagiert hatten. Weitere verschwanden spurlos, wurden unter Druck gesetzt oder bedroht.

Kolumbianische Menschenrechtsorganisationen haben im September 2014 vor Gericht eine Beschwerde gegen ISAGEN und die nationale Agentur für Umweltlizenzen wegen Verstößen gegen die verfassungsrechtlich verankerten Rechte auf eine gesunde Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung eingeleitet. Zudem legten sie Beschwerde vor

” Vor dem Bau des Staudamms garantierte uns der Fluss Rio Sogamoso Wasser, Nahrung, Arbeit und Transportmöglichkeit. Heute gibt es davon nichts mehr. Und sowohl die kolumbianische Regierung als auch die am Bau beteiligten Unternehmen weigern sich, uns als Geschädigte anzuerkennen und Ausgleichszahlungen zu zahlen. “

Claudia Ortiz von der Basisbewegung *Movimiento Ríos Vivos*⁸

der Interamerikanischen Menschenrechtskommission wegen der Vertreibung der lokalen Bevölkerung ein.

Doch während das kolumbianische Umweltministerium es aufgrund der rechtlich inadäquaten Konsultation der betroffenen Bevölkerung und diverser Umweltvergehen durch ISAGEN ablehnte, Hidrosogamoso als Clean Development Mechanism (CDM)-Projekt zu klassifizieren, kam die Bundesregierung bei der Projektprüfung vor der Vergabe der Hermesbürgschaften zu dem Schluss, dass Weltbankstandards entweder eingehalten oder im Laufe des Projekts erfüllt werden. Vor Ort zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Die unzulänglichen Konsultationen, mangelhaften Entschädigungen und Gesundheitsbeeinträchtigungen verletzen sowohl Weltbankstandards als auch den Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (UN-Sozialpakt). Von Gegenströmung und Movimiento Ríos Vivos auf die Nichteinhaltung internationaler Standards angesprochen, versicherte die Bundesregierung, diese zu untersuchen und sich ggf. für Abhilfemaßnahmen einzusetzen. Doch nach wie vor warten die Betroffenen auf ausreichende Entschädigung, um sich eine neue Existenz aufbauen zu können.

trächtigungen verletzen sowohl Weltbankstandards als auch den Internationalen Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (UN-Sozialpakt). Von Gegenströmung und Movimiento Ríos Vivos auf die Nichteinhaltung internationaler Standards angesprochen, versicherte die Bundesregierung, diese zu untersuchen und sich ggf. für Abhilfemaßnahmen einzusetzen. Doch nach wie vor warten die Betroffenen auf ausreichende Entschädigung, um sich eine neue Existenz aufbauen zu können.

2. Österreichische Exportkreditbürgschaften

In Österreich vergibt die im Besitz mehrerer Großbanken, darunter UniCredit, Erste Bank und Raiffeisenbank, befindliche Österreichische Kontrollbank (OeKB) im Auftrag des Staates Exportkreditbürgschaften.¹ Anfang der 2000er Jahre entzündete sich ein Sturm der Entrüstung über die OeKB anhand eines Staudamms auf den Philippinen.² Es ging in diesem Fall um die Turbinenliefer-

ung durch die österreichische VA Tech, die 2006 von der Andritz AG aufgekauft wurde, für den San Roque-Staudamm auf den Philippinen.

Der San Roque-Damm: Mit österreichischer Exportkreditbürgschaft ermöglicht

Der San-Roque-Damm mit 375-MW Kapazität befindet sich in der Provinz Pangasinan auf Luzon, der größten Insel der Philippinen, und staut

dort den Fluss Agno. Der Staudamm ist 210 Meter hoch und 1.130 Meter weit. Damit ist er der größte Staudamm auf den Philippinen. Das aufgestaute Wasser soll dazu beitragen, 87.000 Hektar Land zu bewässern. Zudem soll es dem Hochwasserschutz und der Stromerzeugung dienen.³ Ab 1994 begannen die Bauarbeiten für die nach Fertigstellung höchste Staumauer Südostasiens. Mehrere tausend Menschen mussten für das San-Roque-Projekt zwangsumgesiedelt werden. 2.545 Familien verloren ihr landwirtschaftlich genutztes Land, 3.000 Goldwäscher/innen verloren ihre wirtschaftliche Lebensgrundlage. Weitere 20.000 Menschen wurden indirekt von dem Staudammbau betroffen: durch Einbußen beim Fischfang, Einschränkungen des Transports und Verschlechterung der Wasserqualität. In den stromaufwärts am Agno-Fluss liegenden Gemeinden leben indigene Gruppen, die eigentlich durch den Indigenous Peoples' Rights Act of the Philippines geschützt sein sollten: Alle Projekte, die die Indigenen betreffen, müssten das Verfahren der freien, vorherigen und informierten Zustimmung durchlaufen (FPIC). Doch dies wurde von Regierung und zuständigen Behörden schlichtweg ignoriert.⁴ Es kommt bei Starkregenfällen in der Regenzeit immer wieder zu Notablassungen aus

dem Staureservoir, erst im Oktober 2016 wurden die Bewohner/innen der tieferliegenden Gemeinden am Agno-Fluss von den Behörden temporär evakuiert.⁴ 2003 wurde der Damm in der ersten Baustufe fertiggestellt.⁵ Weitere Ausbaustufen sollen folgen.

Die OeKB, die Raiffeisenbank OÖ und Andritz: Kreditabsicherung für Staudämme in Vietnam

Doch der San Roque-Staudamm war kein Einzelfall. Die OeKB erteilte zum Beispiel 2013 eine Refinanzierungszusage und eine Exportkreditgarantie für das politische und wirtschaftliche Risiko, das die österreichische Raiffeisenlandesbank Oberösterreich einging, als sie für eine Turbinenlieferung von Andritz den Kredit bereitstellte. Konkret ging es um eine Lieferung für das im Bau befindliche Wasserkraftwerk Thuong-Kon-Tum in Vietnam.⁷ Diese Dienstleistung der OeKB wurde von der Raiffeisenlandesbank als „maßgeblich für das Zustandekommen der Finanzierung“ in der Kon-Tum-Region in Vietnam bezeichnet.⁸ Ohne die Garantie der OeKB wäre das Geschäft der Andritz mit dem Thuon-Kon-Tum-Wasserkraftwerk also nicht zustande gekommen. Doch was bedeutet das gute Geschäft für Andritz für die betroffene Bevölkerung?

Die Menschen in der Kon-Tum-Region leben mit und von den Flüssen



Foto: Chris Goldberg (CC BY-NC 2.0)

OeKB und der Thuong-Kon-Tum-Staudamm in Vietnam

Im September 2009 begann der Bau des größten Staudamms in der Kon Tum-Region, dem Thuong-Kon-Tum-Staudamm am Fluss Dak-Snghe.⁹ Des- sen Projektbetreiberin ist die Vinh-Son-Song-Hinh Hydropower Joint Stock Company, ein halbstaat- liches, börsennotiertes Unternehmen. Die OeKB erläutert auf ihrer Internetseite die Struktur des Staudamms: In der vietnamesischen Provinz Kon Tum werde der Dak-Snghe-Fluss aufgestaut und ein „Großteil der Wassermenge“ in ein benachbar- tes Tal übergeleitet. Der 78 Meter hohe Staudamm werde flussabwärts errichtet. Ein rund 20 Kilo- meter langer Tunnel verbinde das Einlaufbauwerk im Reservoir mit dem Krafthaus im deutlich tie- fer gelegenen Nachbartal. Andritz liefere zwei Pel- ton-Turbinen mit einer Nominalkapazität von 220 MW und sei zudem für die komplette elektrome- chanische Ausrüstung sowie technische Servicelei- stungen zuständig.¹⁰ Die Vorteile des Staudammes lägen auf der Hand, so die OeKB:

Durch die Errichtung des Wasserkraftwerkes wird ein nachhaltiger und umweltfreundlicher Beitrag zur Deckung des steigenden Energiebe- darfes in Vietnam erbracht. Weitere Vorteile für die Bevölkerung ergeben sich durch die Schaf- fung von Arbeitsplätzen in der Region, Verbes- serung der Infrastruktur und Stimulierung der lokalen Wirtschaft.¹¹

Das sehen nicht alle so. International Rivers sprach bereits 2011 davon,¹² dass die Umleitung dieses „Großteils der Wassermenge“, die auch die OeKB eingeräumt hatte, zu „schwerwiegenden“ Folgen führe. Etwa 74 Prozent der Wassermenge des Flus- ses würden umgeleitet, 67 Prozent in der Trocken-

zeit, bis zu 78 Prozent in der Regenzeit. Circa 400 Haushalte müssten direkt umgesiedelt werden, da- von seien 909 Personen Mitglieder der indigenen Gruppe der Xedan. Zudem seien zehntausende Flussanwohner/innen betroffen, wenn die Fischbe- stände wie befürchtet beeinträchtigt würden und das Wasser für ihre landwirtschaftliche Produktion nicht in ihr Tal, sondern ins Nachbartal abgelei- tet werde. Zudem lebten in der Region bedrohte Tierarten, die durch das 30 Kilometer lange Stau- reservoir bedroht wären, wenn ihr Lebensraum, der Wald, geflutet werde. Dies analysierte auch die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Anerken- nung des Staudammprojekts im Rahmen des Clean Development Mechanismus‘ (CDM): „When the plant is operational, the reservoir will flood a large area of different forest and cultivated land, which will narrow the space for animals.“¹³ Das natürli- che Waldhabitat, so International Rivers, biete den lokalen Gemeinschaften Ernährungssicherheit für den Fall landwirtschaftlicher Ausfälle. Diese sei nun dadurch bedroht.¹⁴ Die vietnamesische Niederlas- sung von TÜV Nord Cert überprüfte die CDM- Vorgaben anhand des beim Sekretariat der UN-Kli- marahmenkonvention (UNFCCC) eingereichten Projektvorschlags für den Thuong-Kon-Tum-Stau- damm. Er teilte die Kritik von International Rivers nicht: Die von International Rivers herangezoge- nen Betroffenenzahlen seien „nicht korrekt laut den aktuellen durch das Validierungsteam durch Interviews mit lokalen Behörden und mit betroffe- nen Anwohnern erhobenen Zahlen“.¹⁵

Unbestritten ist, dass es derzeit beim Bau des Thuong-Kon-Tum-Staudamms zu massiven Ver- zögerungen kommt. Im August 2014 annullierte die Staudammbetreiberin den Vertrag mit den chinesischen Baufirmen, da diese – ihrer Ansicht nach – den Bau absichtlich verzögerten.¹⁶ Vor-

Umkämpfter Staudammhotspot Zentralvietnam

Die Kon-Tum-Region liegt in Zentralvietnam, im bergigen Hochland an den Grenzen zu Laos und Kambodscha. Die Wirtschaft der Provinz ist hauptsächlich landwirtschaftlich geprägt. Allein für die Kon-Tum-Region waren 69 neue Staudammprojekte geplant, im März 2013 wurde aber bekannt, dass aufgrund der Proteste der Bevölkerung, die negative Umweltfolgen befürchtete, bereits 21 der Projekte zurückgezogen worden waren. Die vietnamesische Presse berichtet von mehreren hundert zurückgezogenen Staudammprojekten in der zentralen Hochlandregion. Bei einigen der durchge- führten Staudammprojekte waren unter den Betroffenen hunderte, bei anderen tausende Familien, die ihre Häuser für den Staudammbau verlassen mussten, aber nie einen Ersatz angeboten bekamen. Die Proteste in der Region nahmen derart zu, dass die Provinzregierungen sich gegen alle weiteren Staudammprojekte aussprach und einen generellen Baustopp für Wasserkraftprojekte in der Region forderte.¹⁸ Vietnams Zentralregierung hält bislang aber an weiteren Staudammprojekten fest.

ausgegangen waren Nachzahlungsforderungen in Höhe von umgerechnet 38 Millionen US-Dollar der chinesischen Unternehmen, die die vietnamesische Seite nicht begleichen wollte. Die chinesischen Baufirmen Hydrochina Huadong Engineering Corporation und China Railway Construction Co Ltd. hatten bereits im Mai 2014 die Bauarbeiten größtenteils abgebrochen, da das Geschäft ihrer Ansicht nach so nicht machbar sei. Die ursprünglichen Gesamtkosten für den Staudambau hatten die Baufirmen mit umgerechnet 270 Millionen US-Dollar im Bieterverfahren gewonnen. Vietnamesischen Presseberichten zufolge waren sie damit um die Hälfte günstiger als andere Anbieter. Die vietnamesische Staudammbetreiberin erwägt den Gang vor ein internationales Schiedsgericht.¹⁷

Proteste gegen OeKBs Beteiligung an Wasserkraftprojekten

Nichtregierungsorganisationen ist die Beteiligung der OeKB an Wasserkraftprojekten seit langem ein Dorn im Auge. Die Kampagne von ECA Watch Österreich und anderen zum Ilisu-Staudamm in der Türkei zielte nicht nur auf den Turbinenlieferanten Andritz, sondern auch auf die von der OeKB gewährte Exportbürgschaft ab. Ein grundsätzliches Umsteuern in der Bank ist jedoch nach wie vor nicht festzustellen. „Die österreichische Bevölkerung hat ein Recht darauf zu erfahren, wo mit den Exportgarantien der Kontrollbank aus österreichischen Steuergeldern weltweit umstrittene Projekte unterstützt werden“, erklärte Georg Scattolin von der österreichischen Sektion des WWF, als im Jahr 2012 bekannt wurde, dass die Andritz AG sich am umstrittenen Wasserkraftwerk Xayaburi am Mekong in Laos beteiligen würde (s. Kap. V.1).¹⁹

Auch Menschenrechtsorganisationen wie FIAN se-

hen das Agieren der OeKB sehr kritisch. Eine systematische und unabhängige menschenrechtliche Folgenabschätzung vor Finanzierungsentscheidungen, wie sie die Maastrichter Prinzipien zu den extraterritorialen Staatenpflichten im Bereich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vorsehen, sei unerlässlich. Solche Folgenabschätzungen fänden bei der Vergabe von Haftungen durch die OeKB, die im Auftrag des österreichischen Staates handelt, nicht statt, stellt die Organisation 2015 fest. Um seinen extraterritorialen Schutzpflichten nachzukommen, müsse Österreich

die Vergabep Praxis der OeKB dringend reformieren, denn derzeit erfolge sie geheim, weitgehend ohne Kontrolle durch weitere Instanzen, ohne angemessene Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards und ohne Abstimmung mit den Richtlinien der österreichischen Entwicklungspolitik. Auch nach Vergabe von Förderungen sollten die Auswirkungen der Projekte regelmäßig überprüft werden.²⁰

Dabei steht die OeKB ebenso wie die deutsche Bürgschaftsvergabe nur exemplarisch für das Agieren von europäischen und nicht-europäischen ECAs. Und da auch bei der zwischenzeitlich erfolgten Überarbeitung der OECD-Richtlinien für Exportkreditagenturen (Common Approaches) die Chance vertan wurde, menschenrechtliche Folgenabschätzungen als Grundlage aller Projektentscheidungen einzuführen, steht zu befürchten, dass es auch in Zukunft zu Beteiligungen von Exportkreditagenturen an Projekten kommen wird, bei denen die Menschenrechte verletzt werden. Doch wo öffentliche Gelder dazu dienen, der Privatwirtschaft Exporte zu ermöglichen, stehen Regierungen und Parlamente in besonderer Verantwortung, Abhilfe zu schaffen.

Die Österreichische Entwicklungsbank, eine Tochter der OeKB

Wie eng ECAs und Entwicklungsbanken teilweise gemeinsam agieren, zeigt sich am Beispiel der OeKB und OeEB. Bereits 2008 hatte die OeKB einen Ausbau ihrer Entwicklungsfinanzierung vorangetrieben, indem sie die Oesterreichische Entwicklungsbank AG (OeEB) gründete. Die OeEB fungiert dabei als Österreichs offizielle Entwicklungsbank und handelt damit im Auftrag der Republik Österreich. Ihre langfristigen Ziele sind den Statuten der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit verpflichtet. Diese besagen, dass „Armut zu mindern, die natürlichen Ressourcen zu schützen sowie Frieden und menschliche Sicherheit in den Partnerländern zu fördern“²⁰ seien. Eines der Mittel, um diese Ziele zu erreichen, sieht die OeEB in der Kreditvergabe für Wasserkraftwerke beispielsweise in Honduras²¹, Peru²² oder Georgien²³.

IV. VERSICHERER UND RÜCKVERSICHERER

Das Rückgrat des Staudammgeschäfts

„Ohne die Finanzierung kein Staudambau“ – so lautet das landläufige Mantra. Doch noch vor der Finanzierung eines Großprojektes wird oft eine andere Frage geklärt: die nach der Versicherung. Denn kaum eine Finanzinstitution ist bereit, Geld für ein Großprojekt zu geben, wenn sie im Schadensfall auf den Kosten alleine sitzen bleibt. So überschätzen Kritiker/innen von Großprojekten meist die Rolle der Finanzierung und unterschätzen die der Versicherer und deren Rückversicherer.

Dabei wird in vielen Fällen eine Finanzierung erst vertragsreif, wenn bereits zuvor die Versicherungen abgeschlossen wurden. Oft wird der gesamte Vorgang von hinten aufgezogen: Dies macht der Fall des weltgrößten Clean-Development-Projekts, des Staudamms Jirau am Madeira-Fluss in Amazonien, nahe der brasilianisch-bolivianischen Grenze, deutlich. Durch einen Streit zwischen Versicherern, Rückversicherern und Baufirmen kam zu Tage, dass zuerst die Verträge für die Rückversicherung, auf deren inhaltlicher Vorgabe dann die Versicherungsverträge, und dann erst die Finanzierungs- und die eigentlichen Bauverträge unterschrieben wurden.¹

Zudem beschränken sich die Versicherer und Rückversicherer in ihrem modus operandi nicht immer auf die Versicherung, sondern greifen auch ins operative Geschäft ein. Sie wirken mit an der Entwicklung von Finanzierungskrediten bis zur Vertragsreife. Der weltgrößte Rückversicherer, die Munich Re aus München, beschreibt dies ganz unbescheiden anhand des bereits oben erwähnten Bujagali Hydroelectric Power Projects in Uganda: „Die Bujagali Hydroelectric Power Plant in Uganda ist ein Riesenprojekt. Munich Re war von Beginn an involviert, um die Finanzierung sicherzustellen.

Dank der Munich Re als verlässlicher Partnerin konnte der Bau des Projekts beginnen.“²

1. Der weltgrößte Rückversicherer Munich Re – Klimawandel als Bedrohung und Geschäft

In den vergangenen Jahren brachten die Versicherer vermehrt das Argument des Klimawandels zur Legitimation ihres Staudamm-Engagements vor. Das erste Mal, so heißt es in einer Unternehmenspräsentation, warnte die Munich Re bereits 1973 „vor Klimawandel“.¹ So wie die Weltbank angesichts des Klimawandels wieder Großstaudämme fördern

will,² so hat die Munich Re den Klimawandel ebenfalls als Bedrohung erkannt. Doch zieht die Münchener Rückversicherungsgesellschaft aus dieser Erkenntnis ganz erstaunliche Schlüsse: „Klimawandel – ein Thema, das uns alle betrifft. Seit über 40 Jahren beschäftigt sich Munich

„ Als Risikoträger müssen wir wahrlich nicht fürchten, dass der Welt die Risiken ausgehen: globalisierte und eng vernetzte Ökonomien, komplexe Technologien, demografische Veränderungen und Naturgefahren erzeugen hohe Nachfrage nach Versicherungsschutz. “

Vorstandsvorsitzender der Munich Re,
Nikolaus von Bomhard,
auf der Aktionärsversammlung 2014⁴

Re mit dem Thema Klimawandel, seinen Auswirkungen auf die Versicherungswirtschaft und den daraus resultierenden Risiken und Chancen.“³ Im Jahre 2014 wurde der Konzern aus München noch deutlicher (s. Zitat).

Mit anderen Worten: Klimawandelrisiken bringen Umsatz und Gewinne für (Rück-)Versicherer. Dazu passt die an gleicher Stelle getroffene Äußerung des Vorstandsvorsitzenden von Bomhard: „Unsere besondere Lösungsorientierung wird in dem Anspruch der Rückversicherung, not if, but how, auf den Punkt gebracht.“

Nicht ob, sondern wie?, scheint die Geschäftsma-

xime der Munich Re in praktischen Fragen der Erneuerbaren Energien zu sein. Und dazu werden die Bedrohungen durch den Klimawandel vermehrt an oberster Stelle genannt, um das Engagement bei in der Öffentlichkeit kritisierten Projekten wie Großstaudämmen zu rechtfertigen.

Bereits 2009 gestand die Munich Re öffentlich ein: „Egal wie effizient und wie groß Wasserkraftprojekte sind, sie haben immer große Auswirkungen auf die Umwelt. Natürliche Flusslandschaften werden in Mitleidenschaft gezogen, die Habitats von Menschen, die Fauna und Flora werden verändert.“⁴⁵ Aber, so fahren die Münchener Klimaspezialist/innen sogleich fort, gerade diese Schwierigkeiten, denen sich die Wasserkraft-Industrie gegenübersehen, schaffe „nicht nur viel versprechendes Finanzpotential, sondern auch eine enorme Nachfrage nach Versicherung, die die Munich Re mit ihren Kapazitäten in Deckung nehmen kann. Mit vielen Jahren der Erfahrung der mit Wasserkraft verbundenen Risiken in Brasilien oder andernorts weltweit, kann die Munich Re dazu beitragen, die Nutzung

der Wasserkraft sicher und nachhaltig zu machen und dadurch weitere CO₂-Emissionen künftig zu verhindern“⁴⁶.

Da drängt sich der Verdacht auf, dass hier die Klimakeule als Argument eingesetzt wird, um die Nebenwirkungen von Großstaudämmen zu beschönigen. Auf den Aktionärsversammlungen der Munich Re der Jahre 2013, 2014, 2015 und 2016 wurde der Vorstandsvorsitzende von Bomhard zu den vielfältigen Problemen befragt, die beim Bau des Staudamms Belo Monte in Brasilien aufkamen. Er antwortete, der Damm sei zwar ein „Monsterprojekt“, aber angesichts des Klimawandels würden „die Vorteile klimafreundlicher Energieproduktion die Nachteile überwiegen.“⁴⁷ Menschenrechte als Kollateralschäden?

Wissenschaftler wie Phillip Fearnside warnen seit Jahren davor, dass beispielsweise das Wasserkraftwerk Belo Monte in den ersten zehn Betriebsjahren mehr Treibhausgase produzieren werde als ganz São Paulo im gleichen Zeitraum. Dies liege daran, dass die im Wasser versenkte Biomasse unter Sauerstoff-

Heiliger Wasserfall versus Heilige Kirche

Die Aktionärsversammlung der Munich 2015 in München verdeutlichte, dass beim Staudammgeschäft der Munich Re eine Doppelmoral existiert. Zunächst mussten sich die Vorstände den Vorwurf gefallen lassen, in München würde sich die Munich Re für die Renaturierung der Isar einsetzen, in Amazonien sei sie aber kräftig daran beteiligt, die Flüsse mit Staudämmen zu zerstören. Verena Glass vom brasilianischen Movimento Xingu Vivo para Sempre war eigens zur Hauptversammlung gereist, um die Konzernvorstände auf die Verstrickung der Munich Re in den Te-

les-Pires-Staudamm am gleichnamigen Fluss in Brasilien anzusprechen. Dabei stellte sie dem

„ Am Teles Pires haben die Baufirmen einen riesigen Wasserfall gesprengt: Dieser Wasserfall heißt Sete Quedas. Für die Indigenen Kayabi, Apyaka und Munduruku ist Sete Quedas ihr heiligster Ort. Wie würden Sie reagieren, wenn eine Baufirma daher kommt und die Münchener Frauenkirche mit Bulldozern einreißt? “

Verena Glass, *Movimento Xingu Vivo para Sempre*, Brasilien

Vorstandsvorsitzenden von Bomhard die entscheidende Frage: „Am Teles Pires haben die Baufirmen einen riesigen Wasserfall gesprengt: Dieser Wasserfall heißt Sete Quedas. Für die Indigenen Kayabi, Apyaka und Munduruku ist Sete Quedas ihr heiligster Ort. Wie würden Sie reagieren, wenn eine Baufirma daher kommt und die Mün-

chener Frauenkirche mit Bulldozern einreißt?“ Die Antwort auf diese Frage blieb die Munich Re schuldig.

abschluss langsam zu Methan verrotte, das 22 mal klimaschädlicher als CO₂ sei. Daraus folge, dass es ein Irrtum sei zu glauben, die Großstaudämme in Amazonien seien klimaschonend.⁸ All das scheint die Munich Re aber nicht weiter zu beeindrucken. Auf der Aktionärsversammlung 2016 erklärte der Vorstandsvorsitzende von Bomhard, die Meinung von Fearnside, dass Staudämme klimaschädlicher seien als von der Staudammindustrie behauptet, repräsentiere lediglich die Meinung von fünf Prozent der Wissenschaftler.⁹ Woher diese Prozentzahlen stammen, ließ Nikolaus von Bomhard im Dunkeln. So vertritt die Munich Re weiter die Position: „Let the water flow!“¹⁰ Sie meint damit aber nicht frei fließende Flüsse, sondern den Fluss durch Turbinen zur Antreibung der Generatoren.

Vertraulichkeit, Seriosität und Medienzurückhaltung des „Weltversicherers“

Vertraulichkeit, Seriosität und Medienzurückhaltung wird von Seiten der Konzernvertreter/innen der Munich Re gerne hochgehalten.¹¹ Nicht im Fokus stehend, aber im Hintergrund wirkend, dies kennzeichne die Munich Re als den „Weltversicherer“¹². Vielleicht standen auch deshalb bei den umfangreichen Protesten gegen den Bujagali-Staudammkomplex in Uganda immer die Weltbank, die Europäische Investitionsbank EIB, die KfW und andere multilaterale Finanzinstitutionen im Fokus der Kritik. Dabei erscheint im Rückblick auf diesen Fall die Rolle einer eher im Hintergrund operierenden Rückversicherungsfirma doch verwunderlich, wenn diese für ihr Bujagali-Engagement nicht nur

Verena Glass, *Movimento Xingu Vivo para Sempre*



Foto: Dachverband Kritischer Aktionäre

wirbt, sondern sich selbst als gleichsam projektentscheidend in Fragen der Finanzierung darstellt. Eine Auskunft über die Anzahl und Namen der von ihr in (Rück-)Versicherung genommenen Großstaudämme lehnte die Munich Re trotz wiederholter Nachfrage seitens Kritischer Aktionär/innen konsequenterweise aus Gründen der „Kundenvertraulichkeit“ ab.¹³ Dennoch ist offensichtlich, dass die Munich Re weltweit bei einer Reihe von Großstaudammprojekten, darunter äußerst umstrittene, als Rückversicherer aktiv ist.

Die bekanntesten sind diejenigen, deren mediale Präsenz zur Offenlegung dieser Geschäftsbeziehungen geführt hat.¹⁴ Insbesondere das Engagement bei Belo Monte hatte Folgen für das Unternehmen: Wegen der 25% Deckung der Rückversicherungssumme für den Staudamm wurde die Munich Re aufgrund der Umweltverstöße des Projektes aus dem Nachhaltigkeitsindex Global Challenges Index (GCX) ausgeschlossen.¹⁵

Die Antwort der Versicherer: „Environmental, Social and Governance“-Kriterien

Auch die Versicherer und Rückversicherer haben auf die zivilgesellschaftliche Kritik an Großprojekten reagiert.

Zunehmend haben sie eigene Leitlinien entwickelt. Diese manifestieren sich in dem Dreiklang „Environmental, Social and Governance“, kurz ESG-Kriterien. Sie stehen für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung – und sind bei den Versicherern und Rückversicherern integraler Bestandteil und Aushängeschild für ihre nachhaltige Geschäftspraxis schlechthin.

Bei der Munich Re gestaltete sich die Entwicklung wie folgt: Seit 2002 müssen Investments in Aktien und Anleihen „bestimmte Nachhaltigkeitskriterien erfüllen“, 2005 wurden die „konzernweit verbindlichen“ General Investment Guidelines (GIGs) geschaffen, nach denen in den Anlagebereichen Infrastruktur, Erneuerbare Energien und Forstwirtschaft ein „Investmentprozess eingerichtet [wurde], der neben den finanziellen auch ESG-Kriterien berücksichtigt.“¹⁶ Die Nachhaltigkeitskriterien würden regelmäßig anhand der ESG-Kriterien externer Ratingagenturen überprüft. Im April 2006 unterzeichnete Munich Re als erstes deutsches Unternehmen die UN-Principles for Responsible Investment (PRI), 2007 folgte die Unterzeichnung des UN-Global Compact, 2012 die Teilnahme an den Principles for Sustainable Insurance (PSI). Die Principles for Responsible Investment (PRI) dienen

Principles for Responsible Investment (PRI) und Principles for Sustainable Insurance (PSI)

Im Jahr 2006 bzw. 2012 stellte die Finance Initiative des UN-Umweltprogramms (UNEP) Prinzipien für verantwortliches Investment bzw. nachhaltige Versicherung vor. Sie sind die zentralen Leitlinien zum Thema Unternehmensverantwortung für Finanzdienstleister.

Die **Principles for Responsible Investment (PRI)** gelten für Kapitalanlagen. Sie wurden gemeinsam mit dem Global Compact und zwanzig Großinvestoren entwickelt und wurden mittlerweile von über 1.500 Unternehmen unterzeichnet. Die PRI betonen ihre Unabhängigkeit, auch wenn sie von den Vereinten Nationen unterstützt werden. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, die Rolle von ESG-Faktoren für Investitionen zu verstehen und seine Unterzeichner dabei zu unterstützen, diese Faktoren in ihre Investitionsentscheidungen zu integrieren.¹⁷

Die sechs Principles for Responsible Investment (PRI)¹⁸

1. Wir werden Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsthemen (ESG) in die Analyse- und Entscheidungsprozesse im Investmentbereich einbeziehen.
2. Wir werden aktive Aktionäre sein und ESG-Themen in unsere Aktionärspolitik und -praxis einbeziehen.
3. Wir werden eine angemessene Offenlegung in Bezug auf ESG-Themen bei den Unternehmen und Körperschaften fordern, in die wir investieren.
4. Wir werden die Akzeptanz und die Umsetzung dieser Grundsätze in der Investmentbranche vorantreiben.
5. Wir werden zusammenarbeiten, um unsere Wirksamkeit bei der Umsetzung dieser Grundsätze zu steigern.
6. Wir werden über unsere Aktivitäten und Fortschritte bei der Anwendung der Grundsätze Bericht erstatten.

Die **Principles for Sustainable Insurance (PSI)** sind eine Initiative der UNEP Finance Initiative. Ihr haben sich bisher 83 Versicherer angeschlossen, darunter Munich Re und Allianz aus Deutschland sowie Swiss Re aus der Schweiz. Mit den PSI verspricht die Versicherungswirtschaft, Risiken bzgl. Umwelt, Sozialem und Unternehmensführung besser zu erkennen, zu vermeiden und zu reduzieren. Sie will damit Chancen besser managen, um Qualität und verlässlichen Risikoschutz bereitzustellen.¹⁹

Prinzip 1: Wir berücksichtigen bei unserer Entscheidungsfindung Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekte, die für unser Versicherungsgeschäft relevant sind.

Prinzip 2: Wir arbeiten mit unseren Kunden und Geschäftspartnern zusammen, um das Bewusstsein für Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen zu stärken, Risiken zu managen und Lösungen zu entwickeln.

Prinzip 3: Wir arbeiten mit Regierungen, Aufsichtsbehörden und anderen wichtigen Interessengruppen zusammen, um in der Gesellschaft weitreichende Aktionen zu Umwelt-, Sozial- und Governance-Themen zu fördern.

Prinzip 4: Wir zeigen Verantwortung und Transparenz, indem wir unsere Fortschritte bei der Umsetzung der Prinzipien regelmäßig veröffentlichen.

Bei beiden Prinzipien stellt sich jedoch die Frage, wie abstrakte Begriffe wie „angemessen“, „vorantreiben“, „steigern“ oder „Fortschritte“ in Fragen von Umwelt, Soziales und Unternehmensführung konkret mit Leben gefüllt werden können. Vor allem müssen sich die PRI und PSI der Gretchenfrage stellen: Wie effektiv wirken sie, um Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen tatsächlich zu verhindern? Kritiker/innen werfen ihnen vor, dass sie nur zahnlose Papiertiger seien, mit denen die Finanzdienstleister sich vor harten Kriterien drücken. Die Tatsache, dass Versicherer Projekte völlig unterschiedlich bewerten, obwohl sie sich beide zu den PSI bekennen (s.u.), verstärkt die Zweifel an der Effektivität dieser Selbstverpflichtungsansätze.

der Munich Re dabei als „Leitlinie“ für die Anlagestrategie, um „Aspekte der Ökologie, gesellschaftlichen Verantwortung und guten Unternehmensführung“ (sogenannte ESG-Aspekte) verstärkt im Investmentprozess zu verankern, wie es auf der Homepage des Unternehmens heißt²⁰. Hierbei geht es also um den Bereich der Wertanlagen, kurz Assetverwaltung. Bei den Principles for Sustainable Insurance (PSI) geht es um den Kernbereich des Versicherungsgeschäfts: das Versichern.

Bei der Munich Re geht es um (Rück)versicherungen in Milliardenhöhe sowie um Anlageentscheidungen über 250 Milliarden Euro, die die Vermögensverwalterin der Munich Re, MEAG, betreut. Orientierung findet die MEAG dabei im Dow Jones Sustainability World Group Index, FTSE4Good, Advanced Sustainable Performance Index, bei der Rating-Agentur Sustainalytics oder oekom research. Interessanterweise ist es oekom research, die mit der Börse Hannover den Nachhaltigkeitsindex Global Challenges Index (GCX) entwickelt hat, aus dem die Munich Re eben wegen der Rückversicherung für den Staudamm Belo Monte ausgeschlossen worden war. Dass die Munich Re trotz der eigenen ESG-Kriterien und der Unterzeichnung von Global Compact, PRI und PSI wiederholt die Versi-

cherung für Staudammprojekte übernommen hat, in deren Zusammenhang es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen kam, verdeutlicht, dass die genannten Initiativen doch ein eher schwaches Raster für wirklich verantwortungsvolles Handeln in Umwelt- und Menschenrechtsfragen sind. Die Entwicklung verbindlicher Standards und Ausschlusskriterien lässt die Munich Re bisher vermissen.

Die Münchener Rück hat seit Mitte der 2000er Jahre sukzessive den Global Compact der Vereinten Nationen sowie die UN-Principles for Responsible Investment (PRI) und später die UN-Principles for Sustainable Insurance (PSI) unterzeichnet. Nahezu parallel unterzeichnete auch der Branchenkonkurrent Swiss Re diese Abkommen. Es könnte also davon ausgegangen werden, dass beide nahezu die gleichen Kriterien für ihre Geschäftsentscheidungen verwenden. Wie kann es dann aber sein, dass die Swiss Re schon 2010/2011 entschieden hat: „Am Belo-Monte-Damm haben wir uns nicht beteiligt, weil er inakzeptable Auswirkungen auf das Ökosystem und vor allem auf die indigene Bevölkerung hat“²¹? Dass die Swiss Re sich bei Belo Monte nicht beteiligt hat, liegt offenbar eher an einer hausinternen Policy – als an den Kriterien von Global Compact, PRI oder PSI. Damit stellt die Munich Re jedoch keine Ausnah-

Foto: Dachverband Kritischer Aktionäre



„Bloß keine Ausschlusskriterien“

In ihrer Rede auf der Hauptversammlung der Munich Re am 23. April 2015 in München sprach Barbara Happe (urgewald / Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre) den Vorstandsvorsitzenden direkt an:

„Die Munich Re hat allgemeine Absichtserklärungen wie die Prinzipien für nachhaltige Versicherungen unterzeichnet, sie hat Fragebögen entwickelt zu sensitiven Themen, Sie schulen Ihre Mitarbeiter/innen in diesem Bereich, damit diese kritisch nachfragen und auch ökologisch und so-

zial brisante Themen herausfischen können und Sie haben ein Reputationsrisikosteuerungs-Komitee ins Leben gerufen, das bei kritischen Fällen eingeschaltet werden kann. Aber ich muss leider feststellen, dass die Munich Re mit ihrem aktuellen Regelwerk ökologisch-soziale Fehlentscheidungen in keiner Weise wirkungsvoll verhindern kann. Und dass es ohne klare Standards schlichtweg unmöglich ist, bei sensitiven Projekten zu garantieren, dass diese möglichst nachhaltig umgesetzt werden. Vage Erklärungen, dass man Umwelt- und Sozialaspekte in die Entscheidungsfindung irgendwie mit einfließen lassen will, dass man kritische Fragen stellt und dass es irgendwie auch die Möglichkeit gibt, bestimmte kritische Projekte auf höchster Ebene entscheiden zu lassen, machen noch lange kein funktionierendes Risikomanagement aus. Die Bemühungen der Munich Re sind noch sehr halbherzig und letztlich ist die Quintessenz des Ganzen doch: Bloß keine Ausschlusskriterien, man will bei flexiblen Fall-zu-Fall-Entscheidungen bleiben und letztlich soll fast jedes Geschäft im Dialog mit dem Kunden noch absicherungsfähig bleiben.“²²

me in der Versicherungswirtschaft dar. Zahlreiche weitere Versicherer waren an denselben Projekten beteiligt, für die auch die Munich Re kritisiert wird, so z. B. Mapfre aus Spanien.

2. Mapfre – Lead bei der Versicherung von Belo Monte

Die spanische Rückversicherin Mapfre zählt bei einem Jahresumsatz von über 26 Milliarden Euro

und einem Jahresgewinn von über 1,8 Milliarden Euro in 2014 zu den größeren Versicherern der Branche.¹ Mapfre hält sich – wie die Munich Re – bedeckt, was ihre Versicherungsaktivitäten und Kund/innen angeht. Für Mapfre ist soziale Unternehmensverantwortung eine „freiwillige Verpflichtung“, der sie durch den „freiwilligen Beitritt“ zum UN-Global Compact, zur Finanzinitiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP FI sowie durch die Unterzeichnung der Prinzipien

Das Belo-Monte-Kraftwerk in Altamira, Pará, Brasilien



Das Belo-Monte-Kraftwerk in Brasilien

Das Belo-Monte-Projekt ist ein groß angelegtes Laufwasserkraftwerk am Rio Xingu im brasilianischen Amazonasgebiet. Wenn es voll in Betrieb ist, wird es mit 11.000 MW Spitzenleistung das drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt sein, nach dem Drei-Schluchten-Staudamm in China und dem Itaipu-Staudamm im Grenzgebiet zwischen Paraguay und Brasilien. Der Bau des Projekts wurde bereits in den 1980er Jahren anvisiert, doch sprangen internationale Finanziere – nicht zuletzt wegen internationaler Proteste – wieder ab. Seit 2011 wurde das Projekt gebaut, finanziert von ausschließlich nationalen, also brasilianischen Finanzinstitutionen wie der BNDES (siehe Kasten BNDES, Kapitel II.3).

Für das Laufwasserkraftwerk wird das Wasser des Xingu-Flusses angestaut (Staufufe Pimental) und über einen Kanal mit einem 512 Quadratkilometer großen Reservoir zur Hauptstufe geleitet (Staufufe Belo Monte). An beiden Staustufen befinden sich Turbinen zur Energiegewinnung, geliefert von Alstom, Andritz und VoithHydro (siehe Kapitel V). Durch die Umleitung des größten Teils des Wassers wird die große Flussschleife – die Volta Grande – durchschnittlich 80 Prozent weniger Wasser führen, die Wasserschwankungen werden dort in Zukunft je nach Kraftwerksnotwendigkeiten durch das Öffnen und Schließen der Pimental-Schleusen beeinflusst. Indigene Gemeinschaften, die an der Volta Grande leben, können nicht mehr dem gewohnten Fischfang nachgehen. Die Folgen für die gesamte Gewässerökologie sind noch nicht voll abzusehen.

Für die lokale Bevölkerung sind die Folgen des Kraftwerkprojektes enorm. Viele Menschen mussten ihre Wohnungen verlassen und strengten deshalb Klagen gegen die Betreibergesellschaft Norte En-

nachhaltigen Versicherens PSI² nachgekommen sei. Mapfre selbst hat keine Pressemitteilungen über ihr Engagement als Versicherin oder Rückversicherin von Großstaudämmen herausgegeben. Die in den Medien bekannt gewordenen, von Mapfre unterzeichneten Staudampolizen sind sehr wenige, darunter aber ein umso gewichtigerer: Der künftig drittgrößte Staudamm der Welt, Belo Monte im brasilianischen Amazonasgebiet. Und während die weltgrößte Rückversicherin, Munich Re, sich

bei Belo Monte 25 Prozent der Rückversicherungssumme sicherte, so akzeptierte die spanische Mapfre satte 30 Prozent der Gesamtsumme.³ So hat sie für den Staudamm Belo Monte laut Zahlen der Staudambetreiberin Norte Energia S.A. allein im Fiskaljahr Juli 2014 – Juni 2015 für die Versicherung der Ingenieursleistungen 223.566.000 Reais (umgerechnet 50.624.300 Euro) sowie für die Bauleitungsversicherung 3.495.000 Reais (umgerechnet 791.408 Euro) an Prämien erhalten.⁴

Die Mapfre-Niederlassung in São Paulo



Foto: Christian Russau

ergia S.A. an. Um die Bevölkerung zu unterstützen, schickte die Defensoria Pública da União – eine staatliche Institution, die armen Bevölkerungsteilen juristische Hilfe bieten soll – ein Anwaltsteam nach Altamira.

Der Leiter der Einsatzgruppe, Francisco de Assis Nascimento, berichtete, dass er seit seiner Ankunft in der Region am 19. Januar 2015 insgesamt 4.000 Personen juristisch beraten habe. Bis Juli 2015 zählte der Anwalt 13.000 Personen, die wegen des Wasserkraftwerks umgesiedelt wurden. Zu den Umgesiedelten müssen aber noch diejenigen hinzu addiert werden, die Entschädigungen akzeptiert haben und sich selbst neue Häuser gesucht haben. Zusammengerechnet ergeben sich, basierend auf den konservativ geschätzten offiziellen Zahlen bislang 23.000 bis 25.500 vom Staudamm Belo Monte betroffene Personen. Diejenigen, die aufgegeben und auf Entschädigungen verzichtet haben, sind in dieser Rechnung nicht erfasst.⁵ Norte Energia S.A. wollte eigentlich die Flutung bis September 2015 beginnen, doch die Umweltbehörde Ibama verweigerte zunächst die entsprechende Genehmigung, da die per Vertrag festgesetzten Bedingungen noch immer nicht erfüllt seien. Durch gerichtliche Einsprüche im nationalen Interesse wurden aber immer wieder juristische Einwände gegen die Betriebsgenehmigung des Wasserkraftwerks ausgehebelt.

So wurde schließlich im Dezember 2015 mit der Flutung begonnen. Die erste Turbine wurde im Mai 2016 in Betrieb genommen. Gegen das umstrittene Wasserkraftwerk sind aber noch immer 25 Prozess- und Anfechtungsklagen vor dem Obersten Gerichtshofs Brasiliens STF anhängig. Obwohl die Justiz noch nicht über die Recht- oder Unrechtmäßigkeit des gesamten Vorhabens entschieden hat, sind bereits Fakten geschaffen worden: Belo Monte arbeitet.

3. Hoffentlich Allianz versichert ...

Auch einer der weltgrößten Direktversicherer, die Allianz, und deren Tochtergesellschaften haben den Global Compact¹ sowie die PRI² und PSI³ sukzessive unterzeichnet. Und gleich der Munich Re hat die Allianz den Klimawandel mittlerweile bereits als „klare Nummer eins unter langfristigen geschäftlichen Risiken“ identifiziert.⁴ Ähnlich wie Munich Re sieht die Allianz in Bezug auf Staudämme zwar auch „die mit solchen Großprojekten einhergehenden Probleme“, diese würden aber, so die Allianz, „aufgewogen durch die Vorteile klimaschonender Energieproduktion.“⁵

So hat die Allianz im Jahre 2014 weltweit 89 Staudammprojekte zur Energiegewinnung in Deckung genommen, bei elf von diesen forderte sie laut eigenem Bekunden Änderungen an der Durchfüh-

rung aus sozialen oder Umweltfragen.⁶ Um welche Projekte es sich bei den beanstandeten Staudämmen handelte, wollte die Allianz aus Gründen der Kundenvertraulichkeit nicht bekannt geben. Denn auch bei der Allianz gibt es keine Transparenz darüber, welche Staudammprojekte der Konzern weltweit in Deckung genommen hat. Darauf explizit angesprochen, verweigerte der Konzernvorstand die Antwort.⁷ Auch die Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen, die die Allianz und andere große börsennotierte Unternehmen aufgrund einer entsprechenden EU-Richtlinie künftig vornehmen müssen, wird hier keine Abhilfe schaffen.

Bekannt als Allianz-versichert sind vor allem die Staudammprojekte, die dank ihrer umstrittenen Bekanntheit zu medialen Brennpunkten geworden sind wie beispielsweise Belo Monte⁸, Jirau am Rio Madeira oder der Sajano-Schuschensker Stausee.

Der Jirau-Staudamm: Mit internationalem Schiedsgericht doppelt abgesichert

Versicherer wie die Allianz mussten in den vergangenen Jahren oft Kritik wegen ihrer Beteiligung an Mega-Staudämmen wie Belo Monte in Amazonien einstecken. Die Kritiker/innen wiesen die Allianz dabei auch auf zahlreiche Rechtsverstöße hin, die Betreiberkonsortium und brasilianische Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Bau von Belo Monte begingen. Die Allianz verwies als Antwort immer auf die Rechtsstaatlichkeit in Brasilien.

Dass der Konzern aber selbst dieser Rechtsstaatlichkeit nicht vertraut, offenbarte die Episode um den Staudamm Jirau am Fluss Rio Madeira. Gemeinsam mit über zwei Dutzend international agierenden Versicherern und Rückversicherern versuchten Allianz, Zurich Re und Mapfre, den Fall nicht vor den zuständigen brasilianischen Gerichten verhandeln zu lassen, sondern vor einem privaten internationalen Schiedsgericht in London.

Besonders kurios an dem Fall ist, dass Brasilien keine Abkommen ratifiziert hat, die internationale Schiedsgerichte als Streitschlichtungsinstanz anerkennen und dass er eigentlich ein rein innerbrasilianischer Rechtsstreit ist. Möglich wurde die Einschaltung des Londoner Gerichts nur durch eine Vertragsklausel zwischen den Versicherern und den Baufirmen. Und im Hintergrund zogen die Rückversicherer die Strippen, wiederum angeführt von der Allianz, der Zurich Re sowie der Swiss Re.⁹

Das Jirau-Wasserkraftwerk ist ein riesiger Staudamm in Amazonien am Rio Madeira, nahe der Grenze zu Bolivien, im brasilianischen Bundesstaat Rondônia. Er ist mit 3,75 Gigawatt eines der größten Stauwerke Brasiliens und wurde 2013 vom UN-Gremium für die Anerkennung von sogenannten Clean-Development-Mechanismen UNFCCC als „weltgrößtes erneuerbares CDM-Projekt“ gefeiert.¹⁰ 2016 ging die letzte der 50 Bulb-Turbinen in Betrieb, Jirau ist bezüglich der Stromproduktion der drittgrößte Staudamm Brasiliens.¹¹

Doch gibt es beim Jirau-Projekt nicht nur Zweifel an der Umwelt-, sondern auch an der Sozialverträglichkeit des Projekts. Denn nicht nur die Umwelt, die Biodiversität und indigene Bevölkerung werden durch Bau und Betrieb des Staudamms gefährdet, auch die Rechte der Arbeiter/innen wurden massiv missachtet.

Die aufgestaute Wut der Arbeiter/innen über Arbeits- und Wohnbedingungen brach sich an zwei Tagen im März 2011 Bahn. Sie zündeten 50 Busse und die Hälfte der Unterkünfte der 20.000 auf der Baustelle tätigen und wohnenden Arbeiter/innen an. Ausstehende Löhne, keine Anerkennung der

Überstunden, gravierende Mängel bei der Arbeitssicherheit, psychischer und auch physischer Druck, mangelnde medizinische Vorortversorgung – all dies hatte Tausende von Arbeiter/innen an jenem 15. März 2011 in Rage gebracht. Nach zwei Tagen beendeten Spezialeinheiten des Militärs die Proteste, der Bau des 3.750 Megawatt-Staudamm wurde monatelang unterbrochen.

Das Baukonsortium aus den Firmen Enesa, Camargo Corrêa und Energia Sustentável do Brasil¹², an dem auch die französische GDF Suez (heute Engie) beteiligt ist, beklagte einen direkten Schaden von 400 Millionen Reais (damals umgerechnet 170 Millionen Euro) und künftige Ausfälle wegen der Bauverzögerungen infolge der Arbeiterproteste in Höhe von bis zu einer Milliarde Reais (damals 360 Millionen Euro). Diese Summe wollten die Bauherren von den Versicherern erstattet bekommen. Hatten sie doch im August 2009 eine doppelte Police abgeschlossen: eine zur Absicherung gegen Schäden und eine gegen Ausfälle durch Verzögerungen bis zu einer Gesamthöhe von zwei Milliarden Reais (damals 720 Millionen Euro).

Die Versicherer¹³ boten aber zunächst – nach Absprache mit ihren Rückversicherern (darunter auch wiederum die Allianz, Zurich Re sowie Swiss Re) – maximal 100 Millionen Reais an¹⁴ und kündigten in Zukunft erhöhte Policen an. Sie argumentierten: „[B]islang gab es das (Schäden infolge von Arbeitsprotesten, Anm. d. A.) nicht“.¹⁵

Infolge des ersten Schlagabtauschs zwischen Baufirmen und Versicherern kam es zu keiner schnellen Einigung. Es folgte eine doppelt überraschende Wende. Zunächst erklärten die Versicherer – laut

Die Baustelle des Jirau-Staudamms



Medienberichten erneut nach Rücksprache mit ihren Rückversicherern –, dass es sich bei den Arbeiter/innenprotesten um eine „politische Angelegenheit“ gehandelt habe, da es um einen normalen Arbeitskampf ging. Laut Police hätten die Versicherer (und somit auch die Rückversicherer) in solch einem Fall nichts zu zahlen brauchen.

Das Baukonsortium jedoch argumentierte, bei den Protesten habe es sich nicht um einen Arbeitskampf, sondern schlicht um „Banditentum“ und „Vandalismus“ gehandelt, der Protest sei daher „nicht politisch“ und die Versicherer (und damit auch die Rückversicherer) hätten zahlen müssen.¹⁶

Da aber kam den Versicherern und Rückversicherern die Idee, die Vertragspolice noch einmal genau zu lesen.¹⁷ Und dort steht in Klausel 12: „(...) im Falle, dass der Versicherte und Versicherer zu keiner Einigung über die Höhe der unter dieser Police zu leistenden Zahlung gelangen, wird der Disput vor ein Schiedsgerichtsverfahren unter den Regularien von Arias geführt werden“. Arias ist das in London beheimatete internationale private Schiedsgericht der Versicherungs- und Rückversicherungsbranche. Und dorthin verlegten die Versicherer die Klage. Über das Londoner Schiedsgericht Arias urteilt selbst das brasilianische Kartellamt Conselho Administrativo de Defesa Econômica (CADE), dieses sei „intensivst kontrolliert durch Rückversicherer“¹⁸.

Die Überraschung in Brasilien war groß. Waren doch diese privaten internationalen Schiedsgerichte immer der Grund dafür gewesen, dass Brasilien keines der bilateralen Investitionsschutzabkommen (BIT) je ratifiziert hatte.¹⁹ Und ohne solch ein BIT konnte kein internationales Schiedsgericht brasilianische Rechtsprechung aushebeln. Dachte man bisher in Brasília.

Im Fall der Jirau-Klage der Versicherer gegen die Baufirmen erklärte der Londoner Richter sich (und sein Schiedsgericht) jedoch für alleine zuständig und urteilte Anfang 2012, dass in diesem Rechtsstreit die Baufirmen Enesa, Camargo Corrêa und das Konsortium auf keinen Fall brasilianische Gerichte anrufen dürften, bei Zuwiderhandlung drohe den Managern Haft.

Währenddessen urteilte nahezu zeitgleich ein Gericht in São Paulo, dass die Versicherer unter keinen Umständen den Fall vor die britische Justiz oder das britische Schiedsgericht Arias bringen dürften, bei Zuwiderhandlung drohe ein tägliches Strafgeld von 400.000 Reais (umgerechnet 170.000 Euro). Denn, so die Richter, in dem von den Versicherern und Baufirmen unterschriebenen Vertrag sei zwar der explizite Verweis auf das Schiedsgericht in London enthalten, damit solch eine Klausel in Brasilien Gültigkeit habe, müsse aber laut brasilianischer Rechtsprechung darüber ein gesonderter Vertrag geschlossen werden und der entsprechende Passus selbst fett gedruckt sein.

Was folgte, war ein heftig geführter Schlagabtausch zwischen britischer und brasilianischer Justiz, der bis zum Obersten Gericht Brasiliens reichte, wie Gegenströmung in einem 2015 veröffentlichten Papier ausführlich darstellte.²⁰ Letztlich setzten sich die Versicherer und Rückversicherer durch. Brasiliens Justiz wurde von dem Verfahren ausgeschlossen, das Londoner Schiedsgericht erklärte sich für zuständig. Und so entschied das private Arias-Tribunal in London, dass die Versicherer den Baufirmen die ursprünglich angebotenen 100 Millionen Reais zu zahlen haben.²¹ Ein Sieg für die private Versicherungswirtschaft – und ein klares Zeichen für die Hinterzimmermentalität, die an solch privaten Schiedsgerichten waltet und sich über nationale Gesetzgebungen hinwegsetzt.

Und die Arbeiter/innen? Sie haben nach den Märzprotesten von 2011 in den Folgejahren wiederholt gegen die Arbeitsbedingungen protestiert, teilweise längere Baustopps durchgesetzt und damit Erfolge wie Lohngehälterhöhungen oder angemessenere Essenzuschüsse jeweils kurzfristig durchgesetzt. In Lohnverhandlungen, Streiks und Protesten ebenso wie vor Arbeitsgerichten mussten sie diese stets aufs Neue schwer erkämpfen.

Der Weg vor ein privates internationales Schiedsgericht stand ihnen natürlich nicht zur Verfügung. Was den Arbeiter/innen zukünftig helfen würde, wäre eine unmissverständliche Klarstellung von Versicherern und Rückversicherern, dass sie nur Projekte in ihr Portfolio aufnehmen, in denen zumindest die ILO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden. Auch existenzsichernde Löhne müssen zu einer Grundanforderung an versicherte Projekte werden.

Das Allianz-Engagement bei Hidrosogamoso in Kolumbien

Auf der Aktionärsversammlung 2014 wurde die Konzernführung der Allianz vom Dachverband der Kritischen Aktionäre und von GegenStrömung explizit gefragt, ob die Versicherung sich am Hidrosogamoso-Staudamm beteiligen würde. Aus Gründen der „Kundenvertraulichkeit“ wollte der Vorstandsvorsitzende die Beteiligung explizit nicht bestätigen. Ein Jahr später wurde der Allianz-Vorstand vom Dachverband der Kritischen Aktionäre und GegenStrömung mit Screenshots von Unternehmensunterlagen des Staudambetreibers Isagen konfrontiert, die eine Verbindung von Allianz zu dem

umstrittenen Projekt nahelegen.²²

Im Nachhinein wird klar, dass die „Vertraulichkeit“ der Allianz sich weniger auf die Kunden als eher auf sich selbst bezieht. Seit 2009 wirbt der kolumbianische Staudambetreiber Isagen auf seiner Internetseite²³ mit den für den Staudamm Hidrosogamoso erfolgreich unter Vertrag genommenen Rückversicherern: darunter Allianz, Munich Re und Hannover Re.

Zudem ist die Allianz mit seiner kolumbianischen Tochter Colseguros der wichtigste Versicherer des umstrittenen Staudammprojektes. Der Kunde Isagen macht offenbar keinen Hehl daraus, sondern wirbt sogar damit. Dennoch verschweigt die Allianz ihr Engagement bei dem Projekt lieber.

Proteste gegen das Kraftwerk Hidrosogamoso



Foto: Prensa Rural (CC BY-NC-ND 2.0)

Die Katastrophe am Sajano-Schuschensker Stausee in Russland

3.000 Kilometer östlich von Moskau, am Jenissei-Fluss in Sibirien, Russland, machte der Sajano-Schuschensker Stausee am 17. August 2009 weltweit Schlagzeilen²⁴: Eine der bis zu 2.000 Tonnen schweren Turbinen des damals neuntgrößten Wasserkraftwerks der Welt wurde aus ihrer Verankerung gerissen. Sie durchbrach das Dach der Turbinenhalle und zerstörte drei weitere Turbinen. Eine Wasserflut von 360 m³ je Sekunde brach sich ihren Weg durch die Turbinenhalle. Bei dem Unfall kamen 75 Arbeiter/innen ums Leben. Die russische Allianz-Tochter Rosno hatte die Versicherung und die Munich Re die Rückversicherung in Deckung genommen²⁵. Auch die Hannover Re hatte sich an der Rückversicherung beteiligt²⁶. Rosno musste damals umgerechnet 200 Millionen US-Dollar zahlen, die sie partiell über Gerichtsprozesse von ihrem Rückversicherer, der Swiss Infrassure Ltd, einforderte.²⁷ Die Munich Re fragte hinterher öffentlich: „Hätte größere Vorsicht diese Katastrophe verhindern können?“²⁸ und erklärte 2015 gleich ganz ihren Rückzug aus dem Russland-Geschäft. Ein Zeitungsbericht setzte diese Entscheidung explizit in Verbindung mit den Großschäden bei Industrieunfällen wie dem am Sajano-Schuschensker Stausee und der Munich Re-Erschädigungszahlungen für die durch das russische Pumpspeicherwerk Zagorsk PSP-2 ausgelösten Überschwemmungen im September 2013.²⁹

Das ESG Integration Framework – ein neuer Ansatz?

Auch bei der Allianz enthalten die ESG-Strategien wenig konkret fassbare Vorgaben. Der scheidende Konzernchef der Allianz, Michael Diekmann, machte auf der Aktionärsversammlung im Mai 2015 sehr deutlich, warum: Nachdem die Konzernführung wegen ihrer Geschäfte mit umstrittenen Staudammprojekten kritisiert worden war, erklärte er, dass der Abzug von Investitionen aus ethisch und ökologisch heiklen Bereichen „etwas kostet“ – nämlich Rendite. Die Aussagen des neuen Konzernchefs Oliver Bäte zum Thema Nachhaltigkeit reihten sich in die seines Vorgängers Diekmann ein: Man müsse bei Anlagen immer „das Gesamtbild betrachten“, dürfe keine Energiequelle ausschließen und müsse immer „Augenmaß“ walten lassen. Wiederholt sprach er von der Bedeutung der „Einzelfallprüfungen“. Erneut wollte sich die Konzernführung nicht auf Ausschlusskriterien festlegen.³⁰

Aber im Juni 2016 veröffentlichte die Allianz ihr neues ESG Integration Framework³¹, entstanden als Reaktion auf die Kritik durch kritische Aktionär/innen auf den Jahreshauptversammlungen.³² Staudämme stuft die Allianz demnach künftig als einen der 13 „sensiblen Sektoren“ ein. Zur Entscheidungsfindung, ob ein Wasserkraft-Projekt in Zukunft durch

die Allianz versichert werden kann, will die Firma die Erkenntnisse der Weltstaudammkommission, des International Hydropower Association Sustainability Protocol sowie internationale Menschenrechtsstandards heranziehen. Die Projekte werden dabei einem Screening-Verfahren unterworfen, das Risiken in den Bereichen Biodiversität, Umwelt, Governance, lokale Gemeinschaften, geschützte Gebiete, Reputation, Umsiedlung und Arbeitsrechte erfassen soll (s. Kasten). Diese Screening-Kriterien stellen zunächst einmal einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Umweltschutz und Einhaltung von Menschenrechten bei Großprojekten dar. Auch das Recht indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) erkennt die Allianz in ihrem Framework an. Gleichwohl fehlen klare Bewertungs- und Ausschlusskriterien. Aktivist/innen werden also weiter die Nagelprobe an den Einzelfällen machen müssen, für die eine Versicherungsleistung der Allianz publik wird, und die Realitäten des Staudammbaus an den Screening-Kriterien messen müssen.

4. Hannover Re: Eigentlich gegen „zerstörerische“ Großstaudämme, aber...

Bemerkenswert ist auch das Rückversicherungsengagement der Hannover Re bei Hidrosogamoso (Siehe Kapitel III, 1). Denn die nach eigenem Bekunden

Die ESG-Screening-Kriterien der Allianz

Biodiversity risks

Absence of mitigation measures to reduce impacts on endangered species

Impact on endangered species listed in the IUCN Red List

Environmental risks

Absence of plans for decommissioning / end-of-life

Environmental and regulatory licensing and permitting processes not started or incomplete

Environmental impact assessment not conducted or not conducted in line with national or international standards and the necessary public consultation (including all supporting infrastructure, i.e. power lines, access roads)

Upstream/downstream impacts (incl. fisheries, pollution, flood risk changes, socio-economic impacts)

Governance risks

Absence of anti-bribery and anti-corruption plans/systems/procedures

Risks to local communities

Absence of a benefit sharing agreement or compensation

Free, prior and informed consent (FPIC) of impacted

parties not obtained

Health impacts have not been assessed and/or taken into consideration

Risks to protected areas

Project located 30km or less from a site of environment, social and/or cultural significance

Reputational risks

Negative reputational impacts on Allianz stakeholders (investors, customers, business partners, regulators, staff, ...)

Resettlement risks

Incidents of physical harm in relation to resettlement

Relocation of people and land/water/property rights (incl. native peoples)

Resettled persons not duly consulted

Workforce risks

Disregard for labor rights including collective bargaining and unionization rights

Involvement in child labor

Involvement in forced labor or human trafficking

Sub-standard working conditions (e.g. health and safety standards, wages, etc.)

drittgrößte Rückversicherin der Welt erklärte im Jahresbericht 2002 in Bezug auf Großstaudämme wie den chinesischen Drei-Schluchten-Staudamm: „Aber die Zukunft dieser enormen Bauwerke ist unsicher. Die Nebenfolgen wie Verlust von langwährenden wirtschaftlich genutzten und bewohnten Gebieten sowie die ökologischen Auswirkungen sind zu zerstörerisch.“¹ Dies ist zunächst eine lobenswerte Erkenntnis. Weshalb hat dann aber die Risikobewertungsabteilung dennoch ihr Placet zur Erteilung einer Rückversicherung an ein so umstrittenes Projekt wie Hidrosogamoso gegeben, obwohl genau diese Kriterien auf den geplanten Staudamm in Kolumbien zutreffen?

Immerhin hatte die Hannover Re 2011 ihre Konzernstrategie erarbeitet und eine dazugehörige Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet. Diese besagt, dass die Hannover Re sich an den zehn Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen orientiert und dass sie ihre Geschäftstätigkeit an Nachhaltigkeitskriterien ausrichten und fortentwickeln wolle:

„Wir steuern den Prozess durch unser konzernweites Risikomanagementsystem, in dem die einzelnen Elemente eng miteinander verzahnt und die Rollen, Aufgaben und Berichtswege klar definiert und in Richtlinien dokumentiert sind. Dies ermöglicht ein gemeinsames Verständnis für eine konzernweite und ganzheitliche Überwachung aller wesentlichen Risiken. Sozial- und Umweltrisiken werden im Rahmen der Analyse der Emerging Risks mitbetrachtet.“²

Wieso konnte es dann im Kerngeschäft der Rückversicherung dennoch zum Fall Hidrosogamoso kommen? Die Antwort findet sich im Bericht des Jahres 2013 der Hannover Re für die Global Reporting Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Na-

tionen, der die Rückversicherin seit 1997 angehört. Darin stellt die Hannover Re klar, dass ihre „Kontrollprozesse, durch die überprüft wird, ob Kunden ökologische und soziale Anforderungen in Verträgen und Transaktionen umsetzen und einhalten“, wie folgt ablaufen:

Wir motivieren unsere Kunden, sich auch in ihrem eigenen Interesse verstärkt mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen und unterstützen sie bei der Entwicklung ihres Nachhaltigkeitsangebots. [...] Monitoring-Mechanismen bezüglich der Einhaltung ökologischer und sozialer Grundsätze bei unseren Zedenten haben wir nicht etabliert.³

Die Hannover Re „motiviert“ ihre Kunden also dazu, sich „mit dem Thema Nachhaltigkeit auseinanderzusetzen“ überprüft aber nicht weiter, ob dies denn auch geschieht. Da überrascht es wenig, dass katastrophale Auswirkungen bei der betroffenen Bevölkerung und Ökosystemen eintreten. Hier muss sich die Hannover Re – ebenso wie die anderen (Rück-)Versicherer – die Frage gefallen lassen, ob sie durch solch ein Vorgehen die Nicht-Einhaltung ökologischer und sozialer Grundsätze stillschweigend in Kauf nimmt.

Sowohl die OECD als auch die UNO stellen unmissverständlich klar, dass die OECD-Richtlinien für multinationale Unternehmen und die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte auch für den Finanzsektor gelten. Beim UN Forum on Business and Human Rights 2016 wurde erstmal die Verantwortung der Versicherungswirtschaft thematisiert. Doch auch wenn Allianz und Swiss Re sich dort als Vorreiter präsentierten, ist es offenbar noch ein weiter Weg, bis die Branche dieser Verantwortung tatsächlich nachkommt.



Durch Hidrosogamoso gingen die Fischbestände im Sogamoso zurück

V. DIE TURBINENHERSTELLER

Das Herzstück der Wasserkraftwerke

Wasserkraftwerke sollen Strom generieren. Dies gelingt nur, wenn Turbinen installiert sind. Turbinen, Generatoren und Steuerungsanlagen – die elektromechanischen Installationen eines Wasserkraftwerks – stellen also das Herzstück jedes Wasserkraftwerks dar. Die Produzenten dieser elektromechanischen Anlagen weisen die Mitverantwortung für die negativen sozialen und ökologischen Folgen von Staudämmen jedoch meist von sich: Sie seien ja nur Zulieferer. Doch die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte beziehen sich auf die gesamte Lieferkette und die Geschäftsbeziehungen. Zivilgesellschaftliche Gruppen halten deshalb auch die Lieferanten von Turbinen für die Folgen von Großstaudammprojekten für mitverantwortlich, schließlich verdienen sie an diesen mit.¹

1. Trotz Skandalen: Andritz liefert

Die österreichische Andritz AG ist einer der ganz großen Player im internationalen Staudammgeschäft. Der Maschinen- und Anlagenbauer aus Graz baut unter anderem Turbinen zur Generation von Strom aus Wasserkraft. Nach eigenen Angaben hat das Unternehmen 30.000 Turbinen mit einer Gesamtkapazität über 420.000 MW weltweit installiert. Damit wäre Andritz Marktführerin, noch vor den Konkurrentinnen Alstom, Voith und anderen. Andritz wirbt damit, auf mehr als 120 Jahre Erfahrung mit elektrischem Equipment und 175 Jahre gesammelte Erfahrung im Turbinendesign zurückschauen zu können.¹ Bei den weltgrößten (und umstrittensten) Staudammprojekten wie dem Drei-Schluchten-Staudamm in China, Ilisu in der Türkei oder Belo Monte in Brasilien war Andritz dabei. Ende 2012 rückte das Engagement des steirischen Unternehmens durch ein umstrittenes Staudammprojekt in Laos erneut in den Fokus der Öffentlichkeit.

Die Xayaburi-Klage: Ein grenzüberschreitender Konflikt

In Laos ist Andritz mittlerweile eine bekannte Größe im Staudammgeschäft. Dies liege, so heißt es auf der Homepage von Andritz, an der erfolgreiche[n] Lieferung von elektromechanischer Ausrüstung durch Andritz für das 2010 in Betrieb gegangene laotische Wasserkraftwerk Nam Theun 2 Nam. Theun gilt weltweit als Vorzeigeprojekt für nachhaltigen Wasserkraftwerksbau, bei dem im Rahmen der Richtlinien der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zahlreiche soziale und ökologische Begleitmaßnahmen erfolgreich umgesetzt wurden.²

Tatsächlich ist die „Vorbildfunktion“ des Nam Theun 2 ein Mythos, der immer wieder gerne wiederholt wird (siehe Kapitel III.4). Aber dadurch wird er nicht wahr.

Am 25. Oktober 2012 gab Andritz bekannt, den Zuschlag zur Lieferung von acht Kaplan-Turbinen im Wert von bis zu 300 Millionen Euro an das Xayaburi-Laufwasser-

kraftwerk in Laos erhalten zu haben.³ NGOs kritisierten dieses Engagement heftig, so etwa der WWF Österreich: „Damit gefährdet die Andritz AG die Lebensgrundlage von 60 Millionen Menschen in den Mekongländern

„ Der Xayaburi-Damm wird die Fischbestände zerstören, ohne die unsere Leute nicht überleben können.

“

Om Savath, Direktor des Fischerei-Aktions-Koalitionsteams von Kambodscha⁶

Südostasiens.“⁴ Denn die Erträge aus dem Fischfang könnten durch den Staudamm Xayaburi um bis zu 40 Prozent zurückgehen. „Allein in Kambodscha deckt die Bevölkerung 82 Prozent ihres Proteinbedarfs aus dem Mekong-Fischfang“, warnte WWF-Experte Georg Scattolin.

Der Damm des geplanten Laufwasserkraftwerks Xayaburi soll 820 Meter breit und 30 Meter hoch werden. Am unteren Mekong-Becken sind aber nach WWF-Informationen insgesamt elf Wasserkraftanlagen im Hauptstrom des Mekong geplant,



Proteste gegen den Xayaburi Damm in Thailand

weitere 77 Kraftwerke seien für die Nebenflüsse vorgesehen. Sollten alle diese Projekte realisiert werden, so die Umweltschützer/innen vom WWF, müsse mit einem enormen Rückgang der Fischbestände gerechnet werden. Die Auswirkungen für das Mekong-Delta, das die Reiskammer Südostasiens darstellt, wären zerstörerisch, denn ohne die Sedimente, die der frei fließende Mekong im Delta ablagert, schwänden enorme landwirtschaftliche Anbauflächen.

Der Guardian spricht im Zusammenhang mit den am Mekong geplanten Dämmen von einer „ökologischen Zeitbombe“⁷. Auch International Rivers weist auf die konkreten Auswirkungen des Xayaburi-Damms hin: Voraussichtlich müssten 2.100 Personen zwangsumgesiedelt werden und weitere 200.000 würden direkt negativ beeinträchtigt.⁸

Umwelt- und Menschenrechtsgruppen haben deshalb im April 2014 Beschwerde bei der Nationalen

OECD-Kontaktstelle, angesiedelt im österreichischen Wirtschaftsministerium, eingereicht. Denn die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen legen fest, dass die Konzerne ihre Einflussmöglichkeiten nutzen sollen, „um gravierende Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden

zu verhindern und anzusprechen“⁹, so die Nichtregierungsorganisation Finance & Trade Watch (vormals ECA-Watch Österreich), die die Beschwerde gemeinsam mit sieben in der Mekong-Region agierenden NGO-Initiativen einreichte. Andritz müsse „selbsttätig Studien über die sozialen und ökologischen Auswirkungen“ durchführen und „seinen Einfluss als Lieferant von Schlüsseltechnologie auf die Projektentwickler und die Regierung von Laos“¹⁰ geltend machen.

Der Xayaburi-Damm in Laos wird auch auf die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen von Kleinbäuerinnen und -bauern in dammabwärts am Mekong

„ Der Mekong Fluss ist unser Leben. Wir sind sehr besorgt darüber, dass der Xayaburi-Staudamm unsere Ländereien und Lebensgrundlagen zerstören wird. “

Ormbun Thipsuna, Vertreter des Nordöstlichen Gemeinde-Netzwerks in sieben Provinzen des Mekong-Flussbeckens in Thailand¹¹

gelegenen Staaten massive Auswirkungen haben. Die Talsperre wird in der Provinz Sainyabuli im nördlichen Laos gebaut. Dadurch werden kleinbäuerliche Gemeinden flussabwärts nicht nur in Laos, sondern auch in Thailand und in Kambodscha betroffen sein – fürchten die Anwohner/innen. Von der durch Xayaburi produzierten Energie sollen 95 Prozent nach Thailand geliefert werden. Deshalb haben lokale Gemeinschaften in Thailand eine Klage gegen die dortigen Abnehmer/innen des Stroms eingereicht. Die

Begründung der Klagenden: Sie seien nicht wie vorgeschrieben angemessen informiert und konsultiert worden.

Im Juni 2014 hatte Thailands Oberstes Verwaltungsgericht die Klage angenommen, nachdem die vorherigen Instanzen diese mehrmals abgelehnt hatten. Dies feierten die

Klagenden als ersten Erfolg. „Durch die Annahme des Falls hat das Gericht die drohende Gefahr anerkannt, die durch den Xayaburi-Damm für die Umwelt, für die Lebensgrundlagen und die Interessen der lokalen Gemeinschaften bestehen und hat die grenzüberschreitenden Auswirkungen auf die flussanliegenden Länder und vor allem die dortigen Gemeinschaften in acht Gemeinden am Fluss in

Thailand“¹³ anerkannt, so Sor Rattanamanee Polkla, Koordinatorin des thailändischen Community Resource Centre und Rechtsanwältin, die die Klage eingereicht hat.

Doch am 25. Dezember 2015 entschied das Gericht, dass die thailändischen Staatsfirmen, die durch Stromabnahmeverträge am Xayaburi-Projekt beteiligt sind, den Betroffenen in Thailand alle vorgeschriebenen Informationen zur Verfügung gestellt hätten. Indiz dafür seien die Veröffentlichungen

auf den Webseiten der Firmen – nicht alle Menschen in den betroffenen Gemeinden haben jedoch Zugang zum Internet. Die Kläger/innen zeigten sich deshalb vom Urteil enttäuscht, kündigten aber an, in Berufung zu gehen. Der Rechtsstreit um die Rechte der grenzüberschreitend von Staudämmen wie

“ The Xayabury dam case is so important as it is the first lawsuit on a transboundary project, to ensure Thailand’s responsibility and the enforcement of Thai laws, despite the project being under construction in Laos. “

Sor Rattanamanee Polkla, Anwältin, Community Resources Centre (CRC)¹²

Xayaburi Betroffenen wird damit weitergehen. „Wir sind zuversichtlich, dass dies nicht das Ende des Kampfes für die Rechte der Mekong-Communities auf öffentliche Konsultation, auf Informationsherausgabe und auf weitere Untersuchungen der grenzüberschreitenden Auswirkungen des Xayaburi-Dammes ist“¹⁴, erklärte die Klägerin Sor Rattanamanee Polkla.

Goldwäscher/innen am Mekong sind vom Staudammbau ebenfalls bedroht



Foto: Prince Roy / Wikimedia (CC BY 2.0)

Nachhaltigkeitsberichterstattung nach GRI

Im Nachhaltigkeitsbericht 2014 bezog die Andritz-Gruppe Stellung zu den Vorwürfen durch zivilgesellschaftliche Akteur/innen in Bezug auf ihre Staudammgeschäfte:

„Im Zusammenhang mit der Lieferung von Technologien und Systemen zur Produktion von Zellstoff bzw. zur Erzeugung von Strom aus umweltfreundlicher Wasserkraft wurde ANDRITZ in der Vergangenheit von einzelnen Nichtregierungsorganisationen (NGO) in der Öffentlichkeit – zum Teil auf unseriöse und auf Aktionismus ausgerichtete Weise – kritisiert und aufgefordert, von einzelnen Aufträgen zu-

rückzutreten. ANDRITZ war und ist für einen Dialog mit Nichtregierungsorganisationen offen, sofern dieser faktenorientiert auf einer sachlichen Ebene abläuft. ANDRITZ nimmt Bedenken zu einzelnen Projekten sehr ernst, genauso wie wir auch die Fakten zur Entscheidung über Teilnahme und Weiterverfolgung von Projekten genau analysieren. ANDRITZ nimmt bestmöglich Rücksicht auf lokale soziale und politische Gegebenheiten, verfolgt aber keine politische Agenda oder unterstützt politische Kampagnen.“¹⁵

Im Nachhaltigkeitsbericht 2015 erläutert Andritz seine Prüf- und Entscheidungskriterien für Aufträ-

Andritz' Nachhaltigkeitsansatz:

„Als weltweit führender Lieferant von Systemen und Anlagen gewinnt ANDRITZ in den Bereichen Wasserkraft sowie Zellstoff und Papier auch Großaufträge, die einen hohen dreistelligen Millionen-Euro-Auftragswert erreichen können. Entscheidungen über die Teilnahme an diesen Projekten werden nach sorgfältiger Erhebung und Abwägung aller Fakten durch die Konzernleitung getroffen. Mögliche Bedenken zu einzelnen Projekten werden sehr ernst genommen. Vor der Umsetzung werden technische und kommerzielle Risiken und Chancen, Nachhaltigkeit, Umweltverträglichkeit sowie soziale und kulturelle Aspekte im Detail analysiert.

Über eine Angebotsausarbeitung bzw. -legung für Projekte entscheidet ANDRITZ erst dann, wenn eine konkrete Anfrage vorliegt, die Projekte alle wesentlichen staatlichen Genehmigungserfordernisse erfüllt haben oder dies absehbar ist und die hierfür erforderlichen Dokumente, u.a. auch hinsichtlich Umweltverträglichkeit sowie sozialer und kultureller Auswirkungen, vorliegen und einsehbar sind.

ANDRITZ hat interne Richtlinien und beliefert nur Projekte, für die der Projektbetreiber nach bestem Wissen von ANDRITZ alle erforderlichen Genehmigungen besitzt, alle Bestimmungen und Rechtsverordnungen des jeweiligen Landes einhält und bei denen die heute üblichen sozialen und ökologischen Standards eingehalten werden.

ANDRITZ ist im Rahmen von Großprojekten im Bereich Wasserkraft (zumeist in einem Konsortium mit anderen Unternehmen) ausschließlich Lieferant von elektro- und hydromechanischen Ausrüstungen von Wasserkraftwerken und hat damit – im Gegensatz zum Projektbetreiber – keinen Einfluss auf die sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen der Projekte. ANDRITZ unterstützt jedoch den Kunden dabei, bestmögliche Bedingungen zu schaffen, um die sozialen und ökologischen Auswirkungen auf ein Minimum zu reduzieren.

Alle gelieferten ANDRITZ-Anlagen entsprechen dem weltweit modernsten Stand der Technik und erfüllen die jeweiligen Umweltauflagen voll und ganz. ANDRITZ respektiert das von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte Rechtssystem einzelner Länder, auf dessen Grundlage Projekte grundsätzlich basieren müssen. Falls Einsprüche gegen laufende Projekte erfolgreich sind, hält ANDRITZ selbstverständlich jegliche damit verbundenen Änderungen ein. Auch als Lieferant im Rahmen von Wasserkraftwerksprojekten bekennt sich ANDRITZ klar zur nachhaltigen Umsetzung und unterstützt daher Maßnahmen und Initiativen, die zur Verbesserung der Nachhaltigkeitsstandards beitragen.

ANDRITZ ist Nachhaltigkeitspartner der IHA (International Hydropower Association) und fördert dabei die globale Anerkennung des ‚Hydropower Sustainability Assessment Protocol‘.“¹⁶

ge näher (siehe Kasten). Darüber hinaus erklärt Andritz, womit die Firma die Erreichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen unterstützen möchte: „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern. Durch Wasserkraftwerke können unterentwickelte Regionen mit Energie versorgt werden, was eine Grundlage für Wohlstand ist. Auch wird die Erzeugung von Energie, die CO₂ verursacht, vermieden.“¹⁷

Andritz gibt an, 45 Prozent seines Gesamtumsatzes aus Anlagen und Verfahrenstechniken zu generieren, mit denen aus erneuerbaren Ressourcen Energie gewonnen werde. Dazu zählen für Andritz auch „elektromechanische Ausrüstungen für Wasserkraftwerke [...]“. Der nachhaltige Schutz der Umwelt und die Schonung der natürlichen Ressourcen seien „wesentliche Grundsätze“ des Unternehmens:

„Alle Anlagen und Systeme, die an Kunden in aller Welt geliefert werden, erfüllen aufgrund der strengen Einhaltung von internationalen Qualitätsstandards und der Standardisierung der Kernprozesse höchste Umweltansprüche. Andritz trägt so nicht nur mit einer Reihe von

Produkten zum Schutz der Umwelt und schonenden Ressourcennutzung bei, sondern erfüllt auch innerhalb des Unternehmens höchste Umweltaforderungen.“¹⁸

Ein „wichtiger Schritt“ sei die Veröffentlichung eines Nachhaltigkeitsberichts, „der sich am weltweit führenden CSR-Berichtsstandard der Global Reporting Initiative (GRI) orientiert.“¹⁹

Kommt die Andritz AG also Nachhaltigkeitsfragen hinreichend nach oder handelt es sich bei diesen Selbstdarstellungen um bloße PR-Strategien, um nicht zu sagen: weitere Mythen? Schauen wir uns die Aussagen und das weltweite Engagement von Andritz in Projekten mit Umwelt- und Menschenrechtsbilanzen genauer an.

In Andritz' Nachhaltigkeitsbericht 2014 taucht der Begriff „Menschenrechte“ zweimal auf: Einmal heißt es: „Das gesamte gruppenweite Personalwesen basiert auf der Gleichbehandlung aller Mitarbeiter, der Achtung der Menschenrechte und dem aktiven Vorgehen gegen jegliche Form der Diskriminierung.“²⁰ Und das zweite Mal wird der Begriff „Menschenrechte“ erwähnt im

Eine Andritz-Turbine für das Belo-Monte-Wasserkraftwerk in Brasilien



Foto: Brent Milliken

Zusammenhang mit dem Recht auf Versammlungsfreiheit und Kollektivverhandlungen sowie im Zusammenhang mit dem Verbot von Kinderarbeit und Zwangs- und Pflichtarbeit.²¹ Der Begriff „Lokale Gemeinschaften“ findet im Andritz-Nachhaltigkeitsbericht 2014 einmal Anwendung, im Zusammenhang mit den Folgenabschätzungen für den Bau lokaler Andritz-Standorte (beispielsweise des Turbinenwerks von Andritz Hydro in Ravensburg, Deutschland).²² Die Folgen für die Menschen im Umfeld der belieferten Großstaudämme, beispielsweise des Wasserkraftwerks Hidrosogamoso in Kolumbien, werden dagegen nicht genügend berücksichtigt. Ob Andritz beabsichtigt, die bei GRI vorgesehenen Beschwerdeverfahren hinsichtlich Menschenrechtsverletzungen und gesellschaftlicher Auswirkungen²³ anzuwenden, ist den Nachhaltigkeitsberichten bislang nicht zu entnehmen. Bei GRI dürfen derartige Angaben vertraulich bleiben.²⁴

Die Betonung im Nachhaltigkeitsbericht 2015 (siehe Kasten „Andritz‘ Nachhaltigkeitsansatz“), dass alle Genehmigungen einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfungen vorliegen und die nationalen Bestimmungen eingehalten werden müssen, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Dass staatliche Genehmigungen in manchen Ländern auf frag-

würdige Weise zustande kommen und nicht garantieren, dass die Menschenrechte geachtet werden, zeigen zahlreiche Beispiele dieser Studie. Auch die Aussage, dass die „heute üblichen sozialen und ökologischen Standards“ eingehalten werden müssen, lässt ein klares Bekenntnis zu Menschenrechten und Umweltschutz vermissen.

Mittlerweile trägt Andritz mit seinen Staudammgeschäften einen beträchtlichen Imageschaden davon. Im Februar 2014 wurde der Andritz AG der Publikumspreis „Schandfleck 2013“ wegen ihrer Beteiligung an ökologisch und sozial problematischen Staudamm-Projekten verliehen. Konkret ging es um die Projekte Xayaburi in Laos, Belo Monte in Brasilien und Ilisu in der Türkei.²⁵

Die Liste der von Andritz mit Turbinen ausgestatteten Wasserkraftwerke ist allerdings noch viel länger. Den „Preis“ hätte Andritz auch für ihre Beteiligungen am Nam Theum 2 Damm in Laos, am 400 MW-Wasserkraftwerk Song Loulou in Kamerun, am Ruacana 4 in Namibia, an Bajina Basta in Serbien, an Guri II oder Caruachi, beide in Venezuela, an Oymapinar in der Türkei oder am Drei-Schluchten-Staudamm in China verliehen bekommen können.

Doch andere Turbinenhersteller müssen sich ebenfalls derartige Kritik gefallen lassen.

2. Alstom und das Umweltmanagementsystem ISO 14001

Der Nachhaltigkeitsansatz der französischen Firma Alstom¹ ist recht kurz und knapp: „Was bedeutet Nachhaltigkeit und Corporate Social Responsibility? Nachhaltige Geschäfte machen – unsere Zukunft sichern.“ Die überprüfbare Basis dafür: „Alle Produktionsstätten der Firma, die mehr als 200 Arbeiter beschäftigen, sind bereits durch die ISO 14001-Norm zertifiziert. Wir arbeiten daran, die ISO 14001/ OHSAS 18001 Zertifizierung für die gesamte Firma bis Ende 2020 zu erhalten.“²

Die ISO 14001 basiert auf einem Ansatz eines sich selbst kontinuierlich verbessernden Systems, mit dem die definierte Zielsetzung in Umweltfragen erreicht werden soll. Die ISO 14001 wurde 1996 von der Internationalen Organisation für Normung beschlossen und seither – dem Ansatz nach – stetig weiterentwickelt. Dabei setzt das System auf eine Methode des Vierschritts – Planen, Ausführen, Kontrollieren, Optimieren. OHSAS 18001 (Occupational Health and Safety Assessment Series) ist ein Managementsystem für Arbeitsschutz, das sich wiederum an die ISO 14001 anlehnt.

Was bedeutet das aber für das Staudammgeschäft und die Gemeinden, die von Staudämmen betroffen sind?

Son La in Vietnam und Xiangjiaba in China

Das am Fluss Da gelegene Kraftwerk Son La ist das größte seiner Art im Land und mit 2.400 MW auch das bislang größte Südostasiens. Ein weiterer trauriger Superlativ: Für das Kraftwerk war die größte Umsiedelung von Menschen in der Geschichte Vietnams nötig. 100.000 Menschen mussten für das Prestigeprojekt ihre Wohnungen aufgeben³. In einer Studie zu den Auswirkungen des Kraftwerks stellten vietnamesische Wissenschaftler fest, dass die umgesiedelten Menschen an ihren neuen Wohnorten weder ausreichend Land noch genügend fließendes Wasser vorfanden.⁴

Die sechs 400 MW-Francis-Turbinen für Son La wurden in China gefertigt. Die Firma, die sie lieferte, war Tianjin Alstom Hydro, die lokale Dependence des französischen Multis mit Sitz in Levallois-Perret, Frankreich. Jede dieser Turbinen wiegt 210 Tonnen, hat einen Durchmesser von 8,30 Meter und eine Höhe von 3,83 Meter.⁵

Es geht aber noch größer. Zum Beispiel für die Xiangjiaba-Talsperre in China.

Die 1.000 Kilometer flussaufwärts vom berühmten Drei-Schluchten-Staudamm gelegene Talsperre ist der drittgrößte Staudamm Chinas. Nachdem 2006 der Bau begonnen hatte, ging 2014 die letzte Turbine in Betrieb. Die Staumauer ist 161 Meter hoch, die Kronenlänge liegt bei 909 Meter. Das Kraftwerk hat eine Höchstkapazität von etwa 6.500 MW. Der Hauptzweck des Xiangjiaba-Damms ist die Erzeugung von Strom für die 2.000 Kilometer entfernte Metropole Shanghai.⁶

Die Turbinen zählen zu den größten Turbinen der Welt: 800 MW, doppelt so groß wie die von Son La. Während die schweizerische Firma ABB die Kraftwerksdesignplanung sowie das Equipment für die Hochspannungsüberlandleitung lieferte, kam Alstom bei der Lieferung der Turbinen zum Zuge. Claude Burckbuchler, der Präsident von Alstom China, kam ins Schwärmen: Das Xiangjiaba-Projekt sei das mit den „weltweit größten [Turbinen-] Ein-

heiten“.⁷ Aber Alstom will es noch größer: Im 2010 ebenfalls in Tianjin neueröffneten Alstom-Werk stellen 1.700 Arbeiter/innen Turbinen mit bis zu 1.000 MW-Kapazität her.⁸ Die Großturbinen sollen nach China, Vietnam und Myanmar geliefert werden.

Presseberichten⁹ zufolge wurden für den Xiangjiaba-Staudamm etwa 100.000 Menschen zwangsumgesiedelt, andere Quellen¹⁰ sprechen von 60.000 Menschen. Genaues scheint niemand zu wissen und wenige zu interessieren. „Wir sind sehr traurig und verbittert“¹¹, zitierte der Daily Telegraph einen Mann, dessen Haus dem Staudamm weichen musste. Im Jahr 2013 kam es in der Region zu Protesten von rund 2.000 Menschen gegen die Umsiedlung; der Protest wurde von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen.

Doch auch beim größten Staudamm der Welt, dem Drei-Schluchten-Staudamm, gab und gibt es massive Probleme für Menschen und Umwelt. Und auch hier verdienten europäische Turbinenbauer kräftig mit.

Drei-Schluchten-Damm: Turbinenkonsortium als Know-How-Transfer

Der Drei-Schluchten-Staudamm am Jangtsekiang-Fluss in China ist mit 22.500 MW installierter Nominalkapazität das größte Wasserkraftwerk der Welt. Mehrere Jahre dauerte der Bau, von 1993 bis 2012. Die Lieferung der ersten 14 Turbinen, die 2006 in Betrieb genommen wurden, erfolgte durch zwei Konsortien. Acht Turbinen wurden von einem Konsortium aus Alstom, ABB und Kvaerner produziert.

Sie wurden von der Alstom-Tochter Mecanica Pesada of Brazil und dem Alstom-Werk in Tianjin hergestellt, die norwegische Kvaerner besorgte das Ingenieurdesign und ABB lieferte die Generatoren. Für sechs weitere Turbinen taten sich Voith, Siemens und General Electric zusammen, wobei Voith die Turbinen lieferte, während Siemens für die Generatoren und General Electric für die Turbinen- und Generatoren-Installation und Inbetriebnahmen zuständig war.

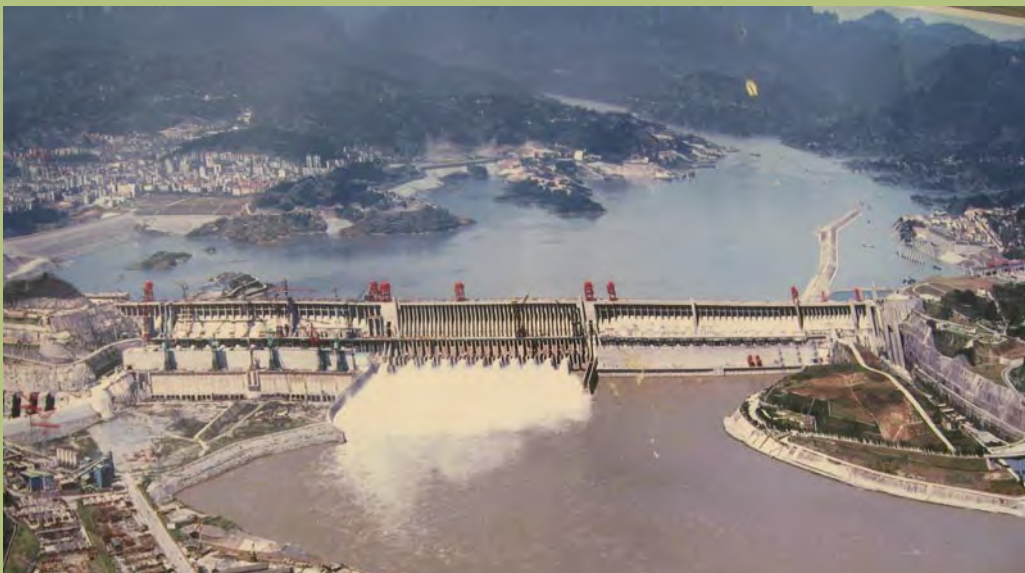


Foto: Pedro V. Colmenares (CC BY-NC 2.0)

Die Aufteilung in Konsortien, die sonst so nicht zusammenarbeiten – General Electric und Siemens sehen sich eigentlich als schärfste Konkurrenten – erfolgte auf Drängen der chinesischen Seite, die einerseits die Risikoaufteilung breiter streuen wollte und auf umfassendem technologischen Wissenstransfer bestand. Letzteres war auch der Grund für die Bestellung von vorerst nur 14 Turbinen bei den Konsortien: Die späteren Turbinenlieferungen erfolgten dann aus neu errichteten und mit dem notwendigen Know-How ausgestatteten chinesischen Fabriken von Harbin Power Equipment und Dongfang Electrical Machinery. Harbin Power Equipment erwarb so das Know-How des Konsortiums von Alstom, ABB und Kvaerner, während Dongfang sich das von Voith, General Electric und Siemens aneignen konnte. Dongfang bietet Turbinen nun zunehmend auf dem internationalen Markt feil, so zum Beispiel beim Staudamm Jirau am Rio Madeira im brasilianischen Bundesstaat Rondônia.

Finanziert wurde das der Drei-Schluchten-Damm vom chinesischen Staat, der dafür eine Sondersteuer erhob, sowie Kredite der China Development Bank. Ausländische Beteiligung stammt u. a. von der kanadischen und japanischen Regierung sowie der Privatbank Morgan Stanley. Vor allem Kanadas Rolle, erst Zusage, dann Absage und dann wieder Zusage von Exportkreditbürgschaften stand unter harscher zivilgesellschaftlicher Kritik.¹² Deutschland und die Schweiz vergaben trotz massiver Kritik im eigenen Land Exportkreditbürgschaften für Lieferungen von Siemens und Voith bzw. ABB und Sulzer Escher-Wyss.¹³ Die US Eximbank und die Weltbank hatten eine Beteiligung dagegen abgelehnt.

Im Zentrum der Kritik stand die Zwangsumsiedelung von ca. 1,27 Millionen Menschen, die für den Staudambau notwendig wurde. 2012 gab es Presseberichte über zusätzliche Zwangsumsiedlungen, die nötig wurden, da der Staudambau die Erdrutschgefahr an den Ufern erhöht habe.¹⁴ Proteste der Bevölkerung gegen Landverlust und Korruption wurden mit Gewalt niedergeschlagen, Kritiker/innen wanderten für viele Jahre in Haft. Zu den ökologischen Folgen gehören eine massive Gewässerverschmutzung durch die Überflutung von Industrieanlagen und die Einleitung ungeklärter Abwässer ebenso wie der Rückgang des Fischbestands und das vermutliche Aussterben des Chinesischen Flussdelfins. Und während dammabwärts gelegene Gemeinden vom Hochwasserschutz profitieren, entstehen gleichzeitig neue Gefahren. Da die Sedimente größtenteils im Reservoir zurückgehalten werden, erhöht sich die Fließgeschwindigkeit dammabwärts und führt zu neuer Erosionsgefahr – und das Gewicht der aufgestauten Wassermassen verursachen große Sorge vor Erdbeben.¹⁵ Aufgrund der befürchteten Folgen war das Projekt selbst innerhalb Chinas hoch umstritten: Der Volkskongress segnete es 1992 zwar ab, doch nie zuvor hatte es eine Entscheidung mit so niedriger Zustimmung gegeben.

Die Zulieferer jedoch störten diese zu erwartenden „Kollateralschäden“ wohl nicht, denn sie hatten trotz aller Kritik keine Skrupel gezeigt, in das große Geschäft einzusteigen.

Alstom Hydro: Mehr als 400 GW weltweit in Betrieb

Alstom Hydro produziert in seiner Fabrik in Tianjin, China, die weltweit größten Wasserkraftturbinen. Mehr als 400 GW an installierter Nominalkapazität hat Alstom in Betrieb, was 25 Prozent der installierten Wasserkraftleistung auf dem Globus entspricht. Die von Alstom Hydro produzierten Turbinen umfassen alle Größenordnungen. Dafür werden in 19 Ländern 6.900 Menschen beschäftigt.

Nachdem Alstom 1999 die Kraftwerksparte der Schweizer ABB, bis dahin eine Konkurrentin, übernommen hatte, versuchten 2014 General Electric (GE) und Siemens in einem Bieterwettbewerb das Energiegeschäft des Konzerns (zu dem der Turbinenbau gehört) zu übernehmen. Der französische Staat als Wettbewerbsaufseher entschied, dass GE Alstoms Energiesparte übernehmen könne, wenn der Bereich Gasturbinen extern verkauft würde. Seit der Übernahme gehört Alstom somit zu General Electric.¹⁶

Alstoms Dreijahresbann bei Weltbank und anderen multilateralen Finanzinstitutionen

In Jahr 2012 wurden die Alstom-Töchter Alstom Hydro France und Alstom Network Schweiz AG von Projekten der Weltbank, der Asian Development Bank, der European Bank for Reconstruction and Development und der Interamerikanischen Entwicklungsbank für den Zeitraum von drei Jahren ausgeschlossen. Der Grund: Alstom hatte 110.000 Euro Schmiergeld zur Erlangung von Consultant-Dienstleistungen in Sambia gezahlt.¹⁷⁺

3. Voith Hydro: Weltmarktanteil von 25 Prozent

Voith Hydro ist ein Joint Venture, an dem Voith 65 Prozent und Siemens 35 Prozent hält. Voith Hydro bietet weltweit Turbinen und Komplettanlagen für Wasserkraftwerke an. „Ein Viertel der global aus Wasserkraft gewonnenen Energie wird mit Turbinen oder Generatoren von Voith Hydro erzeugt“¹, schreibt Voith. Der Geschäftsbereich Voith Hydro erzielte in den Geschäftsjahren 2013/14 und 2014/15 jeweils einen Umsatz von 1,313 Milliarden Euro und einen Gewinn von rund 110 Millionen Euro.² Geschäftlich steht das Unternehmen mit Sitz im süddeutschen Heidenheim also sehr gut da.

Doch wie sieht es mit Nachhaltigkeit und sozialer Verantwortung bei Voith aus? „Mit unserem Verständnis von Nachhaltigkeit greifen wir die Tradition und den Stil des Familienunternehmens Voith auf: die Verpflichtung zu ökologisch sauberem, fairem und langfristig erfolgreichem Wirtschaften“, heißt es auf der Homepage des Unternehmens zum Thema.³ In ihrem Nachhaltigkeitsbericht von 2014

erläutern die Heidenheimer auf 110 Seiten, was sie unter sozialer Verantwortung und Nachhaltigkeit verstehen. Dabei gehen sie ein auf Themen wie nachhaltige Unternehmensführung, Verantwortung für die Umwelt, Verantwortung für Produkte und Lieferketten, Verantwortung für die Mitarbeiter/innen und Verantwortung für die Gesellschaft. Zudem berichtet Voith über „vorhandene Zertifizierungen an Voith-Standorten“: im Geschäftsjahr 2013/14 wurden 69 Voith-Standorte ISO 14001 zertifiziert, 84 nach ISO 9001 (Qualitätsmanagementsystem) und 71 nach OHSAS 18001.⁴ Das hört sich nach vielen Zertifizierungen an. Auffällig aber ist, dass es auf 110 Seiten kein Wort gibt über Menschen, die von Staudammprojekten betroffen sind. Gibt es diese also schlicht nicht?

Der Xiluodu Damm am Jinsha-Fluss in China

Das Wasserkraftwerk Xiluodu am Jinsha Jiang-Fluss in China ist mit einer Nennleistung von etwa 13.000 MW das (noch) drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt. Es ist ein gigantisches Projekt: Die Staumauer ist 278 Meter hoch und 700 Meter lang. Baubeginn war im Dezember 2005, im September

Protest gegen den Staudammbau am Jinsha-Fluss



2013 wurde es in Betrieb genommen. Finanziert wurde das 6,2-Milliarden US-Dollar-Projekt von chinesischen Banken,⁵ als Zulieferer fungierten unter anderem Voith, Siemens, ABB, Alstom und Putzmeister.

Voith Hydro rühmt sich und das Projekt, denn durch das Xiluodu-Wasserkraftwerk soll eine große Menge an Treibhausgasen eingespart werden: „Dank dem Betrieb von Xiluodu werden jährlich 41 Millionen Tonnen Kohle weniger verbraucht. Darüber hinaus werden die Emissionen um fast 150 Millionen Tonnen CO₂, 480.000 Tonnen Stickstoffdioxid und 850.000 Tonnen Schwefeldioxid pro Jahr gesenkt“, so Voith auf ihrer Internetseite.⁶ Voith Hydro sieht in dem Projekt eine Erfolgsgeschichte, denn es handelt sich nach eigenem Bekunden um das größte Wasserkraftprojekt in seiner Firmengeschichte.⁷

Die Francisturbinen mit je 784 MW Kapazität⁸ wiegen je 1.350 Tonnen, bei einem Durchmesser von 13,7 Meter und einer Höhe von 4 Metern. Nach Angaben von Voith Hydro erzeugt das Aggregat in Xiluodu mehr Leistung als vergleichbare Maschinen in den südamerikanischen Wasserkraftwerken Guri und Itaipu oder am Drei-Schluchten-Damm in China.⁹

Von den 180.000 Menschen, die für das Xiluodu-Wasserkraftwerk zwangsumgesiedelt wurden,

ist bei Voith Hydro aber nichts zu lesen. Dabei offenbarten sich die Probleme und Unzulänglichkeiten schon in der Planungsphase: Die Bauarbeiten wurden im Januar 2005 von der chinesischen Umweltbehörde SEPA gestoppt, weil die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unzureichend war. Die UVP hatte weder die besondere Lage in einem Erdbebenrisikogebiet, noch die besonderen Vorkommen an Fischgründen berücksichtigt. Bei den umzusiedelnden Menschen ging die UVP von einer ersten Phase von 7.300 direkt Betroffenen und bis zu 50.000 in einer zweiten Phase aus. Schätzungen von 2014 aber sprechen bereits von 180.000 Menschen.¹⁰

Der Daily Telegraph¹¹ berichtete in einer Reportage über den Staudammbau in der Yunnan-Provinz: „Alles, was ich hatte, ist hier begraben“, erzählt dort der 64-Jährige Feng Yinkai und zeigt auf eine Stelle unter Wasser. „Dies war mein Haus.“

Xiluodu muss der „derzeit drittgrößte Staudamm“ genannt werden, denn in Brasilien ist Belo Monte kurz vor der Fertigstellung und wird dann das drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt sein. Auch bei Belo Monte ist die Heidenheimer Firma Voith mit Turbinenlieferungen dabei. Genau wie zuvor beim Drei-Schluchten-Staudamm in China, der Nummer 1, und dem brasilianischen-paraguayischen Staudamm Itaipu, der davor jahrzehntelang als größter Stau-

Flusslandschaft am Jinsha vor dem Staudammbau





Diese Landschaften könnten durch Staudämme verbaut werden

damm der Welt galt. An alle diese Wasserkraftwerke hat Voith Hydro Turbinen geliefert.

Vor allem in China boomt das Geschäft für Turbinenbauer. Xiluodu und Xiangjiaba am Jinsha-Fluss sind erst der Anfang. Mit diesen beiden Projekten hat China den zweit- und drittgrößten Staudamm des Landes gebaut – und weitere sollen am Jinsha-Fluss folgen. An dem rund 2.300 Kilometer langen Strom will China mehrere Dutzend neue Wasserkraftwerke errichten. „Jinsha ist die Nummer Eins zur Zeit“, zitiert der Daily Telegraph Edward Grumbine, Autor eines Buchs über die Flüsse der Provinz Yunnan. „Es geht hier um 30 Dämme in dieser Größenordnung, und ich denke, die meisten von denen werden auch gebaut werden.“ Der Jinsha-Fluss sei „groß und schön“, so der Umweltjournalist Liu Jianqing gegenüber der britischen Zeitung. Aber, „wenn Du 25 Dämme hast und alle 100 Kilometer hast Du einen Damm, dann hast Du keinen Fluss mehr. Du wirst nie wieder einen Fluss haben. Das bedeutet, Du wirst keinen Fisch mehr haben, Du wirst viel Land verlieren und viele Menschen werden ihre Heimat verlieren. Wir nennen das einen toten Fluss.“¹² So wie es aussieht, will Voith Hydro an dieser Entwicklung mitverdienen.

Gilgel Gibe: Staudambau in einer Entwicklungsdiktatur

Auch bei dem Wasserkraftwerk Gilgel Gibe II war Voith Hydro beteiligt. „Vor Gilgel Gibe II war nur jedes sechste Dorf Äthiopiens mit Strom versorgt. Voith stattete das Kraftwerk aus, welches die ländliche Stromversorgung auf 50 Prozent steigerte“, beschreibt Voith Hydro das Ergebnis des Staudamms Gilgel Gibe II in Äthiopien¹³. Der 420 MW-Gilgel-Gibe-II-Staudamm am Omo-Fluss in Äthiopien wurde 2008 fertiggestellt. Er kostete 490 Millionen Euro und wurde über die Europäische Investitionsbank EIB und die Regierung Italiens finanziert.¹⁴ Etwa 400 Haushalte, also rund 2.500 Menschen, verloren ihr Heim und mussten umgesiedelt werden. International Rivers konstatierte, dass der Konsultationsprozess mit den Betroffenen „sehr begrenzt“ war und „nicht angemessen“ erfolgte.¹⁵ Bereits für das Vorgängerprojekt, Gilgel Gibe I, mussten 1.964 Haushalte, also rund 10.000 Menschen, zwangsumgesiedelt werden. Laut International Rivers gab es bei der Umsiedlung massive Probleme, die die äthiopische Regierung auch anerkannte; allerdings tat sie nichts, um sie zu beheben.¹⁶ Ein Weltbank-Bericht aus dem Jahre 2005 zu den

Folgen des Gilgel-Gibe-I-Staudamms erwähnt den schlechten Erhalt der Infrastruktur sowie einen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktivität. Der Viehbestand der von Umsiedlung betroffenen Menschen sei um 72 Prozent zurückgegangen, die landwirtschaftlichen Erträge schrumpften auf 54 Prozent, zitiert International Rivers den Weltbank-Bericht. Zudem seien die Farmer/innen in Gegenden umgesiedelt worden, wo es Moskitoplagen gebe und in einigen Fällen wurden die Ersatzweiden für das Vieh der umgesiedelten Bevölkerung bereits von lokal ansässigen Farmern genutzt. Die Jobmöglichkeiten im Umsiedlungsgebiet vor allem für die jungen Menschen wurden als schlechter angesehen.¹⁷

Dennoch plant derzeit die äthiopische Regierung den Bau von Gilgel Gibe IV und V. Voith Hydro will offenkundig auch bei diesen Projekten mitmachen. Im Juni 2015 waren mehrere Regierungsmitglieder Äthiopiens zu Gast in Heidenheim. „Energieerzeugung aus Wasserkraft ist für Afrika sehr wichtig und birgt hohe Ausbaupotenziale. Voith Hydro unterstützt mit seinen Produkten das Wachstum in Afrika nachhaltig“, hieß es dazu auf der Homepage des Unternehmens.¹⁸

Wird mit dem Verweis auf „Entwicklung“ und „Wachstum“ über Fragen der Menschenrechte in einem Land wie Äthiopien leichtfertig hinweggesehen? Amnesty International berichtet über willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, über

Einschüchterungsversuche, Drangsalierungen und politisch motivierte Anklagen von Journalist/innen, über außergerichtliche Hinrichtungen und über exzessive Gewalt gegenüber friedlichen Demonstrierenden.¹⁹ Zur Lage der Menschenrechte und zur Meinungsfreiheit in Äthiopien zitierte das Handelsblatt Jason Mosley von der Londoner Denkfabrik Chatham House: „Das politische Umfeld ist sehr repressiv, es gibt kaum Pluralismus“, und: „Der Fokus der Regierung liegt allein auf dem wirtschaftlichen Vorankommen. Äthiopien ist eine Entwicklungsdiktatur.“²⁰

Was sagt es über eine Firma aus, wenn sie Turbinen für solch umstrittene Staudammprojekte liefert?

Baglihar: Internationale Konflikte und Staudämme

Doch nicht nur für die lokale Bevölkerung haben Großstaudämme schwere Auswirkungen. Auch internationale Konflikte werden durch derartige Projekte angeheizt, wie das Beispiel um das Kraftwerk Baglihar im Norden Indiens zeigt. Doch auch hier zeigte sich Voith gänzlich unbeeindruckt und lieferte seine Anlagen.

Im Jahr 1999 erhielt Voith von der Jammu & Kashmir State Power Development Corporation (JKSPDC) den Auftrag, für den Staudamm Baglihar I am Chenab-Fluss im nordindischen Bundesstaat Jammu und Kashmir drei 150-MW-Francis-Turbi-



nen zu liefern. Voith war zudem Konsortialführer bei dem Projekt. Baglihar I wurde ab August 2008 geflutet, ist seit März 2009 in Betrieb und hat – so Voith – „der lokalen Bevölkerung durch die konstant hohe Stromerzeugung seit Inbetriebnahme genutzt“.²¹

Was Voith nicht erwähnt: Baglihar I war Anlass für einen jahrelangen internationalen Disput zwischen Indien und Pakistan um das Wasser des Chenab. Voith akzeptierte den Auftrag zur Turbinenlieferung 1999, obwohl der Streit seit 1992 schwelte. Erst 2007 wurde er beigelegt, bevor er 2008 wieder zwischenzeitlich eskalierte.

„Wasser ist einer der Schlüsselkonflikte zwischen Indien und Pakistan“²², schreibt Zubair Ahmad Dar von der Harvard Law and International Development Society in einer Studie. Wasser sei das grundlegendste Interesse beider Länder in Bezug auf Jammu und Kashmir. Sechs bedeutende Flüsse fließen von ihrem Quellgebiet im Himalaya durch den indischen Teil Kashmirs, bevor sie die pakistanische Seite erreichen: Indus, Chenab, Jhelum, Sutlej, Ravi und Beas. Der Zugang zum Wasser dieser Flüsse war immer einer der zentralen Streitpunkte zwischen Indien und Pakistan, seit die beiden Länder unabhängig geworden waren.

Im Jahr 1960 schlossen Pakistan und Indien – unter Aufsicht der Weltbank – den „Indus Waters Treaty“ ab, um den Streit beizulegen. Dieser bot einen vertraglich abgesicherten Rahmen, der die Wassernutzung der Flüsse genau regelte und Schlichtungsmechanismen definierte. Der Vertrag schien den Konflikt behoben zu haben. Doch dann kam das Projekt Baglihar.

Ab 1982 erarbeitete Indiens Regierung den Entwicklungsplan für das Chenab-Becken. Im Jahr 1984 resultierten daraus die ersten Planungen für Staudammprojekte am Chenab-Strom in der Jammu- und Kashmir-Region. Aber erst 1992 informierte Indien das Nachbarland über diese Staudammpäne. Pakistan war entsetzt: Es sah sich hintergangen und fürchtete, dass seine Wasserversorgung gefährdet werde.

Dennoch startete in Indien 1999 die erste Bauphase für Baglihar I. Pakistan protestierte schriftlich bei Indiens Regierung und bei den im Indus Waters Treaty festgelegten Schiedsstellen. Beide Seiten hielten mehrere erfolglose Gesprächsrunden ab. Im Januar 2005 – der Bau von Baglihar lief bereits seit sechs Jahren – reichte Pakistan eine Beschwerde vor der Weltbank ein, damit diese – als Garantiezeichnerin des Indus Waters Treaty – ein Schiedsgericht einsetze. Im Mai 2005 ernannte die Weltbank den

schweizerischen Ingenieur Professor Raymond Lafitte zum Schiedsrichter. Dieser verkündete am 12. Februar 2007 sein Urteil – acht Jahre nach Baubeginn:²³ Keine der beiden Seiten war mit dem Urteil so recht zufrieden, gleichwohl akzeptierten beiden Seiten das Urteil.²⁴ Die Flutung startete im August 2008. Prompt protestierte Pakistan, dass Indien die Flutungszeiten und -mengen, die im Abkommen festgelegt waren, nicht einhalte. Indien bestritt dies. In einer weiteren Verhandlungsrunde einigten sich die beiden Nachbarstaaten. Und so ist es schwer verständlich, dass nur wenige Monate nach der umstrittenen Flutung von Baglihar I Indien den Bau von Baglihar II ankündigte. Pakistan protestierte erneut, da das Kraftwerksprojekt die Wassermenge reduzieren würde, die Pakistan über den Chenab erhält.²⁵ Der internationale Schiedsgerichtshof musste wieder ein Urteil fällen, das in Pakistan heftige Kritik erntete.²⁶ Baglihar II wurde Anfang November 2015 in Betrieb genommen.²⁷ Die Turbinen wurden erneut von Voith Hydro geliefert.²⁸

Der Wasserkonflikt zwischen Indien und Pakistan wird weitergehen. Und zusätzliche Staudammprojekte werden den Konflikt auch in Zukunft weiter anheizen.²⁹ Ebenso wie in anderen Regionen der Welt, z. B. dem Zweistromland Mesopotamien, wo Staudämme an Euphrat und Tigris immer wieder zu internationalen Spannungen führ(t)en. Gleiches gilt auch für beispielsweise die Dämme am äthiopischen Omo-Fluss, die auch zu Wasserkonflikten mit Kenia führen.

Wer sich dazu nie geäußert hat, sind Turbinenhersteller wie beispielsweise Voith und Andritz. Sie liefern einfach nur Turbinen, als ob sie sonst nichts angehe. Auf die Auswirkungen der Wasserkraftwerke, für die sie ihre Anlagen liefern, angesprochen, betonen die Hersteller von Turbinen, Generatoren und weiterer elektromechanischer Ausrüstung zwar teilweise, wie ernst sie die Bedenken nehmen, betonen aber auch die Konkurrenzsituation zu anderen Lieferanten. Eine branchenweite Übereinkunft, nur an Projekte zu liefern, die die Empfehlungen der Weltstaudammkommission und internationale Menschenrechtsstandards einhalten, ist längst überfällig. Das von der International Hydropower Association propagierte Hydropower Sustainability Assessment Protocol erfüllt diesen Anspruch nicht. Doch wer, wenn nicht die europäischen Unternehmen, sollten voranschreiten und hätten die Marktmacht, durch gemeinsames Pochen auf der Einhaltung von Standards ein Umdenken auch bei den Projektbetreibern zu bewirken?

VI. INGENIEURE, BAULEITER UND ZERTIFIZIERER

Ingenieursdienstleistungen für umstrittene Projekte

Wasserkraft als angeblich „grüne“ Energie ist angesichts des Klimawandels groß im Kommen. Und ein großes Geschäft. Europäische Unternehmen sind – wie zuvor gezeigt – als Finanziere, Versicherer und Zulieferer beteiligt. Doch auch Ingenieurbüros, Bauleitungsfirmen und Zertifizierer verdienen am Boom mit – und haben deshalb auch eine Mitverantwortung für die negativen Folgen der Wasserkraftnutzung.

Ein wichtiger Player ist das belgische Unternehmen Tractebel Engineering. Das Unternehmen ist im Bereich Ingenieursdienstleistungen für Staudambauten (als Teilbereich der Consulting-Tätigkeiten) tätig. Das Unternehmen war am Aufbau von Staudämmen mit einer Gesamtleistung von zusammengerechnet 30.000 MW beteiligt.¹ Tractebel ist eine Tochterfirma des französischen Stromkonzerns GDF-Suez, der heute unter dem Namen Engie operiert. Mit der Übernahme des Unternehmens Lahmeyer im Jahr 2014 setzte Tractebel sich an die Spitze im Bereich Ingenieursdienstleistungen bei Staudämmen.² Weitere führende Firmen in diesem Bereich sind die niederländische Arcadis (deren größtes Wasserkraftprojekt Belo Monte ist) oder die japanische Nippon Koei (deren drei größte Wasserkraftprojekte Bunji und Dasu in Pakistan

sowie Son La in Vietnam sind³). Der Konkurrenzkampf um Aufträge führte in den letzten Jahren zu einer Übernahmeschlacht und Unternehmenskonzentration im Bereich Ingenieursdienstleistungen für Staudämme. Mit der Übernahme des deutschen Unternehmens Lahmeyer im Jahr 2014 setzte Tractebel sich an die Spitze der Branche. Unterdessen lieferten sich Arcadis und Nippon Koei einen erbitterten Bieterkampf um die britische Hyder, den Arcadis mit einem Übernahmebetrag von fast 300 Millionen Pfund im September 2014 für sich entschied.⁴

1. Lahmeyer: Jahrzehntelange Erfahrung im Staudammgeschäft – mit bösen Unfällen

Das deutsche Unternehmen Lahmeyer International GmbH aus Bad Vilbel in Hessen kann eine lange Erfahrung mit Staudammprojekten vorweisen. Lahmeyer war bisher in über 140 Ländern der Welt aktiv und unterhält derzeit in 40 Staaten Regionalbüros. Das Unternehmen wechselte seit den späten 1990er Jahren mehrmals den Eigentümer, unter den jeweils anteiligen Besitzer/innen fanden sich namhafte Größen wie RWE, Deutsche und Dresdner Bank. Seit Dezember 2014 gehört Lahmeyer-

Fichtner: Ingenieursdienstleistungen für den Manantali-Damm in Mali

Auch aus Deutschland kommen Ingenieurbüros, die für den Bau von Staudämmen Dienstleistungen anbieten. So zum Beispiel das Unternehmen Fichtner, das Ingenieursdienstleistungen für den Manantali-Damm am Bafing-Fluss, einem Zulauf des Senegal-Flusses, erbracht hat.⁵ Fichtner umschreibt das 200 MW-Projekt in Mali wie folgt: Ein „Mehrzweckprojekt mit Bewässerung von 375.000 ha, Energiegewinnung von 800 GWh/Jahr und Verbesserung der Schiffbarkeit des Senegalflusses“. Unter den Finanziers des 500-Millionen-US-Dollar-Damms nennt Fichtner „12 verschiedene internationale Institute“⁶. Darunter waren unter anderem die deutsche KfW, die Afrikanische Entwicklungsbank sowie einer deutschen Hermes-Kreditabsicherung. Fichtner erwähnt dagegen nicht, dass sich die Weltbank gegen das Projekt ausgesprochen hatte.⁷ International Rivers sieht den 1987 fertiggestellten Manantali-Damm sehr kritisch: 120 km² Wald wurden für das Projekt gerodet. In einer Region wie der trockenen Sahel-Zone hat dies viele negative Folgen für das Klima, da durch den Waldverlust die Region weiter austrocknen könnte und der Ausdehnung der Sahara Vorschub geleistet wird. 12.000 Menschen wurden zwangsumgesiedelt, etlichen der Familien wurde zu wenig Ackerland zur Verfügung gestellt, so dass sie nach der Umsiedlung unter schlechteren Bedingungen leben als zuvor.⁸ Doch Fichtner wirbt noch heute mit seiner Leistung für das Projekt. Von den Folgen für die lokale Bevölkerung findet sich dort kein Wort.⁹



Foto: Sudani / Wikimedia (CC BY SA 3.0)

Der Merowe-Staudamm im Sudan

er zu Tractebel Engineering und ist damit Teil der ehemaligen GDF SUEZ Gruppe – heute ENGIE. Über sich selbst schreibt die Firma auf ihrer Homepage: „Bei der erfolgreichen Verwirklichung der Projektideen orientieren wir uns an deutschen und internationalen Qualitätsstandards.“¹ Werfen wir einen Blick auf eines der größten Projekte, das Lahmeyer in den vergangenen Jahren als Bauleiter betreute: Merowe im Sudan. Lahmeyers Beteiligung ist bereits vielfach in die Schlagzeilen geraten. Aber anders als von den Ingenieursdienstleistern gedacht.

Merowe: Überflutung ohne Warnung

Für Lahmeyer ist der Merowe-Staudamm ein Vorzeige-Beispiel für ihre Kompetenz: „Im derzeit größten Infrastrukturprojekt Afrikas“, so Lahmeyer, bestand die Herausforderung für das Management in einem „extrem engen Zeitplan“, „komplexer Flussumleitung“ sowie aus der Komplexität, dass „Bauherr, Bau- und Lieferfirmen aus unterschiedlichen Kontinenten“ kamen. Zuständig war Lahmeyer bei Merowe für die Prüfung und Überarbeitung von Ausschreibung, Überwachung und Ausführung bis hin zur abschließenden Prüfung.² Vor allem der von Lahmeyer erwähnte Punkt „Bauleitung, Vertragsverwaltung, Bau- und Montageüberwachung“ hat es allerdings in sich:

Leitende Angestellte der Lahmeyer GmbH mussten sich zwei Jahre lang vor deutschen Gerichten gegen eine Strafanzeige verteidigen, die das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) im Mai 2010 bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main eingereicht hatte. Durch

die Betätigung als Bauleitung beim Merowe-Staudamm hatte das deutsche Unternehmen die Entscheidungsbefugnis für die Flutung des vorgesehenen Staubeckens. In der Strafanzeige wurden gegen zwei Mitarbeiter von Lahmeyer schwere Vorwürfe erhoben: Sie sollen für die Überflutung von mehr als 30 Dörfern, die Vertreibung von mehr als 4.700 Familien³ sowie die Zerstörung von deren Lebensgrundlage – Häuser und Ernten wurden ebenso vernichtet wie Nutztiere und sonstiges Hab und Gut – verantwortlich sein. Die Flutung überraschte viele der Familien im Schlaf – ohne Vorwarnung. Im April 2011 nahm die Staatsanwaltschaft Frankfurt Ermittlungen auf und hört zunächst zahlreiche Zeuginnen und Zeugen.⁴ Obwohl schon 2002 die ersten Bauverträge unterzeichnet worden waren, hatte die sudanesisische Regierung bis zur Inbetriebnahme der ersten Turbinen des Wasserkraftwerkes bis 2009 keine Umsiedlungspläne mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen ausgehandelt. „Der Damm wurde einfach geschlossen, ohne die Menschen zu informieren. Das Wasser stieg immer höher. Die Menschen hatten Todesangst, es blieb ihnen nichts übrig, als zu fliehen, weg von dem steigenden Wasser. Alles, was blieb, wurde überflutet – Häuser, Felder, Tiere“, so der sudanesische Journalist Ali Askouri im Gespräch mit GegenStrömung im Dezember 2015.

Die Strafanzeige gegen Lahmeyer sollte den Betroffenen des Staudamm-Baus zu ihrem Recht auf Aufklärung des Sachverhaltes und der Verantwortlichkeiten verhelfen, verlautbarte das ECCHR aus Berlin. Darüber hinaus sollte der Fall deutlich machen, dass Unternehmen eine besondere Verantwortung tragen, „wenn sie mit autoritären Regimen

wie dem sudanesischen Geschäfte machen“⁵. Doch die deutsche Justiz ließ sich Zeit, berichtete die Tageszeitung taz: „Die Staatsanwaltschaft will den ehemaligen deutschen Botschafter im Sudan als Zeugen vernehmen. Auch nach einem halben Jahr aber hat das Auswärtige Amt weder den Wohnort des Diplomaten mitgeteilt, noch eine Aussagegenehmigung nach Frankfurt geschickt. Warum es so lange dauert? Die Pressestelle von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) gibt keinen Kommentar ab.“⁶

Ende April 2016 hat die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main das Ermittlungsverfahren gegen zwei Manager des Unternehmens Lahmeyer International GmbH aus Bad Vilbel (Hessen) eingestellt. Sie kam zu dem Schluss, den Beschuldigten sei kein Vorsatz nachzuweisen. Im Übrigen hätte das deutsche Unternehmen und seine Mitarbeiter keine Rechtspflicht, zu überprüfen, ob die betroffene Bevölkerung vor Beginn der Flutung umgesiedelt worden sei. Ein Freibrief für Unternehmen, der überdeutlich die großen Defizite des deutschen Rechtssystems beim Menschenrechtsschutz zeigt.

Staudämme in Erdbebengebieten

66

Die Firma Lahmeyer beteiligt sich auch an anderen Projekten, die massive Risiken für die lokale Bevölkerung bergen. Die Fälle von Nepals Staudämmen sind weitere Beispiele. Am 25. April 2015 wurde Nepal vom schlimmsten Erdbeben seiner jüngeren Geschichte erschüttert.⁸ Das Beben traf Nepals Energieversorgung ins Herz.⁹ Schäden gab es bei Überlandleitungen ebenso wie bei sehr vielen Staudämmen, von denen der Großteil der nepalesischen

Stromproduktion abhängt – 93 Prozent des Stroms im Land wird mit Wasserkraft gewonnen.¹⁰ Medienberichten zufolge meldeten allein 14 Staudämme nach dem Erdbeben Schäden.¹¹ Nepals Energiebehörde Nepal Electric Authority teilte den Ausfall von rund 150 MW Nominalkapazität mit. Bei einer landesweiten Kapazität von rund 500 Megawatt ist dies ein beträchtlicher Ausfall.¹² Indien stellte als Soforthilfe kurzfristig 210 MW-Nominalkapazität zur Verfügung, um das Defizit auszugleichen.¹³

Auch betroffen war Nepals künftig größter Staudamm, das Upper Tamakoshi Hydroelectric Project, das 465 MW Leistung erbringen soll.¹⁴ Es wird am Tamakoshi-Fluss im Dolakha-Distrikt im Oberen Himalaya, nur wenige Kilometer von der Grenze zu China (Tibet) gebaut.¹⁵ Upper Tamakoshi senkte sich den verschiedenen Presseberichten zufolge um 17 Zentimeter.¹⁶ Die akute Gefahr eines Bruchs scheint derzeit nicht gegeben. Was aber bei einem erneuten Erdbeben geschehen könnte, ist nicht abzuschätzen. Die Ingenieursdienstleistung beim Upper Tamakoshi Hydroelectric Project erfolgt durch ein Jointventure aus Norconsult und Lahmeyer International GmbH seit Januar 2011.¹⁷

Um Staudämme gegen Erdbeben abzusichern, bedarf es guter Ingenieursleistung. Doch stellt sich die Frage, welche Grenzen auch einer noch so guten Ingenieursleistung in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet gesetzt sind. Zumal es Untersuchungen gibt, die zeigen, dass Erdbeben – auch beträchtlicher Intensität – durch Staudämme überhaupt erst ausgelöst werden können.

Der Konya-Staudamm in Maharashtra ist mit 1.920 MW Leistung einer der größten Staudämme Indiens. Sein Stausee ist mit 891,78 Quadratkilo-

Durch die nicht angekündigte Flutung des Merowe-Staudamms ertranken viele Nutztiere



Foto: David Habeshah (CC BY 2.0)

metern fast so groß wie Berlin. Wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge verursachte die Flutung dieses Staubeckens im Jahr 1967 ein Erdbeben von der Stärke 6,3 auf der Richterskala. 180 Menschen starben, tausende wurden obdachlos.¹⁸

Am 760 MW-Zipingpu-Damm in China gab es am 12. Mai 2008 ganz in der Nähe des 2004 fertiggestellten Stauwerks ein Erdbeben, das nach den Angaben des United States Geological Survey eine Magnitude von 7,9 erreichte.¹⁹ Auch hier wird von Wissenschaftler/innen vermutet, dass es sich um ein menschlich induziertes Erdbeben durch den Staudammbau handeln könnte. 70.000 Menschen starben.²⁰

Diese Beispiele zeigen, dass die Folgen von großen Staudämmen in Erdbebengebieten bei weitem noch nicht vollständig verstanden werden. Entsprechend können die Risiken nicht abgeschätzt werden. So ist es bestenfalls fahrlässig, wenn Ingenieurbüros sich an Bau und Planung derartiger Projekte beteiligen.

2. Die deutschen TÜVs und der Clean Development Mechanism

Doch auch an anderer Stelle können Consultingfirmen am Staudammbaum mitverdienen. Im Rahmen des Clean Development Mechanism (CDM) unter dem Kyoto-Protokoll können Firmen in Projekte in sogenannten Entwicklungsländern investieren, wenn diese nachweislich Treibhausgase einsparen helfen. Im Gegenzug dafür erhalten sie CO₂-Gutschriften, mit denen sie weiter handeln können. Die von den Wasserkraftbefürworter/innen postulierten CO₂-Einsparungen sind – der Theorie nach – also bares Geld wert. Vor allem auch für die Zertifizierer, also jene Firmen, die errechnen und validieren, ob ein Wasserkraftwerk auch wirklich die geplanten CO₂-Emissionseinsparungen gewährleistet. Und Zertifizieren hat in Deutschland eine lange Tradition – kein Wunder also, dass Institutionen wie TÜV Rheinland oder TÜV Süd in diesem Bereich sehr aktiv sind.

Im Jahr 2008 deckte International Rivers auf, dass bei dem chinesischen Staudamm Xiaoxi 7.500 Menschen vertrieben wurden. Dennoch wurde dem Projekt bescheinigt, dass es die Nachhaltigkeitskriterien des Clean Development Mechanism erfüllen würde. Dafür verantwortlich war der deutsche TÜV Süd, der zuvor attestiert hatte, dass die umgesiedelten Menschen durch das Projekt keine sozialen oder kulturellen Nachteile erlitten hätten. Sie seien gleichsam alle happy people. International Rivers wollte das genauer wissen und schickte

eine Mitarbeiterin nach China, wo sie versuchte, mit den Betroffenen zu reden. Tina Lea, wie sich die Mitarbeiterin nannte¹, stellte das Gegenteil fest. In ihrem Report heißt es, dass es bei dem Bau des Staudamms zu gewaltsamen Vertreibungen gekommen sei. Die Einkommenssituation der umgesiedelten Bevölkerung wurde nicht wiederhergestellt, die Höhe der Entschädigungszahlungen wurden willkürlich und einseitig von den Staudammbetreibern festgelegt. Es gab nur mangelhafte Rechtsberatung für diejenigen, die Verluste erlitten. Eine unabhängige Umweltfolgenstudie wurde nicht erstellt.²

Dies ist nicht der einzige Fall, in dem TÜV Süd einem problematischen Staudammprojekt in China ein Gütesiegel für Nachhaltigkeit verliehen hat: Eine Firma aus Schweden, Tricorona, erwarb CO₂-Gutschriften von einem Staudamm in China, Tongwan (180 MW installierter Leistung). TÜV Süd hatte dieses Kraftwerk als sauber, nachhaltig und den UNFCCC-Kriterien für CDM-Projekte entsprechend zertifiziert. Der schwedische Radiojournalist Gustaf Klarin wollte sich im Jahr 2008 vor Ort ein Bild von dem Kraftwerk machen und mit den betroffenen Menschen reden. Er wollte wissen, wie sie über das Projekt denken. Ihm wurde von den Behörden nicht gestattet, mit den betroffenen Personen in Kontakt zu treten. So fragte Klarin bei TÜV Süd an, wie sie es denn für ihre Prüfung geschafft hätten, mit den Menschen zu reden. Die Antwort von TÜV Süd: Der TÜV-Süd-Mitarbeiter wurde bei seiner Feldstudie vor Ort von Polizeikräften zu den Menschen begleitet. Dies erkläre, so Gustaf Klarin, warum die Menschen alle mit dem großen Staudamm zufrieden waren.³ Es ist also anzunehmen, dass die Menschen durch die Polizeipräsenz eingeschüchtert waren und sich deshalb so positiv zu dem Projekt geäußert hatten.

Doch die allzu wohlwollende Bewertung von Projekten durch TÜV Süd hatte Folgen. Dieser hat im Bereich Zertifizierungen von Clean-Development-Mechanism (CDM) eine führende Rolle und dafür eigens eine Tochterfirma gegründet, die TÜV SÜD Industrie Service GmbH. Laut der Nachrichtenagentur Reuters hatten die im Jahr 2010 gehandelten CO₂ Zertifikate einen Gesamtwert von 33 Milliarden US-Dollar. TÜV Süd war damals mit 1.147 Projekten an einem Fünftel aller CDM-Zertifizierungen beteiligt, damit der weltweit zweitgrößte Prüfer von Klimaprojekten. Ein wahres Bombengeschäft – bis das CDM-Board, das oberste Gremium, das über die Einhaltung der Regeln des CDM zu wachen hat, ihn am 26. März 2010 von der CDM-Zertifizierung ausschloss.⁴ Die Begrün-

dung: TÜV Süd habe offenbar Projekte genehmigt, deren Wirksamkeit nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte und auch an der Qualifikation und Berufserfahrung von TÜV-Mitarbeiter/innen gebe es Zweifel.⁵

TÜV-Süd wurde zunächst für den Zeitraum von sechs Monaten gesperrt, um dem Unternehmen Gelegenheit zu geben, seine Arbeitsweise grundsätzlich zu ändern. Nach Ablauf der Frist legte TÜV Süd Belege über die Qualifikationen der Mitarbeiter/innen und seine neuen Arbeitsweisen und Strukturen vor. Mit Erfolg: TÜV Süd wurde wieder als CDM-Zertifizierer zugelassen.⁶

Doch auch nach 2010 erstellte TÜV Süd Zertifikate von höchst fragwürdiger Qualität: Das Wasserkraftwerk Taijiang Yanzhai in der chinesischen Provinz Guizhou erhielt eine durch den TÜV Süd zertifizierte Freigabe als CDM-Projekt. Auch hier wollten Journalisten, diesmal vom deutschen Magazin GEO, sich ihr eigenes Bild vor Ort machen. Sie wollten der Frage nachgehen, ob durch das Kraftwerk wirklich Treibhausgase eingespart würden und ob tatsächlich keine Menschen vertrieben würden, ohne zumindest ihr vorheriges Einkommensniveau zu behalten. Das Ergebnis der GEO-Recherchen: Zwei Mal nein.⁷

Dieses Ergebnis ist deshalb umso niederschmetternder, da das Europäische Emissionssystem European Emissions Trading System (ETS), unter dem die CDM-Zertifikate verrechnet werden,⁸ bei Staudammprojekten über 20 MW ei-

gentlich vorschreibt, dass die CDM-Kompatibilität nicht nur nach den CDM-Kriterien belegt werden muss, sondern auch anhand der Kriterien der Weltstaudammkommission, die die Bedeutung der Partizipation und Einkommenswiederherstellung bei Umsiedlungen betont.⁹

Es war ein weiterer Offenbarungseid für die Arbeit der Expert/innen bei TÜV Süd. Interessant ist hierbei ein weiteres Detail: TÜV Süd konnte an dem Staudammprojekt Taijiang Yanzhai gleich zwei Mal verdienen. Erst erstellte TÜV Süd – im Auftrag von RWE – die Machbarkeitsstudie, ob Taijiang Yanzhai sich für ein CDM-Projekt eignet. Und dann durfte TÜV Süd auf den gleichen Staudamm bezogen eine weitere Zertifizierung vornehmen, diesmal nach den Kriterien der Weltstaudammkommission. Diese schließen die Vertreibung von Anwohner/innen aus. Doch dieses „Detail“ hatte TÜV Süd schlicht übersehen, wie International Rivers feststellte. Deren Urteil über den TÜV-Süd-Report zum Wasserkraftwerk Taijiang Yanzhai in China: „Das ist nicht das erste Mal, dass TÜV Süd einen Schundreport produziert“.¹⁰

Beim Konkurrenten des TÜV Süd, beim TÜV Rheinland, läuft es auch nicht viel besser. Wieder geht es um das Bujagali-Wasserkraftwerk in Uganda (siehe Kapitel IV.4). Laut den bei der UNFCCC eingereichten Daten zur Anerkennung als Clean-Development-Mechanism-Projekt sollen die jährlichen CO₂-Einsparungen bei 858,173 m³ liegen.¹¹ Das Bujagali-Projekt werde „Strom ohne jede CO₂-

Das Tamakoshi-Tal in Nepal



Foto: Navin Shrestha (CC BY 2.0)

Emissionen produzieren“¹². Gleichwohl räumt ein Projektdokument von 2014 ein, dass das Entstehen „geringer Methan-Emissionen“¹³ durch das flussaufwärts gelegene Reservoir möglich sei.

Wie kommt es zu diesem Widerspruch? Die Erklärung liefert das CDM-Validation-Dokument vom März 2014: „Methan- (CH₄) und Kohlendioxid- (CO₂) Emissionen aus dem Reservoir sind von der ex-ante-Berechnung der Emissionsreduzierung (durch das Projekt) ausgenommen“, ebenso die Emissionen durch Landüberflutung.¹⁴ Das Bujagali-CDM-Prüfungsdokument empfiehlt daher, die Methan- (CH₄) und Kohlendioxid- (CO₂)-Emissionsdaten ex-post zu erheben.

Dennoch vergab das CDM-Audit ein „full approval“, dass das Bujagali-Wasserkraftprojekt „alle relevanten Erfordernisse des UNFCCC für CDM-Projektaktivitäten“ erfüllt. Der Auditor war: Der TÜV Rheinland mit seiner Tochtergesellschaft TÜV Rheinland aus China.¹⁵

Bisher ist die Rolle von Consultants und Ingenieurbüros bei der Vorbereitung und Durchführung von Staudammprojekten kaum beachtet worden, obwohl sie dabei eine zentrale Rolle innehaben.¹⁶ Diese umfasst auch die Erstellung von Umweltverträglichkeitsprüfungen und Umsiedlungsplänen, die in vielen Ländern und bei den meisten internationalen Finanzierungsorganisationen eine Voraussetzung für eine Projektentscheidung sind. Zahlreiche Fälle belegen, dass es hierbei immer wieder zu beschönigenden oder unvollständigen Darstellungen kommt. So sprach die erste Um-

weltverträglichkeitsprüfung (UVP) für den Ilisu-Staudamm in der Türkei von 3-5.000 Betroffenen – eine wenige Jahre später von der britischen Regierung in Auftrag gegebene Studie schätzte die Zahl auf 78.000. Ein später erstellter Umsiedlungsplan sah die Bereitstellung von zwei Hektar Ersatzland für alle umzusiedelnden Personen vor – doch vor Ort war niemand über die Pläne informiert, obwohl sie nach Weltbankstandards mit den Betroffenen hätten entwickelt werden sollen, und eine Bereitschaft der türkischen Regierung, dieses Land tatsächlich zur Verfügung zu stellen, war nicht zu erkennen. Auch beim Hidrosogamoso-Staudamm stellte sich im Nachhinein heraus, dass ganze Anspruchsgruppen in der UVP nicht berücksichtigt worden waren. Projektbetreiber beschwichtigen derartige Mängel meist damit, dass die Probleme im Zuge der Projektdurchführung behoben würden – doch die Verletzung der Anhörungs- und Partizipationsrechte der übergangenen Betroffenen macht dies nicht wieder gut. Mittlerweile äußern Nichtregierungsorganisationen fundamentale Kritik an der gegenwärtigen Praxis der Erstellung von Umwelt- und Sozialverträglichkeitsstudien,¹⁷ die auch die Consultants berücksichtigen sollten.

Doch wie die dargestellten Beispiele zeigen, gehen Consultants und Ingenieure teilweise noch viel zu leichtfertig mit ihrer Verantwortung um, indem sie menschenrechtliche Probleme nicht ausreichend zur Kenntnis nehmen oder sich zu sehr auf die Aussagen und Prozeduren von Staaten verlassen. Hier steht ein grundsätzliches Umdenken aus.

Der Hauptsitz von TÜV Rheinland in Köln



In den vorangegangenen Kapiteln wurden jeweils einige zentrale Akteure im Staudammgeschäft beleuchtet und anhand dessen die Verbindungen der Projekte im globalen Süden nach Europa aufgezeigt. Genannt wurden noch lange nicht alle Branchen, die von diesem Geschäftszweig profitieren.

Neben den öffentlichen Banken und Exportkreditagenturen sind es umfangreiche Kredite von Privatbanken, die z. B. die Turbinenlieferungen aus Europa ermöglichen. Die wenigsten dieser Geschäftsbeziehungen dringen an das Licht der Öffentlichkeit.¹

Eine weitere Branche, die sich fragen lassen muss, inwieweit sie ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht beim Bau von Staudämmen nachkommt, sind die Baufirmen. Bei zahlreichen Projekten aus verschiedenen Kontinenten treten einige immer

wiederkehrende international agierende Baufirmen in Erscheinung, darunter auch solche aus Europa (siehe Kasten).

Und nicht zuletzt sind europäische Stromkonzerne aufgrund internationaler Verflechtungen an Staudambauten im globalen Süden beteiligt. So trieb der italienische Stromanbieter Enel über seine spanische, auch in Chile aktive Tochter Endesa das gigantische Wasserkraftprojekt HidroAysen voran. Hätte die chilenische Regierung das Vorhaben aufgrund des nationalen und internationalen Widerstands nicht 2014 gestoppt, wäre eine einzigartige Naturlandschaft in Patagonien, die als Anziehungspunkt für Tourist/innen der lokalen Bevölkerung Einkommen verschaffte, zerstört worden. Auch der französische Energiekonzern Engie, bis vor kurzem bekannt unter dem Namen GDF Suez, ist weltweit

Betonierte Flüsse

Die größte Baufirma im Wasserkraftbereich ist die chinesische Sinohydro mit 47 Länderbüros und einem internationalen Marktanteil von über 50 Prozent aller weltweit im Bau befindlichen Staudammprojekte. Sie liefert Rundumpakete von Planung und Turbinenlieferung bis zum Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken.² Auch Brasiliens Baufirmen – Odebrecht, Andrade Gutierrez, OAS und Camargo Corrêa –, Russlands RusHydro, das sich angesichts der EU-Wirtschaftssanktionen vermehrt in Richtung Asien – Indien und China – konzentriert³ oder auch Indiens Hydrel-Power oder HCC zählen zu den Großen im weltweiten Staudambau. Aus Deutschland geriet die Ed. Züblin AG – eine hundertprozentige Strabag-Tochter – aufgrund ihrer Beteiligung am türkischen Ilisu-Staudamm in die Schlagzeilen. Sie stieg aber im Gegensatz zum Turbinenlieferer Andritz aus dem Projekt aus, nachdem die Bundesregierung die zuvor gewährte Hermesbürgschaft zurückzog (siehe Kapitel III.1). Aus Europa sticht vor allem Salini Impregilo hervor, das 2014 aus der Fusion von Salini und Impregilo entstand.

Die italienische Baufirma war unter anderem bei den Staudämmen Bujagali in Uganda (siehe Kapitel II.2), Hidrosogamoso in Kolumbien (siehe Kapitel III.1), Gilgel Gibe I und II in Äthiopien (siehe Kapitel V.3) dabei. Hinzu kommen weitere hoch umstrittene Dämme in verschiedenen Ländern Südamerikas und Afrikas.⁴ Auf Salinis Webseite mit den umfangreichen Referenzhinweisen finden sich jedoch nur technische Details – Hinweise auf soziale oder Umweltfolgen der eigenen Projekte finden sich dort unseren Recherchen zufolge keine.

Doch unter dem Namen „Saddam Hydroelectric Project“ ist eine andere Referenz dort vermerkt: Im Irak baute Salini zwischen 1981 und 1988 am Mossul-Staudamm mit.⁵ Auch die deutsche Hochtief war damals beteiligt - mit Unterstützung einer Hermesbürgschaft. Aktuell wird befürchtet, dass es jederzeit zu einem Dambruch kommen könnte, der Millionen Menschen bedroht. Das Fundament des Damms wurde damals – von Schweizer Firmen entworfen – auf Gips gebaut und erfordert nun ständige Reparaturarbeiten, die aufgrund der Besetzung durch den sogenannten Islamischen Staat für einige Zeit nicht mehr durchgeführt werden konnten. Ein dramatisches Beispiel für die mit dieser Technologie einhergehenden Risiken.



Der Mossul-Damm in Irak wurde vom italienischen Baukonzern Salini mitgebaut

Und auch weiterhin ist Salini an den großen Staudammprojekten der Welt beteiligt, so z. B. an der Grand-Ethiopian-Renaissance-Talsperre in Äthiopien – bald Afrikas größtem Wasserkraftwerk mit einem 1.630 Quadratkilometer großen Stausee. Finanziell getragen wird das Bauwerk zum größten Teil durch Äthiopien, die Turbinenlieferung und Exportkreditbürgschaften sollen hingegen aus China kommen. Der Vertrag über 4,6 Milliarden US-Dollar Baukosten wurde 2011 von der äthiopischen Regierung mit Salini unterschrieben.⁶

Aber auch aus Deutschland sind internationale Player mit am Werk. So zum Beispiel der Baukonzern Hochtief, der mehrheitlich (66,54 Prozent) der spanischen ACS gehört⁷, die ihrerseits wiederum bei Staudammprojekten in Kanada mitmacht und eine Beteiligung am Grand-Inga-Projekt anstrebt.⁸

Eines der derzeitigen Projekte von Hochtief, gemeinsam mit Strabag, ist das Alto-Maipo-Kraftwerk in Chile. 2012 erhielt das Unternehmen den Zuschlag für den 277 Millionen US-Dollar teuren Bau des 531-MW-Staudamms in den Anden.⁹ Zwei Wasserkraftwerke, 264-MW Alfalfal 2 am Colorado-Fluss und das 267-MW Las Lajas-Wasserkraftwerk am Maipo-Fluss, sollen Strom generieren. Einen großen Teil der Energie wird die Mine Los Pelambres der Firma Antofagasta Minerals aufkaufen. Die Fertigstellung ist für 2017 geplant. Flussaufwärts der Stauwerke ist der Maipo-Canyon Heimat des Condor, von Fuchs und Puma. Flussabwärts fließt das Wasser des Maipo und liefert 60 Prozent des Trinkwassers für Chiles Hauptstadt mit ihren rund sechs Millionen Einwohner/innen. Für das Projekt sollen drei Flüsse über 70 Kilometer hinweg über Tunnel umgeleitet werden. Kritiker/innen sehen durch die Umleitung des Maipo die Gefahr, dass das Tal austrocknet und dadurch wichtige Naturschutz- und Naherholungsgebiete zerstört werden.¹⁰

Hochtief bekennt sich auf seiner Website zur Einhaltung der Menschenrechte.¹¹ Doch wie der Konzern dies mit einer Beteiligung an einem Projekt in Äthiopien vereinbart, wo Menschenrechte regelmäßig missachtet werden und zivilgesellschaftliche Kritik an dem Projekt unmöglich ist, und der Bau eines Dammes der zur Trockenlegung eines ganzen Tales führt, bleibt sein Geheimnis.

tätig, darunter in Brasilien, Chile, Laos, Peru und Französisch Polynesien.¹² In Brasilien betreibt Engeie 13 Wasserkraftwerke, darunter die zwei großen Estreito und Jirau (siehe Kapitel IV.3).

Einer der weltweit größten Player im Bereich Wasserkraft ist das norwegische Unternehmen Statkraft mit mehr als 370 Wasserkraftwerken, die größtenteils in Norwegen, aber auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern sowie Südamerika und Asien liegen. Unter anderem besitzt Statkraft einen 20%-Anteil und ist gleichzeitig Betreiber des Theun-Hinboun-Damms in Laos. Um die Leistung des Wasserkraftwerks zu vergrößern, sollte die den Flüssen Hai und Hinboun zu entnehmende Wassermenge verdoppelt werden. Eine fact-finding mission mehrerer Nichtregierungsorganisationen kam im Dezember 2012 zu dem Schluss, dass durch die Erweiterung 4.186 Mitglieder einer indigenen Gruppe zwangsumgesiedelt werden müssten, sowie flussabwärts 51.441 Menschen, die am und vom Fluss leben, in Mitleidenschaft gezogen würden. Angebotenes Ersatzland sei völlig ungeeignet für den Reisan-

bau. Bei Inbetriebnahme des Kraftwerks Anfang 2013 war vielen Betroffenen völlig unklar, wovon sie in Zukunft würden leben sollen. Insbesondere, da selbst diejenigen, die vom ursprünglichen Bau Theun Hinbouns 15 Jahre zuvor betroffen waren, noch immer mit den gravierenden Folgen zu kämpfen hatten.¹³

Zudem würden Erosion und Überflutungen zunehmen, der Verlust des für Land- und Viehwirtschaft fruchtbaren Landes würde weiter ansteigen. Dadurch würde den lokalen 55 Gemeinden ihr Recht auf Ernährungssouveränität entzogen. Zudem werde gegen laotisches Gesetz verstoßen.¹⁴

Bei der Eröffnungszeremonie Anfang 2013 schwärmte Statkraft's Chef Christian Rynning-Tønnesen, dass die norwegische Wasserkraftexpertise zu profitabler, umweltfreundlicher und nachhaltiger Investition beitrage.¹⁵ Die Menschen vor Ort konnten in dieses Lob wohl nicht mit einstimmen. Sie werden auf lange Zeit die Folgen dieser „nachhaltigen“ Entwicklung tragen müssen, bis ihre Nachkommen eines Tages vielleicht wieder an einem frei fließenden Fluss leben können.

Hochspannungs-Überlandleitungen werden für das Belo-Monte-Kraftwerk gebaut. Der Strom wird von der lokalen Bevölkerung weggeleitet...



Foto: Christian Russau

...die weiterhin mit einer prekären Stromversorgung auskommen muss, wie hier in einer indigenen Siedlung in der Nähe des Kraftwerks



Foto: Christian Russau

Hoffnungsschimmer Rückbau

Während vor allem etliche Länder in Asien, Südamerika und Afrika weiterhin massiv auf den Ausbau der Wasserkraft setzen, kommt es in Industrieländern des Nordens zunehmend zum Rückbau. Vorreiter sind die USA, wo seit Jahren mehr Staudämme abgerissen als neu gebaut werden. Zwischen 1996 und 2005 wurden 298 Dämme zurückgebaut, zwischen 2006 und 2014 waren es schon 548.¹⁶

Dadurch entstanden über eintausend Kilometer frei fließende Flusslandschaften mit allen Möglichkeiten von freiem Fischzug, Sedimentfracht und ungezügelter Biodiversität. Und auch in Europa nimmt der Rückbau zu, z. B. im Tal der Loire und ihrer Zuflüsse in Frankreich.¹⁷ Doch ein einfaches Unterfangen ist der Rückbau nicht.

Denn gerade in großen Reservoirs haben sich unter Umständen hochgiftige Abfälle angesammelt, die die abwärts des ehemaligen Dammes gelegenen Gewässer vergiften können, wie bereits 1973 der Rückbau des Fort-Edwards-Dammes am Hudson-Fluss zeigte, wo General Electric über Jahrzehnte krebserregende Abfälle eingeleitet hatte.

Auch bei anderen Stauseen wie dem Drei-Schluchten-Staudamm haben Ökolog/innen aufgrund der schlechten Wasserqualität Alarm geschlagen. Dennoch belegt eine Studie über Rückbauten in den USA, dass sich viele Flüsse nach dem Abriss eines Dammes schnell erholen und die Fische die wieder zugänglichen Abschnitte bald zurückerobern.¹⁸ „Wenn Dämme fallen, können Lachse und Sand wachsen“, fasst dies die Journalistin Cornelia Dean für den „befreiten“ Elwha-Fluss in Washington State zusammen.¹⁹

Der Staudamm am Elwha-Fluss in Washington, USA, wurde von 2011-2014 zurückgebaut



In dieser Studie konnten nur Schlaglichter auf europäische – insbesondere deutsche – Unternehmen geworfen werden, die sich am globalen Staudammgeschäft beteiligen. Die Liste der Akteure ließe sich noch weit fortsetzen. Auch wurden nur einige Fälle behandelt. Doch die wenigen hier dargestellten Fälle haben durchaus Beispielcharakter. Überall auf der Welt – insbesondere in den Ländern des globalen Südens – werden Wasserkraftwerksprojekte geplant und durchgeführt. Legitimiert werden sie als „grüne Energie“ und „Fortschrittsmotoren“. Doch schaut man sich die Fälle genau an, wird eine eklatante Diskrepanz deutlich: eine weit verzweigte Branche von Planern und Stromgesellschaften über Finanzierer und Versicherer bis zu den Baufirmen und Turbinenlieferanten ermöglicht das Geschäftsmodell Wasserkraft und profitiert davon – die Umwelt und die lokale Bevölkerung bleiben dagegen allzu oft auf der Strecke.

Gebaut werden Wasserkraftwerke meist in abgelegenen und vom Menschen nur wenig beeinflussten Landschaften. Die Menschen in solchen Gebieten betreiben oft traditionelle Landwirtschaft oder leben als Fischer/innen, Jäger/innen und Sammler/innen. Durch den Bau von Wasserkraftwerken werden diese Gebiete komplett umgewandelt. Die dort lebenden Menschen zahlen den höchsten Preis: Sie verlieren ihre Existenzgrundlagen und häufig sogar ihre Wohnorte – und mit ihnen den gewohnten Lebensstil und Zusammenhalt der Gemeinschaft. Wertvolle Kulturgüter oder – gerade wenn es sich um indigene Bevölkerungsgruppen handelt – die ganze Kultur geht unwiederbringlich verloren. Oft bleibt nur, in Ersatzsiedlungen von Transferleistungen zu leben oder in die Elendsviertel der Großstädte zu ziehen. Eine Perspektive zur Verbesserung ihres Lebens bietet die Wasserkraft diesen oft sehr vulnerablen Gruppen nicht. Und selbst für die Arbeiter/innen, die sich zumindest vorübergehendes Einkommen erhoffen, stellen die Bauten oft ein zweischneidiges Schwert dar, denn die Arbeitsbedingungen sprechen so manches Mal aller internationalen Standards und nationalen Bestimmungen Hohn.

Zugleich sind die Auswirkungen von Wasserkraftwerken bis weit flussabwärts zu spüren und betreffen in den großen Flusseinzugsgebieten manchmal Millionen von Menschen – durch den Rückgang der Fischpopulationen, veränderte saisonale Verfügbarkeit des Wassers und eine Verschlechterung

der Wasserqualität. Hinzu kommt unter Umständen eine ständige Bedrohung durch einen Dammbruch, durch das Gewicht der Wassermassen verstärkte Erdbeben oder die Zunahme internationaler Spannungen um die Ressource Wasser – und lange unterschätzte Klimafolgen insbesondere bei Staudämmen in den Tropen.

Wie die Beispiele in dieser Studie zeigen, sind zahlreiche Menschenrechtsverstöße die häufige Folge von Wasserkraftprojekten: Verstöße gegen das Recht auf Nahrung und Wasser ebenso wie gegen die Rechte auf Gesundheit und kulturelles Leben. Auch die Partizipationsrechte der Betroffenen werden oft komplett ignoriert oder es wird ihnen nur oberflächlich nachgekommen. Und Menschen, die gegen Staudammbauten protestieren, werden kriminalisiert, als Terrorist/innen diffamiert oder gar umgebracht.

Zudem stellt der Bau von Wasserkraftwerken unweigerlich einen großen Eingriff in das Ökosystem dar – selbst bei kleineren Wasserkraftwerken. Am unmittelbarsten ist die Flussökologie betroffen: Fischmigrationen werden unterbrochen, häufig sterben tausende von Fischen in den Turbinen der Kraftwerke. Die Fließgeschwindigkeit der Flüsse verringert sich, die Wasserqualität verschlechtert sich, seltene Tier- und Pflanzenarten gehen zugrunde. Für die Aufbauten und überfluteten Reservoirs werden andere Naturräume, oft auch Regenwälder, zerstört. Für Hochspannungsleitungen müssen große Trassen gerodet werden. Und selbst der Rückbau von Wasserkraftanlagen, der stetig zunimmt, zeigt, dass die Gefahren des Staudammbaus weit über die Lebensdauer des Kraftwerks hinaus reichen können.

Hinzu kommen Schäden durch nachfolgende Industrien: Für industriell betriebene Plantagen, Bergwerke und Erdölförderanlagen werden weitere Naturgebiete zerstört, Grundwasser vergiftet und Menschen vertrieben. Als eine unumstritten „grüne Energie“, die „Entwicklungschancen“ bietet, lässt sich die Wasserkraft kaum bezeichnen.

Wem die Wasserkraft auf jeden Fall Entwicklungschancen bietet, sind die an ihrem Bau oder an den Nachfolgeprojekten beteiligten Unternehmen und Finanzinstitutionen.

Wie gezeigt wurde, verdienen auch europäische und deutsche Unternehmen an diesem Geschäft kräftig mit. Etliche von ihnen verfügen über jahrzehntelange Erfahrung mit der Wasserkraft und wurden

immer wieder mit deren negativen Folgen konfrontiert: durch Widerstand vor Ort und breite internationale Protestkampagnen, durch den Bericht der Weltstaudammkommission, durch Wortbeiträge bei Aktionärsversammlungen. Finanzinstitutionen und Unternehmen haben darauf mit neuen Richtlinien, Prinzipien und Codes of Conduct reagiert, die in vielen Fällen jedoch bei vagen Absichtserklärungen verbleiben. Der Mitverantwortung in konkreten Fällen wollen sie sich nach Möglichkeit entziehen. Dies tun sie zum einen, indem sie ihre Tätigkeiten verschleiern: Hinter dem Schlagwort „Kundenvertraulichkeit“ verstecken sich Versicherer, Finanziere und Zulieferer gerne, um ihre Beteiligung an besonders umstrittenen Projekten zu verbergen. Wenn es sich nicht vermeiden lässt, eine Beteiligung dennoch zuzugeben, folgt oft der Verweis, dass „die Vorteile die Nachteile überwiegen“. Ein Schelm, wer Böses darüber denkt, wessen Vor- bzw. Nachteile denn genau gemeint sind...

Die Hauptverantwortung für die Planung, Genehmigung und Durchführung der Wasserkraftwerke liegt selbstverständlich bei den jeweiligen nationalen Regierungen. Doch spätestens seit der Annahme der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durch den UN-Menschenrechtsrat kann kein Unternehmen, egal wo es seinen Sitz hat und auf welche Art es mit einem Projekt verbunden ist, sich mehr darauf zurückziehen, es habe

mit den Auswirkungen des Vorhabens nichts zu tun. Die Unternehmen sollten daher ihrer Verantwortung nachkommen, indem sie die von den UN-Leitprinzipien beschriebenen Sorgfaltspflichten in ihre Unternehmenspraxis integrieren und transparent über ihre Prüfverfahren, Entscheidungskriterien und Beteiligungen berichten. Hierzu muss auch gehören, menschenrechtliche Folgenabschätzungen durchzuführen und Ausstiegsklauseln in Verträgen zu verankern, für den Fall, dass Menschenrechte oder nationale Gesetzgebungen verletzt werden. Ebenfalls erforderlich ist ein klares Bekenntnis zu Ausschlusskriterien: Wenn der Einfluss eines Unternehmens oder einer Finanzinstitution nicht reicht, Menschenrechtsverletzungen im Zuge des Projekts vorzubeugen, muss von einer Beteiligung Abstand genommen werden. Jedes Unternehmen und jede Finanzinstitution ist gefordert, die eigenen Politiken entsprechend anzupassen und eine Vorbildfunktion einzunehmen. Darüber hinaus sollten die Akteure jedoch überlegen, ob ein gemeinsames Vorgehen ihnen nicht trotz der wirtschaftlichen Konkurrenz, in der sie stehen, Vorteile bringt: Wenn etwa die großen Turbinenlieferanten sich auf eine gemeinsame Menschenrechtspolitik und die Einhaltung der WCD-Empfehlungen verständigen würden, hätten sie genügend Marktmacht, diese gegenüber Projektbetreibern durchzusetzen.

Doch bisher beteiligen sich zahlreiche europäische

An den Stromschnellen des Xingu konnten die Indigenen vor dem Bau des Wasserkraftwerks Belo Monte noch fischen



Foto: Verena Glass



Die letzten wilden Flüsse der Welt sollten geschützt werden, wie hier in Kaschmir

Akteure trotz wohlklingender Prinzipien weiterhin an hoch umstrittenen Projekten. Dies legt den Schluss nah: So lange es für europäische Unternehmen günstiger ist, Menschenrechte zu missachten und die Umwelt zu zerstören, werden sie mit diesem Geschäftsmodell fortfahren. Wenn die deutsche und europäische Gesellschaft und Politik ihrer Verantwortung gegenüber der Weltgemeinschaft gerecht werden will, müssen die Regierungen sich endlich dafür einsetzen, dass menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und Finanzinstitutionen gesetzlich verankert werden. Verstöße gegen diese Sorgfaltspflichten müssen so geahndet werden, dass sie sich für Unternehmen schlicht nicht lohnen. Auch für die öffentlichen Finanzinstitutionen bedarf es eines Umdenkens hin zu einem rechte-basierten Ansatz.

Zudem sollten die europäischen Regierungen sich intensiv für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger/innen einsetzen und zivilgesellschaftliche Initiativen zur Entwicklung von Alternativprojekten unterstützen.

Doch was können die Alternativen zu Wasserkraftwerken sein? Bezieht man die Folgekosten von Wasserkraftwerken – von zerstörten Ökosystemen und Lebensgrundlagen über den Verlust von Biodiversität und Klimafolgen bis zur Entwurzelung und deren psychischen Folgen für die Menschen – ein, erscheinen Investitionen in Effizienzmaßnahmen in Industrie und Ballungsräumen oder dezentrale Energieproduktion in ganz anderem Licht. Anders als Kohle- und Kernkraftwerke bietet auch die Entwicklung von Solarenergie und Windkraft zahl-

reiche Perspektiven. Aber auch riesige Solar- und Windkraftparks haben negative Folgen, die nicht unter den Teppich gekehrt werden können. Entscheidend ist, dass Energieversorgung lokaler wird und eine demokratische Mitsprache der betroffenen Bevölkerung gewährleistet ist. Entwicklungskonzepte, die auf einzelne, riesige Kraftwerke setzen, waren im 20. Jahrhundert der Standard, heute aber gehören sie in die Archive der Historiker/innen. Eine moderne, gerechte und nachhaltige Energieversorgung muss dezentral sein, und sie muss ein Energiemix aus verschiedenen Technologien sein. Zu diesem Energiemix kann auch durchaus Wasserkraft gehören – aus bestehenden Kraftwerken. Durch Modernisierung können alte Anlagen effizienter gemacht und durchaus sinnvoll betrieben werden. Nicht sinnvoll erscheint es, neue Anlagen zu bauen, um noch die letzten Flusssysteme zu verbauen, ihre Ökologie zu zerstören und die weitere Verarmung der von ihnen abhängigen Menschen zu provozieren.

Um das Ziel einer gerechten und nachhaltigen Energieversorgung zu erreichen, ist aber ein viel weitergehendes Umdenken nötig, das über die Stromproduktion selbst hinausgeht. Wie die vorliegende Studie zeigt, ist das bloße Setzen auf Wasserkraft kein geeignetes Mittel, die gigantische Energie- und Ressourcenverschwendung unserer derzeitigen Wirtschaftsordnung in eine „grüne Wirtschaft“ und nachhaltige Entwicklung umzuwandeln. Stattdessen müssen vor allem die Fragen gestellt werden, wer ein Energieprojekt kontrolliert, wem es nutzt und wie Alternativen diskutiert und bewertet werden.

Ulrike Lunacek, MEP, ist Vizepräsidentin des EU-Parlaments. Im Interview mit GegenStrömung spricht sie über die Verantwortung europäischer Politik für die Negativfolgen von Großstaudämmen, über die Staudammfinanzierungen europäischer Finanzinstitutionen, über Natura 2000 und die EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie über die mangelnde Kohärenz europäischer Politiken.

Nach dem Pariser-Abkommen vom Dezember 2015 wird die vermeintliche Net-Zero-Emissionstrategie als Allheilmittel angepriesen. Und die Verfechter/innen der „Green Economy“ sehen auch Wasserkraft als die nun verstärkt in den Fokus rückende „Alternative“. Sehen Sie die Gefahr, dass vermehrt unter dem Argument des Klimawandels nun wieder Großstaudämme propagiert und vorangetrieben werden?

Diese Gefahr ist virulent. Der Umbau unserer Energiesysteme im Kampf gegen den Klimawandel darf aber nicht in der Fortsetzung der zentralisierten Energieproduktion bestehen. Wir wollen und dürfen zum Beispiel Atomkraftwerke nicht gegen riesige Staudammprojekte tauschen, sondern wir müssen ein dezentrales nachhaltiges, effektives und sparsames Energiesystem aufbauen. Es gibt eine ganze Reihe von Negativfolgen beim Bau von Großstaudämmen:

- Naturzerstörung durch Bau und Flutung
- Vertreibung / Umsiedlung der lokalen Bevölkerung (siehe Belo Monte, Jangtse, etc.)
- Treibhausgasemissionen (Methan) aus dem aufgestauten Wasser
- Wenig diskutiert aber deswegen genauso wichtig sind die sozialen und politischen Verteilungskonflikte über die Verfügungsgewalt des Wassers. Diejenigen, die das Wasser aufstauen, haben Einfluss über die Verfügbarkeit des Wassers flussabwärts.

In diesem Zusammenhang kommt es auch regelmäßig zu schweren Menschenrechtsverletzungen. Es werden nicht nur natürliche Lebensräume zerstört und Menschen vertrieben, sondern im Kampf um diese Ressourcen werden Aktivist/innen erpresst und zu Opfern von Drohungen und Gewalttaten.

Wie sehen Sie die Rolle bei der Staudammfinanzierung durch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), durch die Europäische



Foto: Die Grünen im Europaparlament

Investitionsbank (EIB), durch die Weltbanktochter Internationale Finanz-Corporation (IFC) oder die Asiatische Infrastrukturinvestmentbank (AIIB)?

Ich habe hier einen sehr kritischen Zugang und meine Befürchtungen und Erwartungen werden durch das konkrete Vorgehen der von Ihnen genannten Institutionen auch regelmäßig bestätigt. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Vorgehen bei Staudammprojekten im mazedonischen Mavrovo Nationalpark:

Das Standing Committee der Berner Konvention hat Anfang Dezember 2015 alle Geldgeber von Staudammprojekten in diesem Nationalpark aufgefordert, ihre Kreditlinien aufgrund schwerer naturschutzrechtlicher Einwände gegen diese Staudammpäne zurückzuziehen. Die Weltbank hat das umgehend gemacht, die Entscheidung der EBRD ist aber noch ausständig. Alles andere als eine Entscheidung entsprechend der Berner Konventionsmeinung wäre ein Skandal und für mich nicht akzeptabel. Prinzipiell ist von diesen Institutionen

zu verlangen, dass sie Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards neben wirtschaftlichen Indikatoren zu gleichrangigen Faktoren in ihren Vergabekriterien aufwerten und sich zu deren strikten Berücksichtigung und Einhaltung verpflichten.

Wie könnte bei geplanten Staudammprojekten in Europa mehr auf die Durchsetzung der Natura-2000-Richtlinie gedrängt werden?

Entscheidend dafür ist, dass die durchaus brauchbaren europäischen Vorgaben konsequent umgesetzt und eingehalten werden. Wir haben mit Natura 2000 und vor allem mit der EU-Wasser-Rahmenrichtlinie ein gutes Schutzsystem etabliert. Die Wasserrahmenrichtlinie schreibt beispielsweise vor, dass alle Gewässer in der EU in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden müssen. Außerdem verbietet diese Richtlinie ökologische Verschlechterungen bei Gewässern. Leider ist die Umsetzungspraxis in den meisten Mitgliedsländern zu lasch. So werden beispielsweise auch in Österreich immer wieder Ausnahmegenehmigungen für Verschlechterungen gegeben, die EU-rechtlich nicht haltbar sind. Da sind die Mitgliedsländer gefordert aber auch die EU-Kommission, die bei den Verstößen gegen Natura 2000 und die Wasserrahmenrichtlinie konsequenter einschreiten müsste. Darüber hinaus sollte schon vor der Erstellung von Listen für Infrastrukturprojekte von gemeinschaftlicher Bedeutung (PCI – Projects of Common Interests) die Übereinstimmung mit den europäischen Umweltstandards geprüft werden.

Was müsste auf gesetzgeberischer Seite der EU geschehen, um sicherzustellen, dass öffentliche Finanzmittel endlich robusten und überprüfbaren Kriterien in Menschenrechts- und Umweltfragen folgen?

Das größte Hindernis für einen einheitlichen wie effizienten Kampf gegen Mega-Staudammprojekte sehe ich in der fehlenden Kohärenz der EU-Gesetzgebung oder anders gesagt in der Hü-Hott-Politik der EU. Beispiel Belo Monte, da ich mich sehr eingehend auch vor Ort mit der Thematik befasst habe: Einerseits hat das Europaparlament in einem Bericht über Kraftwerksbauten explizit die negativen Auswirkungen des Belo Monte-Projekts für Menschen und Umwelt thematisiert. Daneben finanziert die EU auch Entwicklungsprojekte zum Schutz der indigenen Bevölkerung und gegen Urwaldrodungen in der Region. Gleichzeitig wird aber die Verantwortung für Belo Monte allein der brasilianischen Regierung zugeschrieben. Mit dieser Außenpolitik, die die EU-Entwicklungspolitik

konterkariert, macht sich die EU nicht nur unglaubwürdig, sondern trägt dazu bei, dass Amazonien als Supermarkt für nationale wie internationale Konzerninteressen missbraucht wird.

Sie sagen, Sie waren selbst in Amazonien, um sich ein Bild vom Staudamm Belo Monte zu machen. Was war Ihr Eindruck und welche Lehren müssten Politik und Wirtschaft daraus ziehen?

Der Kampf gegen Belo Monte war für uns wie für die Aktivist/innen vor Ort gerade deshalb so wichtig, weil Belo Monte auch ein Symbol ist. Der Bau von Belo Monte hat aus diesem Grund nicht nur negative Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensbedingungen der indigenen Bevölkerung. Er hat auch eine sehr negative Symbolwirkung auf die vielen anderen geplanten oder sich bereits im Bau befindlichen Staudammprojekte.

Das Belo Monte-Projekt führt nicht nur zu Ab- und Umsiedelung von bis zu 40.000 Menschen, sondern es wird dadurch auch die Biodiversität, angefangen vom Fischreichtum, schwer geschädigt. Die Gewinner dieses Ausverkaufs sitzen im Ausland und in der Industrie. Die Vielfalt und der Reichtum der Natur dort wird geopfert zum Nutzen und Profit französischer, holländischer, norwegischer aber auch österreichischer Firmen. Und die aus diesem Kraftwerk gewonnene Energie kommt nicht der Bevölkerung in der Region, sondern energieintensiven Industrien zugute, und vielleicht – wenn die nötigen Leitungen je gebaut werden – der Bevölkerung in den Ballungsgebieten.

Die Lehren aus dem Fall sollten sein:

Wir haben gesehen, es gab zwar immer wieder kurzfristige, vom Gericht erzwungene Baustopps. Diese änderten aber nichts am generellen Baufortschritt. Die strengen brasilianischen Umweltschutzgesetze existieren deswegen meiner eigenen Anschauung nach nur in der Theorie. Auch dass die indigene Bevölkerung nicht in die Verhandlungen eingebunden wurde, war ein eindeutiger Bruch der brasilianischen Verfassung und internationalen Rechts. Die Beteiligung der österreichischen Firma Andritz AG sowie anderer europäischer Unternehmen zeigt, wie Corporate Social Responsibility wieder einmal nur als schöne Fassade missbraucht wurde. Und für die EU-Politik ist die wichtigste Lehre, die richtigen Schlüsse aus dem bereits genannten Kohärenzproblem zu ziehen: Das bedeutet, dass europäische Umweltschutz-, Menschenrechts- und Entwicklungspolitik nicht durch europäische Wirtschaftsinteressen unterlaufen und konterkariert werden darf.

Einleitung

- 1 Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB): *Global boom in hydropower expected this decade*, 24.10.2014, http://www.igb-berlin.de/press_releases_details/items/global-boom-in-hydropower-expected-this-decade.html (letzter Zugriff 28.06.2016).
- 2 P.M. Fearnside: „Emissions from tropical hydropower and the IPCC“. In: *Environmental Science & Policy*, 50, 2015 (in Druck); Siehe auch: „Wissenschaftler: Belo Monte wird in den ersten 10 Betriebsjahren mehr Treibhausgase produzieren als ganz São Paulo. Der Wissenschaftler Phillip Fearnside warnt erneut vor dem Irrtum, Großstaudämme in Amazonien seien klimaschonend.“ Von Christian Russau, KoBra, 18.09.2015 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/belo-monte/wissenschaftler-belo-monte-wird-in-den-ersten-10-betriebsjahren-mehr-treibhausgase-produzieren-als-ganz-sao-paulo> (letzter Zugriff: 28.06.2016).
- 3 Amelie Huber: „Treibhausgasemissionen widerlegen Ansprüche der Wasserkraft auf Klimaneutralität“, in: *Wanderfische willkommen! Ökologische Durchgängigkeit und Erhalt frei fließender Flüsse im Flussgebietsmanagement*. Grüne Liga (Hg.), Berlin: Grüne Liga, Oktober 2015.
- 4 Deemer, Bridget R. / Harrison, John A. / Li, Siyue / Beaulieu, Jake J. / DelSontro, Tonya / Barros, Nathan / Bezerra-Neto, José F. / Powers, Stephen M. / dos Santos, Marco A. / Vonk, J. Arie: „Greenhouse Gas Emissions from Reservoir Water Surfaces: A New Global Synthesis“, in: *Oxford Journals, Science & Mathematics, BioScience*: 66(11), 2016, S. 949-964 (Download unter <http://bioscience.oxfordjournals.org/content/66/11/949>, letzter Zugriff 08.12.2016).
- 5 Winemiller, K. O. * / McIntyre, P. B. / Castello, L. / Fluet-Chouinard, E. / Giarrizzo, T. / Nam, S. / Baird, I. G. / Darwall, W. / Lujan, N. K. / Harrison, I. / Stiassny, M. L. J. / Silvano, R. A. M. / Fitzgerald, D. B. / Pelicice, F. M. / Agostinho, A. A. / Gomes, L. C. / Albert, J. S. / Baran, E. / Petrere Jr., M. / Zarfl, C. / Mulligan, M. / Sullivan, J. P. / Arantes, C. C. / Sousa, L. M. / Koning, A. A. / Hoeninghaus, D. J. / Sabaj, M. / Lundberg, J. G. / Armbruster, J. / Thieme, M. L. / Petry, P. / Zuanon, J. / Torrente Vilara, G. / Snoeks, J. / Ou, C. / Rainboth, W. / Pavanelli, C. S. / Akama, A. / van Soesbergen, A. / Sáenz, L.: „Balancing hydropower and biodiversity in the Amazon, Congo, and Mekong“, *Science*: 351(6269), Januar 2016, S. 128-129. <http://www.ipcc-wg2.gov/> (letzter Zugriff 28.06.2016).
- 6 Siehe hierzu auch https://sandrp.wordpress.com/2014/04/03/dams-are-not-climate-friendly-readings-from-ipcc-wg-ii-report/#_ftn1 (letzter Zugriff 28.06.2016).
- 7 <http://outras-palavras.net/outrasmidias/?p=231965> (letzter Zugriff 29.06.2016).
- 8 <http://www.irinnews.org/report/96393/climate-change-new-urgency-rethink-dam-projects> (letzter Zugriff: 29.06.2016).
- 9 <http://www.telesurtv.net/news/Emergencia-electrica-en-Venezuela-20160427-0005.html> (letzter Zugriff 29.06.2016).
- 10 Der Site-C Staudamm in British Colombia soll auch dazu dienen, Strom für die Produktion von Erdöl aus Teersand und Flüssiggas bereitzustellen, Dabei sollen auch die umstrittene Fracking-Methode zum Einsatz kommen, vgl. <https://www.desmog.ca/2016/02/04/ever-wondered-why-site-c-rhymes-Ing>, <https://www.desmog.ca/2015/06/12/it-s-official-site-c-dam-could-power-fracking-operations-northeast-b-c>.
- 11 Zum Beispiel werden in Oaxaca eine Vielzahl kleiner Wasserkraftwerke geplant, die mit Bergbauprojekten in der Region in Zusammenhang stehen und gegen die die lokale Zivilbevölkerung Widerstand organisiert, vgl. <http://www.educaoxaca.org/2137-pronunciamiento-en-defensa-de-la-madre-tierra-y-el-territorio.html> (letzter Zugriff, 05.12.2016).
- 12 Global Witness: *En terreno peligroso*, London: Global Witness, 2016 (Download unter: https://www.globalwitness.org/documents/18483/En_Terreno_Peligroso.pdf, letzter Zugriff 06.12.2016).
- 13 Hannah Arendt: *Das Urteilen: Texte zu Kants Politischer Philosophie*, München: Piper Taschenbuch, 1998.

I. Wirtschaft und Menschenrechte

- 1 <http://www.globalcompact.de/>, letzter Zugriff 31.08.2016.
- 2 <https://www.boell.de/de/navigation/struktur-2456.html>; <https://www.greenpeace-magazin.de/tickerarchiv/wildwuchs-gruener-berichte-bislang-kaum-vorgaben-fuer-nachhaltigkeit?page=1>, letzter Zugriff 28.09.2016.
- 3 http://www.etoconsortium.org/nc/en/main-navigation/library/maastricht-principles?tx_drblob_pi1%5BdownloadUId%5D=62, letzter Zugriff 28.09.2016.
- 4 <https://info.brot-fuer-die-welt.de/politik/extraterritoriale-staatenpflichten-maastrichter>, letzter Zugriff 28.09.2016.
- 5 http://www.globalcompact.de/de/ueber-uns/dgcn-ungc.php?navid=1243194933573#anchor_a9245988_Accordion-4-Korruptionspraevention/, letzter Zugriff 31.08.2016.
- 6 Dies sind insbesondere die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die UN-Pakte über bürgerliche und politische Rechte sowie der über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO); darüber hinaus verweisen die UN-Leitprinzipien auf die Notwendigkeit, weitere Standards und Rechtsinstrumente der UN, z.B. bzgl. der Rechte indigener Völker, zu achten.
- 7 Geschäftsstelle Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN): „Kommentar 17“, In: *Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen „Schutz, Achtung und Abhilfe“*, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Juni 2014 (Download: https://www.globalcompact.de/sites/default/files/themen/publikation/leitprinzipien_wirtschaft_und_menschenrechte.pdf letzter Zugriff 29.06.2016).
- 8 Jerome Chaplier: „Towards a legally binding instrument on Business and Human Rights“, Rede auf der Veranstaltung Europäischen Parlaments zum UN Vertrag über Wirtschaft und Menschenrechte, 2. September 2015 (Download: <http://business-humanrights.org/sites/default/files/documents/ECCJ%20at%20SD%20Event%20Towards%20a%20Legally%20Binding%20Instrument.pdf>, letzter Zugriff 04.07.2016).

- 9 <http://www.treatyalliance.com/>, letzter Zugriff 28.09.2016.
- 10 <http://www.internationalrivers.org/resources/protecting-rivers-and-rights-3464>, letzter Zugriff 04.07.2016.
- 11 <http://www.hydrosustainability.org>, letzter Zugriff 28.09.2016.

II. Staudämme und öffentliche Finanzinstitutionen

II.1 Die Rolle der Weltbank

- 1 World Bank: *The World Bank Position on the Report of the World Commission on Dam*. Ohne Datum, unter: <http://siteresources.worldbank.org/INTWRD/903857-1112344791813/20424179/TheWBPositionontheReportoftheWCD.pdf>, letzter Zugriff 04.07.2016.
- 2 <http://www.hydroworld.com/articles/print/volume-23/issue-1/articles/a-decade-of-sustainable-hydropower-development-what-have-we-learned.html>, letzter Zugriff 04.07.2016.
- 3 Missbach, Andreas: „Aluminium hat einen matten Glanz, Teil 2: Das Megakraftwerk Tucuruí“ in: *Lateinamerika Nachrichten* 315/316, Sept./Okt. 2000, (Download: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aartikel=aluminium-hat-einen-matten-glanz-2>, letzter Zugriff 04.07.2016).
- 4 Russau, Christian: „Staatskonzern verweigert Indigenen seit 36 Jahren Entschädigung“, *amerika21*, 31.3.2011, unter <https://amerika21.de/meldung/2011/03/27426/eletronorte-entschaedigung> (letzter Zugriff 04.07.2016).
- 5 Secretariado da comissão Mundial de Barragens [Sekretariat der Weltstaudammkommission]: *Estudos de Caso da Comissão Mundial de Barragens Usina Hidrelétrica de Tucuruí (Brasil)*, November 2000, S.147
- 6 Missbach, Andreas: „Aluminium hat einen matten Glanz, Teil 2: Das Megakraftwerk Tucuruí“, in: *Lateinamerika Nachrichten*, 315/316, Sept./Okt. 2000, (Download: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aartikel=aluminium-hat-einen-matten-glanz-2>, letzter Zugriff 04.07.2016).
- 7 WCD Case Study: *Tucuruí Hydropower Complex, Brazil. Final Report. Prepared for the World Commission on Dams (WCD)* by La Rovere, E.L. und Mendes, F.E., November 2000. Download unter: <https://www.internationalrivers.org/sites/default/files/attached-files/csbrmain.pdf>, letzter Zugriff 04.07.2016.
- 8 <https://www.internationalrivers.org/campaigns/narmada-river> (letzter Zugriff: 05.07.2016).
- 9 <http://umich.edu/~snre492/Jones/narmada.html>, letzter Zugriff 05.07.2016.
- 10 http://www.multinationalmonitor.org/hyper/issues/1992/12/mm1292_08.html, letzter Zugriff 05.07.2016.
- 11 http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/1026355.stm, letzter Zugriff 05.07.2016; <http://www.internationalrivers.org/blogs/227/new-independent-review-documents-failure-of-narmada-dam>, letzter Zugriff 05.07.2016.
- 12 a.a.O.
- 13 <http://www.narmada.org/sardar-sarovar/history.html>, letzter Zugriff 05.07.2016.
- 14 Leslie, Jacques: *Deep Water: The Epic Struggle over Dams, Displaced People, and the Environment*, New York: Farrar, Straus and Giroux, 2007, S. 49.
- 15 <http://www.narmada.org/resources/books/moicc/holiest.river.html>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 16 Bradford Morse & Thomas R. Berger: „Sardar Sarovar – Report of the Independent Review“, in: Ottawa: *Resource Futures International*, 1992 (Download unter: <http://ielrc.org/Content/c9202.pdf>, letzter Zugriff 06.07.2016).
- 17 Bradford Morse & Thomas R. Berger: „Sardar Sarovar – Report of the Independent Review“, S. 1.
- 18 <http://umich.edu/~snre492/Jones/narmada.html>, letzter Zugriff 15.09.2016.
- 19 van Gelder, Jan Willem; van der Valk, Frank; Dros, Jan Maarten; Worm, Janette: *The impacts and financing of large dams*, Amsterdam/Castricum: AIDEnvironment/Profundo, S. 72-92 (Download: www.profundo.nl/files/download/WWF0211b.pdf, letzter Zugriff 06.07.2016).
- 20 <http://www.sardarsarvardam.org/>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 21 <http://scroll.in/article/776655/thirty-years-after-a-landmark-supreme-court-verdict-slum-dwellers-rights-are-still-ignored>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 22 <http://indianexpress.com/article/india/india-news-india/sardar-sarovar-hydropower-station-operational-ssnnl-2922936/>, letzter Zugriff 20.07.2016.
- 23 „Multiple dams are an ominous threat to life on the Mekong River“, in: *The Guardian*, 06.05.2015, (<http://www.theguardian.com/sustainable-business/2015/may/06/dams-hydropower-mekong-river-thailand-laos-don-sahong-xayaburi>, letzter Zugriff: 06.07.2016).
- 24 Peter Bosshard, Josh Klemm: „Does the World Bank’s ‚Success Story‘ on Dams Still Hold Water?“ in: *Huffington Post*, 02.10.2015 (http://www.huffingtonpost.com/peter-bosshard/does-the-world-banks-succ_b_8234360.html, letzter Zugriff 06.07.2016).
- 25 Ebd.
- 26 MIGA: *Hydropower in Asia: The Nam Theun 2 Project* (<https://www.miga.org/documents/NT206.pdf>, letzter Zugriff 06.07.2016).
- 27 <https://www.internationalrivers.org/blogs/227/setting-the-world-bank-president-straight-on-large-dams>, letzter Zugriff 15.09.2016.
- 28 <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2016/07/25/world-bank-group-suspends-financing-to-the-inga-3-basse-chute-technical-assistance-project>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 29 <https://www.issafrica.org/iss-today/inga-dream-again-deferred>, letzter Zugriff 15.09.2016.
- 30 <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltbank-121.html>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 31 „Weltbank-Projekte zwingen Millionen Menschen zur Umsiedlung“ in: *Süddeutsche Zeitung*, 05.03.2015 (<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/entwicklungslaender-weltbank-projekte-zwingen-millionen-menschen-zur-umsiedlung-1.2379211>, letzter Zugriff 06.07.2016).
- 32 <http://www.icij.org/>, letzter Zugriff 01.09.2016.
- 33 Ebd. <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/weltbank-121.html> (letzter Zugriff: 06.07.2016).
- 34 Ebd.
- 35 Siehe unter <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2016/08/04/world-bank-board-approves-new-environmental-and-social-framework> (letzter Zugriff: 06.07.2016).
- 36 Siehe den Offenen Protestbrief von Menschenrechts- und Umweltorganisationen unter https://www.urgewald.org/sites/default/files/consultations_letter_11.25.14_final.pdf (letzter Zugriff: 06.07.2016).

II.2 Multilaterale Entwicklungsbanken und Wasserkraft

1. Das „Bujagali Hydroelectric Power Project“ in Uganda

- 1 115 Millionen US-Dollar.
- 2 30,7 Millionen US-Dollar.
- 3 Deutsche Bundesregierung: „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Steffi Lemke, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ – *Drucksache 18/2997* – C, 14.11.2014.
- 4 *Project Design Document Form For CDM Project Activities* (F-CDM-PDD), Version 04.1, Bujagali; auch <http://www.blackstone.com/news-views/press-releases/bujagali-energy-successfully-delivering-first-50mw-of-clean-energy-to-the-ugandan-electricity-grid> (letzter Zugriff 06.07.2016); siehe auch IFC/MIGA: Bujagali Hydropower Project: A Case Study on Risk Mitigation Through PPP Structuring, 15.11.2011 (http://www.ifc.org/wps/wcm/connect/9159fa804956cbf09267be849537832d/6_Distribution+and+Generation+PPPs+in+the+Power+Sector++Uganda++A+Case+Study+on+Risk+Mitigation+Through+PPP+Structuring+-.pdf?MOD=AJPERES letzter Zugriff 06.07.2016); siehe auch Deutsche Bundesregierung: „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Steffi Lemke, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – *Drucksache 18/2997* –“, 14.11.2014.
- 5 IFC/MIGA: *Bujagali Hydropower Project: A Case Study on Risk Mitigation Through PPP Structuring*, 15.11.2011 (http://www.ifc.org/wps/wcm/connect/9159fa804956cbf09267be849537832d/6_Distribution+and+Generation+PPPs+in+the+Power+Sector++Uganda++A+Case+Study+on+Risk+Mitigation+Through+PPP+Structuring+-.pdf?MOD=AJPERES, letzter Zugriff 06.07.2016)
- 6 Deutsche Bundesregierung: „Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Steffi Lemke, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – *Drucksache 18/2997* –“, 14.11.2014, S.9
- 7 <http://www.bujagali-energy.com/>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 8 ERM Certification and Verification Services: *CDM Validation Report – Bujagali Hydropower Project*, London, Oktober 2011, S. 69
- 9 http://www.cao-ombudsman.org/cases/case_detail.aspx?id=199, letzter Zugriff 07.07.2016.
- 10 <http://www.counter-balance.org/european-ombudsman-will-investigate-eib%E2%80%99s-failures-in-bujagali-hydro-case/>, letzter Zugriff 07.07.2016.
- 11 <http://www.counter-balance.org/ugandan-citizens-complaint-against-eur-95-million-eib-loan-for-bujagali-hydropower-dam/>, letzter Zugriff 07.07.2016.
- 12 <http://www.counter-balance.org/european-ombudsman-will-investigate-eib%E2%80%99s-failures-in-bujagali-hydro-case/>, letzter Zugriff 12.07.2016. Die komplette Beschwerdeschrift kann hier heruntergeladen werden: <http://www.eib.europa.eu/attachments/complaints/complaint-bujagali-hydro-project.pdf>, letzter Zugriff 30.11.2016.
- 13 EIB Complaints Mechanism: „Bujagali Hydroelectric Project, Jinja Uganda – Complaint SG/E/2009/09 – Conclusions Report“, 30. August (Download: <http://www.eib.europa.eu/attachments/complaints/2012-09-05-letter-from-eib-sg-to-c-amicucci-final-reply-annex-1-conclusions-report.pdf>, letzter Zugriff 30.11.2016).
- 14 <http://www.counter-balance.org/european-ombudsman-will-investigate-eib%E2%80%99s-failures-in-bujagali-hydro-case/>, letzter Zugriff 07.07.2016.
- 15 TÜV Rheinland (China) Ltd: *Verification Report for the CDM Project Activity Bujagali Hydropower Project in Uganda*, Report No. 01 99791050 77275, Version 1.2, 2014-09-01, (Download: <http://cdm.unfccc.int/UserManagement/FileStorage/0LP5X61YIREQDO9ZSJ87HV3GUW2ABF>, letzter Zugriff 05.09.2016).

2. Europäische Finanzinstitutionen auf dem Balkan: Eine Boomregion für Wasserkraft

- 1 Klara Sikorova, Pippa Gallop, CEE Bankwatch Network: *Financing for hydropower in protected areas in Southeast Europe*, Radolfzell/Wien: Euronatur/Riverwatch, Dezember 2015 (Download: http://www.balkanrivers.net/sites/default/files/SEE-hydropower-financing_14-12-2015.pdf, letzter Zugriff 12.07.2016).
- 2 Dabei handelt es sich um ein Netz von Schutzgebieten, das von der EU Kommission geschaffen wurde, um den länderübergreifenden Schutz gefährdeter Pflanzen und Tierarten zu gewährleisten, eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=URISERV:l28076, letzter Zugriff 12.07.2016.
- 3 *Gemeinsame Pressemitteilung von EuroNatur und Riverwatch vom 15.12.2015*, [www.euronatur.org/presse/pressemitteilungen/news/neue-studie-von-bankwatch-gruene-investitionen-und-westliche-firmen-foerdern-auf-dem-balkan-raubb/?tx_news_pi1\[controller\]=News&tx_news_pi1\[action\]=detail&cHash=42f07ae4f65688aa90eedcd68e0ac970](http://www.euronatur.org/presse/pressemitteilungen/news/neue-studie-von-bankwatch-gruene-investitionen-und-westliche-firmen-foerdern-auf-dem-balkan-raubb/?tx_news_pi1[controller]=News&tx_news_pi1[action]=detail&cHash=42f07ae4f65688aa90eedcd68e0ac970) letzter Zugriff 12.07.2016.
- 4 Ebd.
- 5 https://www.kfw.de/KfW-Konzern/Newsroom/Aktuelles/News/News-Details_377216.html, letzter Zugriff 30.11.2016.
- 6 *Gemeinsame Pressemitteilung von EuroNatur, Riverwatch, Front 21/42, Macedonian Ecological Society und Eco-sense vom 06.05.2016*, https://www.euronatur.org/presse/pressemitteilungen/news/keine-wasserkraftwerke-im-mavrovo-nationalpark/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=e2d5c417f3430f37ccf13fd02be603eb, letzter Zugriff 12.07.2016.
- 7 Ebd.

II.3 Nationale Entwicklungsbanken und Wasserkraft

1. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Empfehlungen der Weltstaudammkommission

- 1 Siehe hierzu ausführlich Studart, Rogerio / Gallagher, Kevin P.: *Infrastructure for Sustainable Development: The Role of National Development Banks*. Boston University: Global Economic Governance Initiative, August 2016, unter http://www.bu.edu/pardeeschool/files/2016/08/Infrastructure.Sustainable.Final_.pdf.
- 2 Kathrin Petz: *Die Schattenseite der KfW. Finanzierungen zu Lasten von Mensch und Umwelt*, Berlin: urgewald, März 2015 (Download: https://www.urgewald.org/sites/default/files/die_schattenseite_der_kfw_webversion2.pdf, letzter Zugriff 12.07.2016).
- 3 Neumann-Silkow, Frauke; Hellstern, Elke; Brühl, Hartmut: *Die Umsetzung der WCD-Empfehlungen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Erfahrungen der GTZ und der KfW*, Eschborn/Frankfurt: GTZ/KfW, Juni 2004 (Doenload: https://www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Sektoren-Berichte/2004_06_WCD-Staud%C3%A4mme_D.pdf, letzter Zugriff 01.09.2016).
- 4 Kathrin Petz: *Die Schattenseite der KfW. Finanzierungen zu Lasten von Mensch und Umwelt*, Berlin: urgewald, März 2015 (Download: ht-

ps://www.urgewald.org/sites/default/files/die_schattenseite_der_kfw_webversion2.pdf, letzter Zugriff 12.07.2016).

- 5 Deutscher Bundestag (14.11.2014): *Drucksache 18/3211*. Download: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/032/1803211.pdf>letzter Zugriff 12.07.2016.
- 6 Kathrin Petz: *Die Schattenseite der KfW. Finanzierungen zu Lasten von Mensch und Umwelt*, Berlin: urgewald, März 2015 (Download: https://www.urgewald.org/sites/default/files/die_schattenseite_der_kfw_webversion2.pdf, letzter Zugriff 12.07.2016).
- 7 Anlage 11 des Programmvorschlages zum Vorhaben Shongtong Karcham betreffend dessen Umwelt- und Sozialverträglichkeit, zitiert nach Kathrin Petz: *Die Schattenseite der KfW. Finanzierungen zu Lasten von Mensch und Umwelt*, Berlin: urgewald, März 2015 (Download: https://www.urgewald.org/sites/default/files/die_schattenseite_der_kfw_webversion2.pdf, letzter Zugriff 12.07.2016).
- 8 Ebd.
- 9 http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/einzelakteure/deg/, letzter Zugriff 12.07.2016.
- 10 Siehe hierzu die Selbstdarstellung der DEG unter http://www.bmz.de/de/ministerium/wege/bilaterale_ez/akteure_ez/einzelakteure/deg/index.html, letzter Zugriff 12.07.2016.

2. Die DEG und der Staudamm Barro Blanco in Panama

- 1 Leonie Düngefeld: „Entwicklungszusammenarbeit für die Oligarchie – In Panama sorgt der Streit um einen Staudamm für dauerhafte Konflikte“, in: *Lateinamerika Nachrichten* 505/506, Juli/August 2016.
- 2 http://epo.de/index.php?option=com_content&view=article&id=11118:kfw-projekt-panama-stoppt-bau-des-staudamms-barro-blanco, letzter Zugriff 12.07.2016.
- 3 <https://www.urgewald.org/presse/kfw-projekt-panama-stoppt-bau-des-staudamms>, letzter Zugriff 12.07.2016.
- 4 <https://www.presidencia.gob.pa/Noticias/Gobierno-y-autoridades-indigenas-tradicionales-firman-acuerdo-sobre-proyecto-hidroelectrico-Barro-Blanco->, letzter Zugriff 22.8.2016.
- 5 Knobloch, Andreas: „Ewiger Streit um den Staudamm Barro Blanco“, in: Deutsche Welle, 8.9.2016, unter <http://www.dw.com/de/ewiger-streit-um-den-staudamm-barro-blanco/a-19530460>, letzter Zugriff 22.8.2016.
- 6 <http://carbonmarketwatch.org/press-statement-in-landmark-decision-panama-withdraws-un-registration-for-barro-blanco-hydrodam-project/>, letzter Zugriff 30.11.2016.
- 7 Christian Russau: „Belo Monte ist ein Angriff auf die Verfassung“. Interview über den Staudamm Belo Monte mit Helena Palmquist von der Bundesstaatsanwaltschaft in Pará und Verena Glass vom Widerstandsbündnis Xingu Vivo para Sempre“, in: *Lateinamerika Nachrichten* 467, Mai 2013 (Download: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?artikel=belo-monte-ist-ein-angriff-auf-die-verfassung>, letzter Zugriff 13.07.2016).
- 8 <http://www.oeco.org.br/especiais/bndes-na-amazonia/27808-bndes-se-internacionaliza-e-ultrapassa-banco-mundial/>, letzter Zugriff 13.07.2016.
- 9 BNDES: *Relatorio Anual 2014*, Brasília: BNDES, Juni 2015, http://www.bndes.gov.br/SiteBNDES/export/sites/default/bndes_pt/Galerias/Arquivos/empresa/RelAnual/ra2014/RA_2014.pdf, letzter Zugriff 13.07.2016.
- 10 <http://www.valor.com.br/financas/3880450/concessoes-de-credito-do-bndes-recuam-05-em-2014-aponta-bc>, letzter Zugriff 13.07.2016.

3. Die niederländische Entwicklungsbank FMO und Wasserkraft

- 1 FMO: *Annual Report 2014* (Download: http://annualreport2014.fmo.nl/en/library/download/urn:uuid:cca4d883-ed36-4477-85f4-a3424051694d/fmo+annual+report+2014.pdf?format=save_to_disk&text=.pdf, letzter Zugriff 20.07.2016).
- 2 Ebd.
- 3 Annie Bird: *The Agua Zarca Dam and Lenca Communities in Honduras: Transnational Investment Leads to Violence against and Criminalization of Indigenous Communities*, Washington: Rights Action, Oktober 2013 (Download: http://rightsaction.org/sites/default/files/Rpt_131001_RioBlanco_Final.pdf, letzter Zugriff 12.09.2016); Jordy Willems, Anne de Jonghe: *Protest and Violence over the Agua Zarca dam – Report on the Agua Zarca Dam, Rio Blanco, Honduras February 2016*, Nijmegen: Banktrack, Februar 2016 (Download unter: http://www.banktrack.org/manage/ems_files/download/report_agua_zarca_february_2016_pdf, letzter Zugriff 12.09.2016); Nick Middeldorp: *In Honduras it is a Sin to Defend Life’ – An Ethnography of the Discourses, Practices and Dangers of Opposition to Mining in Honduras*, Wageningen: Wageningen University, Juli 2014 (Download: <http://edepot.wur.nl/312775>, letzter Zugriff 12.09.2016).
- 4 <https://www.globalwitness.org/en/press-releases/global-witness-releases-new-data-murder-rate-environmental-and-land-activists-honduras-highest-world/>, letzter Zugriff 12.09.2016.
- 5 Nick Middeldorp: *In Honduras it is a Sin to Defend Life’ – An Ethnography of the Discourses, Practices and Dangers of Opposition to Mining in Honduras*, Wageningen: Wageningen University, Juli 2014 (Download: <http://edepot.wur.nl/312775>, letzter Zugriff 12.09.2016).
- 6 Annie Bird: *The Agua Zarca Dam and Lenca Communities in Honduras: Transnational Investment Leads to Violence against and Criminalization of Indigenous Communities*. Washington: Rights Action, Oktober 2013 (Download: http://rightsaction.org/sites/default/files/Rpt_131001_RioBlanco_Final.pdf, letzter Zugriff 12.09.2016).
- 7 Der Dokumentarfilm *La Voz del Gualcarque* zeigt eindrücklich die Repressionen gegen die indigene Bevölkerung im Kontext des Baus von Agua Zarca. *La Voz del Gualcarque*, Dokumentarfilm, Honduras 2015, 46 Min., span. mit dt. Untertiteln.
- 8 <http://www.telesurtv.net/english/news/Investors-of-Dam-Berta-Caceres-Fought-Against-Suspend-Support-20160316-0027.html>, letzter Zugriff 06.09.2016.
- 9 *Pressemitteilung der Interamerikanischen Menschenrechtskommission vom 19. Juli 2013* (http://www.oas.org/en/iachr/media_center/PReleases/2013/052.asp, letzter Zugriff 20.07.2016) und <http://www.soaw.org/about-us/equipo-sur/263-stories-from-honduras/4129-tomas-garcia>, letzter Zugriff 20.07.2016; der Soldat, Kevin Yasser Saravía, wurde am 10.12.2015 des Mordes an Tomás García schuldig gesprochen, aber nicht wegen der Verletzung des Sohnes, <http://witness4peace.blogspot.it/2015/12/en-honduras-la-pena-por-quitar-una-vida.html#.VnnLmwDw374.facebook>, letzter Zugriff 20.07.2016.
- 10 <https://business-humanrights.org/en/honduras-agua-zarca-dam-construction-leads-to-violence-intimidation-against-lenca-indigenous-communities-ngo-says>, letzter Zugriff 06.09.2016; Während Sinohydro erklärte, wegen der Menschenrechtslage aus dem Projekt auszusteigen, gab die CAMIF keine Gründe für ihren Rückzug aus dem Vorhaben, <http://copinh.org/article/copinh-un-triunfo-parcial-la-cao-reporta-oficialme/>, letzter Zugriff 06.09.2016.
- 11 Offener Brief in deutschsprachiger Übersetzung: <http://hondurasdelegation.blogspot.de/2014/04/offener-brief-aus-rio-blanco-die.html>, letzter Zugriff 20.07.2016., Im spanischsprachigen Original auf http://www.defensoresenlinea.com/cms/index.php?option=com_content&vie

w=article&cid=3071:-el-pueblo-lenca-insta-a-banco-holandes-a-no-financiar-proyecto-de-muerte-en-honduras&catid=58:amb&Itemid=181, letzter Zugriff 20.07.2016.

- 12 <https://www.theguardian.com/world/2016/mar/03/honduras-berta-caceres-murder-environment-activist-human-rights>, letzter Zugriff 07.09.2016.
- 13 <http://www.goldmanprize.org/about/>, letzter Zugriff 07.09.2016. Der Preis wird an Menschen vergeben, die sich für den Schutz gefährdeter Ökosysteme und für Umweltgerechtigkeit einsetzen. Explizit geht es bei der Vergabe auch darum, durch die Öffentlichkeit den Preisträger/innen Schutz gegen Repressionen zu gewähren.
- 14 Persönliche Aussage des COPINH-Aktivistin José Asención Martínez gegenüber Thilo Papacek. Die COPINH hat diese Morddrohungen auch dokumentiert und zur Anklage bei der Staatsanwaltschaft von Honduras gebracht. Diese blieb tatenlos.
- 15 <https://www.fmo.nl/k/n1771/news/view/28133/20819/fmo-suspends-all-activities-in-honduras-effective-immediately.html>, letzter Zugriff 08.09.2016; http://www.development-today.com/magazine/Frontpage/finnfund_suspends_disbursements_to_honduran_dam_project, letzter Zugriff 08.09.2016.
- 16 *Offener Brief an Joe Kaeser, Dr. Hubert Lienhard und Uwe Wenhardt*, 18. März 2016 (Download: http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2016/03/20160318_Offener_Brief_an_Voith_und_Siemens_NRO.pdf, letzter Zugriff 08.09.2016). Am 29. März 2016 schickte Voith Hydro eine Antwort auf den offenen Brief. Darin heißt es: „Ob ein Zusammenhang zwischen den Verbrechen und dem Engagement der beiden Getöteten [...] gegen zahlreiche Infrastruktur und Entwicklungsprojekte in Honduras [...] besteht, ist offen und Gegenstand der laufenden Ermittlungen.“
- 17 In Den Haag sprach die COPINH-Delegation mit Vertretern der FMO, in Helsinki mit Vertreter/innen des Finnfund. In Deutschland fanden Gespräche mit Parlamentarier/innen, Infoveranstaltungen und Proteste gegen die Beteiligung von Voith Hydro an Agua Zarca in Berlin und München statt, vgl. Friends of the Earth, tni, BankTrack, Both Ends, GegenStrömung, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, FDCL, Rettet den Regenwald, CADEHO, Honduras Delegation: *Stand in Solidarity – Support the Solidarity Mission of Honduran Activists to Europe*, Flyer zur Delegationsreise der COPINH, April 2016 (Download: https://www.tni.org/files/01_foee_stand_in_solidarity_leaflet_hravs.pdf, letzter Zugriff 11.09.2016).
- 18 <http://www.sueddeutsche.de/news/wissen/umwelt-oxfam-kritisiert-nach-mord-an-aktivistin-deutsche-firmen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-160503-99-821061>, letzter Zugriff 12.09.2016; <https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/2016/04-29/026.php>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.berliner-zeitung.de/oxfam-kritisiert-nach-mord-an-aktivistin-deutsche-firmen-24001194>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/nach-aktivisten-mord-deutsche-firmen-pruefen-engagement-in-honduras/13541328.html>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.fr-online.de/newsticker/oxfam-kritisiert-nach-mord-an-aktivistin-deutsche-firmen,26577320,34183222.html>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.volksstimme.de/schlaglichter/oxfam-kritisiert-nach-mord-an-aktivistin-deutsche-firmen/1462301037000>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.augsburger-allgemeine.de/newsticker/Oxfam-kritisiert-nach-Mord-an-Aktivistin-deutsche-Firmen-id37670452.html>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.in-online.de/Nachrichten/Wirtschaft/Wirtschaft-im-Rest-der-Welt/Oxfam-kritisiert-nach-Mord-an-Aktivistin-deutsche-Firmen>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.stern.de/panorama/stern-crime/themen/mord-4131314.html>, letzter Zugriff 12.09.2016.
- 19 Gonzalo Berrón: „Direitos humanos e globalização econômica – Uma agenda urgente no debate internacional“. In: *Nueva Sociedad*, August 2016 (Download: <http://nuso.org/articulo/direitos-humanos-e-globalizacao-economica/>, letzter Zugriff 12.09.2016).
- 20 Thilo Papacek: „Später Rückzug – Ausstieg des deutschen Unternehmens Voith Hydro aus dem Wasserkraftprojekt Agua Zarca lässt viele Fragen offen“. In: *Lateinamerika Nachrichten* 504, Juni 2016 (Download: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=spaeter-rueckzug>, letzter Zugriff 08.09.2016).
- 21 Claudia Fix: „Mord mit Ankündigung – Repressionswelle gegen den Indigenenrat COPINH“. In: *Lateinamerika Nachrichten* 502, April 2016 (Download: <http://lateinamerika-nachrichten.de/?aaartikel=mord-mit-ankuendigung-2>).
- 22 Am 2. Mai wurden auf den Journalisten Felix Molina zwei Attentate verübt, weil er über diese Verbindungen berichtete, vgl. <https://amerika21.de/2016/05/152267/molina-honduras-anschlag>, letzter Zugriff 12.09.2016; <http://www.elheraldo.hn/pais/955988-466/atentan-contr-periodista-hondure%C3%B1o-f%C3%A9lix-molina>, letzter Zugriff 12.09.2016.
- 23 <https://amerika21.de/2016/07/155845/lesbia-yaneth>, letzter Zugriff 12.09.2016.
- 24 <http://www.water-alternatives.org/index.php/alldoc/articles/vol5/v5issue2/175-a5-2-11/file>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 25 http://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CESCR/Shared%20Documents/TUR/INT_CESCR_NGO_TUR_46_10201_E.pdf, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 26 <http://www.ipsnews.net/2012/08/mexican-communities-fight-mini-dams/>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 27 http://www.icold-cigb.net/GB/dams/definition_of_a_large_dam.asp, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 28 Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK/ Bundesamt für Energie BFE: Handbuch Kleinwasserkraftwerke. Informationen für Planung, Bau und Betrieb, Ausgabe 2011.

III. Staatliche Exportkreditbürgschaften

- 1 OECD: *Recommendation of the Council on Common Approaches for Officially Supported Export Credits and Environmental and Social Due Diligence*, Paris: OECD, 2012 (Download: <http://www.oecd.org/officialdocuments/publicdisplaydocumentpdf/?cote=tad/ecg%282012%295&doclanguage=en>, letzter Zugriff 13.07.2016).
- 2 Vgl. z. B. The Corner House, Environmental Defense, FERN, Friends of the Earth-Japan, the Halifax Initiative, International Rivers Network, Probe International, and the World Development Movement: *A Trojan Horse for Large Dams. How export credit agencies are offering new subsidies for destructive projects under the guise of environmental protection*, 2005 (Download: <http://www.thecornerhouse.org.uk/sites/thecornerhouse.org.uk/files/Trojan.pdf>, letzter Zugriff 25.07.2016) und Halifax Initiative, Both Ends, CounterCurrent, Fórum Suape and Ríos Vivos: *Export Credit Agencies and Human Rights: Failure to Protect*, 2015 (Download: http://www.eca-watch.org/sites/eca-watch.org/files/Failure%20to%20Protect_0.pdf, letzter Zugriff 25.07.2016).
- 3 Heike Drillisch: *Außenwirtschaftsförderung – Staatsbürgschaften für Menschenrechtsverletzungen?* Berlin: CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung, Forum Menschenrechte in Zusammenarbeit mit GegenStrömung / INFOE e.V., Juni 2014 (Download: http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2015/03/CorA-ForumMR_Steckbrief-AWF.pdf, letzter Zugriff 13.07.2016).
- 4 <http://www.internationalrivers.org/campaigns/china-s-global-role-in-dam-building>, letzter Zugriff 13.07.2016.
- 5 <http://www.hydroworld.com/articles/print/volume-23/issue-1/articles/a-decade-of-sustainable-hydropower-development-what-have-we-learned.html>, letzter Zugriff 13.07.2016.
- 6 <http://www.internationalrivers.org/campaigns/china-s-global-role-in-dam-building>, letzter Zugriff 13.07.2016.

- 7 <http://www.internationalrivers.org/resources/guidelines-for-environmental-and-social-impact-assessments-of-the-china-export-and-import>, letzter Zugriff 13.07.2016.

1. Deutsche Exportkreditbürgschaften

- 1 <http://www.taz.de/!5162226/>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 2 <http://www.fr-online.de/panorama/umstrittener-ilisu-staudamm-hasankeyf-soll-untergehen,1472782,3094808.html>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 3 „Stopp Ilisu-Staudamm“, gemeinsamer Infolyer von Manfred-Hansen Stiftung für Natur und Umwelt, ECA-Watch Austria, Erklärung von Bern, GegenStrömung, 2010 (Download: http://www.gegenstroemung.org/drupal/de/system/files/Flyer_StopIlisu_dt_2010-03-13_web.pdf, letzter Zugriff 14.07.2016).
- 4 2007 von der schwedischen AF übernommen (<http://www.afconsult.com/en/investor-relations/press-releases/press/2007/1150146-af-acquires-energy-consultants-colenco-ag/>, letzter Zugriff 25.07.2016).
- 5 Eine Übersicht über im Wasserkraftsektor tätige Consultants gibt es unter <http://www.waterpowermagazine.com/contractors/consulting-electromechanical-equipment/>, letzter Zugriff 25.07.2016.
- 6 „Stopp Ilisu-Staudamm“, gemeinsamer Infolyer von Manfred-Hermesen-Stiftung für Natur und Umwelt, ECA-Watch Austria, Erklärung von Bern, GegenStrömung, 2010 (Download: http://m-h-s.org/ilisu/upload/PDF/Flyer_StopIlisu_dt_2010-03-13_web.pdf, letzter Zugriff 14.07.2016).
- 7 Die Versicherung wird zu 60 % von Colseguros S.A. und zu je 20 % von Suramericana S. A. und La Previsora S. A. gestellt. Colseguros ist eine 100%ige Allianz-Tochter, Suramericana gehört zu 18,9 % der Munich Re, der Rest (81,1%) der Grupo Sura. (siehe GegenStrömung *Factsheet zu Hidrosogamoso*, Download unter http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2015/10/FACTS-FIGURES_Hidrosogamoso_2015-10_GegenStroemung.pdf, letzter Zugriff 24.07.2016).
- 8 David Vollrath: „Verdammt zur Entwicklung“, in *Lateinamerika Nachrichten*, 489, März 2015 (www.lateinamerika-nachrichten.de/?aartikel=verdammt-zur-entwicklung, letzter Zugriff 24.07.2016).

2. Österreichische Exportkreditbürgschaften und Entwicklungsfinanzierung

- 1 <http://www.oekb.at/de/unternehmen/ueberblick/seiten/default.aspx>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 2 http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20011205_OTS0081/internationale-umweltkatastrophen-made-in-austria, letzter Zugriff 14.07.2016 und WWF, Greenpeace, Erlassjahr 2000: *Behind Closed Doors. A critical survey of the Austrian official export supporting system*, Wien: WWF, Greenpeace, Erlassjahr 2000, 2001 (Download: http://www.eca-watch.at/downloads/studie_engl.PDF, letzter Zugriff 14.07.2016).
- 3 <https://michaelbengwayan.wordpress.com/2010/12/09/dam-the-rivers-damn-the-people-san-roque-dam-philippines-by-michael-a-bengwayan-probe-international/>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 4 ECA Watch, Corner House, et. al.: *A Trojan Horse for Large Dams – How export credit agencies are offering new subsidies for destructive projects under the guise of environmental protection*, Dorset: ECA Watch, Corner House et. al., 2005 (Download: <http://www.thecornerhouse.org.uk/sites/thecornerhouse.org.uk/files/Trojan.pdf>, letzter Zugriff 14.07.2016).
- 5 <http://newsinfo.inquirer.net/828367/pangasinan-gov-orders-evacuation-due-to-san-roque-dam-spill>, letzter Zugriff 24.12.2016.
- 6 <http://www.napocor.gov.ph/NPCDams/index.php/our-dams/san-roque-dam>, letzter Zugriff 14.07.2014.
- 7 <http://www.boerse-express.com/pages/1339311>, letzter Zugriff 14.07.2016; <http://www.oekb.at/de/exportservice/projekte/Bundesgarantierte-Projekte-ab-10-Mio-Euro/2014/Seiten/vietnam-lieferung-elektromechanischer-ausruestung-fuer-das-wasserkraftwerk-thuong-kon-tum.aspx>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 8 <http://www.lifepr.de/inaktiv/raiffeisenlandesbank-oberoesterreich-aktiengesellschaft/RLB-OOe-begleitet-ANDRITZ-bei-Kraftwerksprojekt-in-Vietnam/boxid/401016>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 9 <http://www.vietmaz.com/2009/09/work-begins-on-kon-tums-largest-hydropower-plant/>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 10 <http://www.oekb.at/de/exportservice/projekte/Bundesgarantierte-Projekte-ab-10-Mio-Euro/2014/Seiten/vietnam-lieferung-elektromechanischer-ausruestung-fuer-das-wasserkraftwerk-thuong-kon-tum.aspx>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 11 Ebd.
- 12 <https://www.internationalrivers.org/resources/comments-to-tuv-nord-regarding-the-thuong-kon-tum-hydropower-project-vietnam-3073>, letzter Zugriff 14.07.2016.
- 13 Clean Development Mechanism: *Project Design Document: Thuong Kon Tum Hydropower Project*, 2012 (Download: cdm.unfccc.int/filestorage/u/j/WHMKA3674FLGV10QR9DXOBJUSP82TN.pdf/6688%20PDD.pdf?t=czl8b2FpbzIwfDAjPMvEff1l6X2mNxCYWihK, letzter Zugriff 18.07.2016).
- 14 <https://www.internationalrivers.org/resources/comments-to-tuv-nord-regarding-the-thuong-kon-tum-hydropower-project-vietnam-3073>, letzter Zugriff 18.07.2016.
- 15 TÜV Nord Cert GmbH: *Validation Report Vietnam – Vietnam Carbon Assets Ltd. – Thuong Kon Tum Hydropower Project*, Essen: TÜV Nord, Oktober 2012 (Download: cdm.unfccc.int/filestorage/c/l/2DFC31QWX4T0856BS9NYAJMR7EVUPL.pdf/6688%20FValR.pdf?t=ald8b2FpbzNzfDAXm8wwJIWBLr7tWTJZL5eO, letzter Zugriff 18.07.2016).
- 16 <http://www.vietnambreakingnews.com/2014/08/hydropower-investor-terminates-contract-with-chinese-contractors/>, letzter Zugriff 19.07.2016.
- 17 Ebd.
- 18 <http://www.wwf.at/de/kraftwerk-mekong-staudamm-xayaburi-andritz/>, letzter Zugriff 19.07.2016.
- 19 <http://vietnamnews.vn/economy/236305/hydro-power-plants-halted-over-eco-fears.html>, letzter Zugriff 19.07.2016.
- 20 <https://transparenzportal.gv.at/tdb/tp/leistung/1006626.html>, letzter Zugriff 19.07.2016.
- 21 http://www.centralamericadata.com/en/article/home/IFC_to_Finance_Hydropower_Station_in_Honduras, letzter Zugriff 19.07.2016 und <http://www.oe-eb.at/de/PresseService/2-2011/Seiten/erneuerbarer-energie-ifc-honduras.aspx>, letzter Zugriff 19.07.2016.
- 22 <http://www.privateequitywire.co.uk/2015/08/07/228160/union-group-seals-usd59m-peruvian-hydropower-deal>, letzter Zugriff 19.07.2016.
- 23 <http://www.ic-ces.at/en/projects/hydropower/detail/proj/duer-diligence-fuer-das-464-mw-wasserkraftprojekt-mtkvari-georgien.html>, letzter Zugriff 19.07.2016.

- 24 Sophie Veßel: *Konzerne. Staudämme. Menschenrechte. Tätigkeiten eines österreichischen Unternehmens im Ausland und damit verbundene extraterritoriale Staatenpflichten Österreichs*, Wien: Fian Österreich, März 2015 (Download: http://fian.at/media/filer_public/eb/87/eb8763b7-13b7-4ad1-9dc4-3c279f67bca4/konzerne_staudamme_menschenrechte___fian-2015-konzernestaudaemmemenschenrechte.pdf, letzter Zugriff 19.07.2016).

IV. Versicherer und Rückversicherer

- 1 Christian Russau: *Hoffentlich Allianz versichert... und mit privatem Schiedsgericht doppelt abgesichert!* Berlin: GegenStrömung, September 2015 (Download: http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2015/09/Hoffentlich-Allianz-versichert-und-mit-privatem-Schiedsgericht-doppelt-abgesichert_Christian-Russau-GegenStroemung-web.pdf, letzter Zugriff 22.07.2016).
- 2 <https://www.facebook.com/munichre.careers/posts/752603241453325>, eigene Übersetzung, letzter Zugriff 22.07.2016.

1. Der weltgrößte Rückversicherer Munich Re: Klimawandel als Geschäft

- 1 Tobias Grimm (Munich Re): „Erneuerbare Energien – Investitionen in Anlagen“, Hessischer Fördertag – Eltville, 21.09.2011.
- 2 Peter Bosshard: „The World Bank is bringing back big, bad dams. A renewed focus on mega-dams will make matters worse in Africa and benefit companies, not people“, in: *The Guardian*, 16.7.2013 (<https://www.theguardian.com/environment/blog/2013/jul/16/world-bank-dams-africa>, letzter Zugriff: 06.07.2016).
- 3 <http://www.munichre.com/de/group/focus/climate-change/index.html>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 4 <https://www.munichre.com/de/media-relations/publications/press-releases/2014/2014-04-30-press-release/index.html>, letzter Zugriff 06.07.2016.
- 5 Munich Re: *Munich Re Newables – Our contribution to a low-carbon energy supply*, München: Munich Re, 2009 (Download: https://www.munichre.com/site/corporateresponsibility-root/get/documents_E1558876845/mr/assetpool.shared/Documents/4_Corporate%20Responsibility/Downloads/munich-re-newables-en.pdf, letzter Zugriff 1.8.2016).
- 6 Ebd.
- 7 Jahreshauptversammlung der Munich Re am 30.4.2014 in München, Antwort des Vorstands auf Fragen des Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.
- 8 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/belo-monte/wissenschaftler-belo-monte-wird-in-den-ersten-10-betriebsjahren-mehr-treibhausgase-produzieren-als-ganz-sao-paulo>, letzter Zugriff 1.8.2016.
- 9 Jahreshauptversammlung der Munich Re am 30.4.2016 in München, Antwort des Vorstands auf Fragen des Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.
- 10 Munich Re: *Munich Re Newables – Our contribution to a low-carbon energy supply*, München: Munich Re, 2009 (Download: https://www.munichre.com/site/corporateresponsibility-root/get/documents_E1558876845/mr/assetpool.shared/Documents/4_Corporate%20Responsibility/Downloads/munich-re-newables-en.pdf, letzter Zugriff 1.8.2016).
- 11 Bei NGO-Gesprächen über die sozialen und Umweltfolgen von Großstaudammprojekten mit Vertreter/innen der Munich Re verwiesen letztere wiederholt auf diese drei integralen Bestandteile ihrer Firmenkultur, Anm. d. Autors.
- 12 <https://www.greenpeace-magazin.de/der-weltversicherer>, letzter Zugriff 1.8.2016.
- 13 Die Allianz nannte auf der Hauptversammlung 2015 zumindest die Gesamtzahl der 2014 versicherten Großstaudämme: 89. Aber auch sie verweigerte Namen, dies aus Gründen der „Kundenvertraulichkeit“.
- 14 Beispiele für solche besonders umstrittenen Projekte, für die Munich Re ihre Geschäftsbeziehungen offenlegen musste, sind: Bujagali-Staudamm (Uganda), Sajano-Schuschensker-Stausee, Pumpspeicherwerk Zagorsk PSP-2 (beide Russland), Hidrosogamoso (Kolumbien), Teles Pires, Santo Antonio und Belo Monte (alle Brasilien).
- 15 <http://gcindex.boersenag.de/de/news.php>, letzter Zugriff 06.09.2016.
- 16 Munich Re: *Verantwortungsbewusste Anlagestrategie*, unter <https://www.munichre.com/corporate-responsibility/de/responsibility/corporate-responsibility-in-business/cr-in-investment/index.html> (Letzter Zugriff 2.12.2016) .
- 17 <https://www.unpri.org/about>, letzter Zugriff 25.07.2016.
- 18 http://www.unpri.org/about-pri/the-six-principles/?mealingua_lang_id=17, letzter Zugriff 01.08.2016.
- 19 <http://www.unepfi.org/psi/vision-purpose/>, letzter Zugriff 25.07.2016.
- 20 <https://www.munichre.com/corporate-responsibility-2015/de/management/responsibility-in-business/corporate-governance/index.html>, letzter Zugriff 01.08.2016.
- 21 Spörndli, Markus: „Wer macht mit bei der Infrastrukturorgie?“, in: *WOZ* 15/2016, 14.4.2016, www.woz.ch/-6ab9, letzter Zugriff 25.07.2016.
- 22 Barbara Happe (urgewald/Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre): Rede auf der Hauptversammlung der Munich RE am 23.4.2015 in München.

2. Mapfre aus Spanien – Lead bei der Versicherung von Belo Monte

- 1 <http://www.mapfre.com/corporativo/grupomapfre/en/cinformativo/data-mapfre-group.shtml>, letzter Zugriff 01.08.2016.
- 2 <http://www.unepfi.org/psi/signatory-companies/>, letzter Zugriff 09.08.2016.
- 3 <https://www.cqcs.com.br/noticia/bb-mapfre-lidera-seguro-de-belo-monte/>, letzter Zugriff 01.08.2016.
- 4 Norte Energia S.A.: *Demonstrações Financeiras Intermédias em 30 de Junho 2015 e relatório de revisão*. Dem Bericht zufolge erhielten die anderen Versicherer deutlich geringere Prämien in diesem Zeitraum: J. Malucelli erhielt demnach rund 30 Mio. Reais, ACE 2,8 Mio. Reais, 547.000 Reais.
- 5 <http://noticias.uol.com.br/cotidiano/ultimas-noticias/2015/07/20/estado-chegou-muito-tarde-a-belo-monte-diz-chefe-de-defensoria.htm>, letzter Zugriff 01.08.2016.

3. Hoffentlich Allianz versichert

- 1 <https://www.unglobalcompact.org/what-is-gc/participants>, letzter Zugriff 01.08.2016.
- 2 <http://www.unpri.org/signatories/signatories/>, letzter Zugriff 01.08.2016.
- 3 <http://www.unepfi.org/psi/signatory-companies/>, letzter Zugriff 01.08.2016.

- 4 Allianz: Allianz Risk Barometer 2015 (Download: http://www.agcs.allianz.com/assets/PDFs/Reports/Allianz-Risk-Barometer-2015_DE.pdf, letzter Zugriff 01.08.2016).
- 5 <http://blogs.taz.de/latinorama/2013/05/09/aktionarsversammlungen-4-allianz-wegen-staudamm-belo-monte-in-der-kritik/>, letzter Zugriff 01.08.2016.
- 6 Jahreshauptversammlung der Allianz SE am 6.5.2015 in München, Antwort des Vorstands auf Fragen des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
- 7 Jahreshauptversammlung der Allianz SE am 7.5.2013 in München, Antwort des Vorstands auf Fragen des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.
- 8 Tina Kleiber, Christian Russau, Heike Drillisch, Herbert Wasserbauer: *Der Belo Monte-Staudamm und die Rolle europäischer Konzerne*, Berlin: GegenStrömung/infoe, 2014 (Download: http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2014/07/GegenStr%C3%B6mung_Belo-Monte-und-Europ-Konzerne_2014.pdf, letzter Zugriff 03.08.2016).
- 9 Kapitel veröffentlicht am 10. Sept. 2015 als „Hoffentlich Allianz versichert... und mit privatem Schiedsgericht doppelt abgesichert! Ganz ohne Verträge im TTIP-Style: Wie Versicherer und Rückversicherer juristischen Streit zwischen Großbritannien und Brasilien säen“, <http://www.gegenstroemung.org/web/blog/hoffentlich-allianz-versichert-und-mit-privatem-schiedsgericht-doppelt-abgesichert/>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 10 <http://www.hydroworld.com/articles/2013/06/brazil-s-jirau-hydro-project-world-s-largest-cdm-registered-rene.html>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 11 Siehe <http://www.brasil247.com/pt/247/brasil/271005/Terceira-maior-do-Pa%C3%As-usina-hidrel%C3%A9trica-de-Jirau-%C3%A9-inaugurada.htm>, letzter Zugriff 21.1.2016.
- 12 ESBR war Teil des Baukonsortiums und von Beginn an Eigentümer des Staudamms. Die Eigentumsverhältnisse bei ESBR haben sich verändert: Bis Mitte 2013 hielt GDF Suez (heute unter dem Namen Engie fungierend) 50,1%, Eletrosul 20%, Chesf 20% und Camargo Corrêa 9,9%. Mitte 2013 stieg die japanische Mitsui-Tochter Mizha ein, Camargo Corrêa veräußerte ebenfalls einen Anteil, so dass ESBR nun GDF Suez (jetzt Engie) (40%), Eletrosul (20%), Chesf (20%) und Mizha Participações (20%) gehört.
- 13 SulAmérica CIA. Nacional De Seguros S.A., Allianz Seguros S.A, Companhia De Seguros Aliança Do Brasil, Mapfre Vera Cruz Seguradora S.A., Itaú–Unibanco Seguros Corporativos S.A. und Zurich Brasil Seguros S.A.
- 14 Revista Consultor Jurídico, 19.4.2012.
- 15 Efeito Jirau encarece seguros, 9.5.2011, <http://www.ihu.unisinos.br/noticias/43086-efeito-jirau-encarece-seguros> Barbara Happe (urgewald/ Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre): Rede auf der Hauptversammlung der Munich RE am 23.4.2015 in München.
- 16 *GI/Globo*, 23.12.2011.
- 17 *Consultor Jurídico*, 19.4.2012.
- 18 *Valor Econômico*, 20.4.2012.
- 19 Siehe <http://www.fdcl.org/wp-content/uploads/2004/01/FDCL-EU-MERCOSUR-BulletinNr1-Jan2004.pdf#page=69>, gleichwohl hat Brasilien allein in 2015 drei neue BITs der sogenannten neuen Generation – ohne private Schiedsgerichte – geschlossen, siehe <http://www.fdcl.org/2015/04/investitionsschutzvertrag-als-light-modell/>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 20 Christian Russau: Hoffentlich Allianz versichert... und mit privatem Schiedsgericht doppelt abgesichert!, Berlin: GegenStrömung, September 2015 (download unter: http://www.gegenstroemung.org/web/wp-content/uploads/2015/09/Hoffentlich-Allianz-versichert-und-mit-privatem-Schiedsgericht-doppelt-abgesichert_Christian-Russau-GegenStroemung-web.pdf).
- 21 Maia, Andrea / Lys Porto Ferreira da Silva, Vivien: O Diferencial da Mediação nos Contratos de Seguro e Resseguro, in: *Justiça & Cidadania*, Juni 2016, S. 66, unter http://www.findresolution.com.br/download/revista_just_cid.pdf, letzter Zugriff am 21.12.2016.
- 22 Jahreshauptversammlung der Allianz SE am 6.5.2015 in München, Antwort des Vorstands auf Fragen des Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre.
- 23 Isagen: Presentación a inversionistas, August 2009, S. 37 (Download: https://www.isagen.com.co/comunicados/Presentacion_Emission_Preliminar.pdf, letzter Zugriff 03.08.2016).
- 24 <http://www.zeit.de/online/2009/34/unglueck-russland-wasserkraftwerk>, letzter Zugriff 03.08.2009.
- 25 <http://de.reuters.com/article/idUKLP41159520090825?pageNumber=2&virtualBrandChannel=0>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 26 Hannover RE: Annual Report 2009, S.57.
- 27 <http://www.kiap.com/press-centr/success-cases/lawyers-of-rosno-sue-a-swiss-reinsurer-for-more-than-1-billion-rubles-for-the-second-time-over-an-accident-at-the-sayano-shushenskaya-hydropower-plant.html>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 28 <http://www.munichre.com/en/reinsurance/magazine/topics-online/2011/04/engineering-property>, letzter Zugriff 3.8.2016.
- 29 <http://revistaapolice.com.br/2015/07/munich-re-deixa-a-russia/>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 30 <https://www.urgewald.org/presse/allianz-angst-eigenen-courage>, letzter Zugriff 3.8.2016.
- 31 Allianz: *ESG Integration Framework* (download unter: https://www.allianz.com/v_1467708774000/media/responsibility/documents/Allianz_ESG_Integration_Framework_2016.pdf, letzter Zugriff: 20.11.2016).
- 32 So Vorstandsvorsitzender Oliver Bäte auf der Allianz-Hauptversammlung am 4.5.2016 in München.
- 33 Allianz: *ESG Integration Framework* (download unter: https://www.allianz.com/v_1467708774000/media/responsibility/documents/Allianz_ESG_Integration_Framework_2016.pdf, letzter Zugriff: 20.11.2016).

4. Hannover Re: Eigentlich gegen „zerstörerische“ Großstaudämme, aber...

- 1 Hannover Re: Annual Report 2002, S.38.
- 2 Hannover Re: GRI-Bilanz 2013, S.27.
- 3 Hannover Re: GRI-Bilanz 2013, S.28.

V. Das Herzstück der Wasserkraftwerke: Die Turbinenhersteller

- 1 Vgl. die Steckbrief-Serie des CorA-Netzwerks für Unternehmensverantwortung und des Forums Menschenrechte über die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte unter www.cora-netz.de, darunter „Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen“, „Der Belo-Monte-Staudamm: Wasserkraft auf Kosten der Menschenrechte“, „Lahmeyer International: Bauen ohne Rücksicht auf Verluste“,

„Wasserkraft auf Kosten der Bevölkerung: Der Hidrosogamoso-Staudamm in Kolumbien“ (download unter: www.cora-netz/cora/steckbriefe, letzter Zugriff 03.08.2016).

1. Trotz Skandalen: Andritz liefert

- 1 <http://www.andritz.com/index/hydro.htm>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 2 <http://www.andritz.com/de/index/gr-news/gr-news-detail.htm?id=23737>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 3 Ebd.
- 4 <http://www.wwf.at/de/spatenstich-mekong-staudamm/>, letzter Zugriff 03.08.2016.
- 5 Ebd.
- 6 Zitiert nach <http://www.ftwatch.at/beschwerde-gegen-die-andritz-ag-im-wirtschaftsministerium-eingereicht/>, letzter Zugriff 04.08.2016.
- 7 <http://www.theguardian.com/global-development-professionals-network/2016/jan/08/wonder-of-the-aquatic-world-under-threat-from-plans-for-mekong-dams>, letzter Zugriff 04.08.2016.
- 8 <https://www.internationalrivers.org/campaigns/xayaburi-dam>, letzter Zugriff 04.08.2016.
- 9 <http://www.ftwatch.at/beschwerde-gegen-die-andritz-ag-im-wirtschaftsministerium-eingereicht/>, letzter Zugriff 04.08.2016.
- 10 Ebd.
- 11 Zitiert nach <http://www.ftwatch.at/beschwerde-gegen-die-andritz-ag-im-wirtschaftsministerium-eingereicht/>, letzter Zugriff 04.08.2016.
- 12 Ebd.
- 13 <http://www.internationalrivers.org/resources/9233>, letzter Zugriff 04.08.2016.
- 14 Ebd.
- 15 Andritz: *Nachhaltigkeitsbericht 2014*, S. 12 (Download: http://www.andritz.com/de/gr-nachhaltigkeitsbericht-2014_de.pdf, letzter Zugriff 21.12.2016). Im Nachhaltigkeitsbericht 2015 wird diese Aussage nahezu wortidentisch wiederholt.
- 16 Andritz: *Nachhaltigkeitsbericht 2015*, S. 28 (Download: <http://www.andritz.com/de/gr-sustainability-report-2015-de.pdf>, letzter Zugriff 21.11.2016).
- 17 ebd.
- 18 <http://www.andritz.com/de/index/gr-about-us/gr-sustainability/gr-environmental-sustainability.htm> (letzter Zugriff 04.08.2016).
- 19 Ebd.
- 20 Andritz: *Nachhaltigkeitsbericht 2014*, S. 39 (Download: http://www.andritz.com/de/gr-nachhaltigkeitsbericht-2014_de.pdf, letzter Zugriff 4.8.2016).
- 21 a.a.O., S. 59.
- 22 a.a.O.
- 23 GRI – Global Reporting: *G4 Leitlinien zur Berichterstattung* (deutsch), 2013, S. 23 (Download: <https://www.globalreporting.org/resource-library/German-G4-Part-One.pdf>, letzter Zugriff 04.08.2016).
- 24 <http://www.sustainabilitywithinreach.com/blog/tag/greenwash/>, letzter Zugriff 15.08.2016.

2. Alstom und das Umweltmanagementsystem ISO 14001

- 1 Seit 2015 gehört Alstoms Energiesparte zu General Electric.
- 2 <http://www.alstom.com/about-us/sustainability/our-policy/>, letzter Zugriff 15.06.2016.
- 3 Vietnam Union of Science and Technology Association (VUSTA): *Follow-up Study on Impacts of Resettlement of Son La Hydropower Plant*, Hanoi: Center for Water Resources Conservation and Development (WARECOD), 2008, S.4, (Download: https://www.internationalrivers.org/sites/default/files/attached-files/vusta_son_la_report_2008.pdf, letzter Zugriff 15.08.2016).
- 4 a.a.O., S. 33.
- 5 <http://icon.com.vn/en-s83-89238-615/Tianjin-Alstom-Hydro-fulfills-on-time-the-delivery-of-the-first-runner-of-SouthEast-Asia%E2%80%99s-largest.aspx>, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 6 <http://www.power-technology.com/projects/xiangjiaba-hydropower-plant/>, letzter Zugriff 15.08.2016. Finanziert wird der 11,5 Milliarden US-Dollar teure Xiangjiaba-Staudamm über die China Yangtze Power Corporation (CYPC), China Development Bank (CDB) und die China Construction Bank, gebaut wird er von der Three Gorges Project Corporation (CTGPC), ebd.
- 7 <http://icon.com.vn/en-s83-89238-615/Tianjin-Alstom-Hydro-fulfills-on-time-the-delivery-of-the-first-runner-of-SouthEast-Asia%E2%80%99s-largest.aspx>, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 8 <http://www.theborneopost.com/2010/11/11/ahc-inaugurates-first-phase-of-1000mw-hydro-turbine-generator-unit/>, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 9 <http://journal.probeinternational.org/2011/03/31/thousands-of-chinese-citizens-protest-forced-resettlement-by-hydro-dam-clash-with-police/>, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 10 <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/china/9541869/China-rushes-to-build-a-new-generation-of-mega-dams-as-thirst-for-power-grows.html>, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 11 ebd.
- 12 Ian Johnson: „Canada’s Aid Seeded China Dam. Study Steered Contentious Three Gorges, But Warnings Existed“, in: *Wall Street Journal*, 31.12.2007, unter <http://www.wsj.com/articles/SB119906431204358677>, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 13 <http://www.eca-watch.org/publications/case-study-three-gorges-dam>, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 14 <http://www.reuters.com/article/us-china-threegorges-idUSBRE87L0ZW20120822>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 15 https://www.internationalrivers.org/sites/default/files/attached-files/3gorgesfactsheet_feb2012_web.pdf, letzter Zugriff 15.08.2016.
- 16 <http://www.ge-alstom.com/>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 17 Facing Finance: *Dirty Profits 4 – Report on Companies and Financial Institutions Benefiting from Violations of Human Rights*, Berlin: Facing Finance e.V., Februar 2016 (Download: http://www.facing-finance.org/files/2016/02/ff_dp4_EN_WEB.pdf, letzter Zugriff 16.08.2016).

3. Voith Hydro: Weltmarktanteil von 25 Prozent

- 1 Voith: *Nachhaltigkeitsbericht 2014*, S.10 (Download: http://www.voith.com/de/Voith_NHB_D_2014_WEB.pdf, letzter Zugriff 16.08.2016).

- 2 Siehe hierzu die aktuellsten Geschäftszahlen unter <https://www.voith.com/de/Voith-ZDF-2016-de.pdf>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 3 <http://www.voith.com/de/konzern/nachhaltigkeit-178.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 4 Voith: *Nachhaltigkeitsbericht 2014*, S.10 (Download: http://www.voith.com/de/Voith_NHB_D_2014_WEB.pdf, letzter Zugriff 16.08.2016).
- 5 Yangtze Power, China Development Bank und die China Construction Bank, siehe <http://www.water-technology.net/projects/xiluodu-dam-jinsha-yangtze-china/>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 6 http://www.voith.com/de/xilu_dou-59072.html, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 7 <http://voith.com/de/produkte-leistungen/wasserkraft/large-hydro-kraftwerke-550.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 8 <http://www.hydroworld.com/articles/2009/03/voith-hydro-to-equip-chinas-12600-mw-xiluodu.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 9 http://voith.com/de/xilu_dou-59072.html, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 10 <http://www.power-technology.com/projects/xiluodu-hydroelectric-power-plant/>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 11 <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/china/9541869/China-rushes-to-build-a-new-generation-of-mega-dams-as-thirst-for-power-grows.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 12 <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/asia/china/9541869/China-rushes-to-build-a-new-generation-of-mega-dams-as-thirst-for-power-grows.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 13 <http://voith.com/de/produkte-leistungen/wasserkraft/large-hydro-kraftwerke-550.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 14 Die Kredithilfe Italiens erfolgte im Rahmen der italienischen Entwicklungszusammenarbeit und war der bis dato größte von italienischer Seite vergebene Hilfskredit. Nach Ansicht der kritischen Nichtregierungsorganisationen Campagna per la Riforma della Banca Mondiale und CEE Bankwatch Network hing dies mit dem italienischen Bauunternehmen Salini Costruttori zusammen. Der italienische Bauriese ist weltweit im Staudambau aktiv, und die Autor/innen der Studie vermuten, dass er die politische Entscheidung für den Kredit beeinflusst hatte, um an den millionenschweren Auftrag zu kommen, Campagna per la Riforma della Banca Mondiale / CEE Bankwatch Network: *The Gilgel Gibe Affair: An analysis of the Gilgel Gibe hydroelectric projects in Ethiopia*. Rom/Prag: CRBM/CEE Bankwatch, 2008 (Download: http://bankwatch.org/documents/gibe_study.pdf, letzter Zugriff 16.08.2016).
- 15 Terri Hathaway: *What Cost Ethiopia's Dam Boom? – A Look Inside the Expansion of Ethiopia's Energy Sector*. San Francisco: International Rivers, February 2008, (Download unter <https://www.internationalrivers.org/sites/default/files/attached-files/ethioreport06feb08.pdf>, letzter Zugriff 22.08.2016).
- 16 Campagna per la Riforma della Banca Mondiale / CEE Bankwatch Network: *The Gilgel Gibe Affair: An analysis of the Gilgel Gibe hydroelectric projects in Ethiopia*. Rom/Prag: CRBM/CEE Bankwatch, 2008, S.11 (Download: http://bankwatch.org/documents/gibe_study.pdf, letzter Zugriff 16.08.2016), Terri Hathaway: *What Cost Ethiopia's Dam Boom? – A Look Inside the Expansion of Ethiopia's Energy Sector*, San Francisco: International Rivers, February 2008, (Download unter <https://www.internationalrivers.org/sites/default/files/attached-files/ethioreport06feb08.pdf>, letzter Zugriff 22.08.2016).
- 17 a.a.O.
- 18 http://www.voith.com/de/presse/pressemitteilungen-99_64480.html, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 19 <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2016/aethiopien>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 20 Handelsblatt, 21.11.2015, unter <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/wachstumsmaerkte/aethiopien-der-neue-wachstumsstar-in-afrika/12574322.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 21 Voith Hydro: *Project Fact Sheet. Baglihar-Stage I & Stage II Hydro Electric Power Plants*, 2014 (Download: http://voith.com/de/Fact_Sheets_Baglihar_2014_print.pdf, letzter Zugriff 16.08.2016).
- 22 Zubair Ahmad Dar: *Power Projects in Jammu & Kashmir: Controversy, Law and Justice*. LIDS Working Papers 2011-2012: Harvard: Harvard Law and International Development Society, (Download: <http://orgs.law.harvard.edu/lids/files/2011/11/LIDS-WP-1112-Dar.pdf>, letzter Zugriff 16.08.2016).
- 23 Prof. Raymond Lafitte: *Expert Determination on points of difference referred by the Government of Pakistan under the provisions of the Indus Waters Treaty – Executive Summary*, Lausanne: World Bank, 2007 (Download: <http://siteresources.worldbank.org/SOUTHASIAEXT/Resources/223546-1171996340255/BagliharSummary.pdf>, letzter Zugriff 16.08.2016).
- 24 Die zur Flutung des Stausees von Seiten Indiens zu entnehmende Menge Wasser wurde begrenzt, aber nicht in dem Maße, wie von Pakistan gefordert, <http://www.waterpowermagazine.com/news/newsbaglihar-decision-an-end-to-the-dispute>, letzter Zugriff 16.08.2016).
- 25 <http://www.sify.com/news/report-on-baglihar-ii-hydel-project-by-november-news-national-jkymudaceiisi.html>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 26 <http://nation.com.pk/lahore/22-Mar-2015/ica-s-verdict-on-baglihar-dam-is-bad>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 27 <http://www.ndtv.com/india-news/pm-narendra-modi-inaugurates-baglihar-power-project-highlights-1241130>, letzter Zugriff 16.08.2016.
- 28 Voith Hydro: *Project Fact Sheet. Baglihar-Stage I & Stage II Hydro Electric Power Plants*, 2014 (Download: http://voith.com/de/Fact_Sheets_Baglihar_2014_print.pdf, letzter Zugriff 16.08.2016).
- 29 Ähnliche Projekte sind das 330-MW-Staudammprojekt Kishenganga am gleichnamigen Fluss oder die seit 1984 von Indien geplante Schiffbarmachung des Flusses Jhelum für die Wintermonate im Rahmen des Tulbul Navigation-Projekts, <http://www.internationalwaterlaw.org/blog/category/tribunal-decision/>; <http://www.waterpowermagazine.com/news/newsbaglihar-decision-an-end-to-the-dispute>, letzter Zugriff 16.08.2016.

VI. Ingenieure, Bauleiter und Zertifizierer

- 1 <http://www.tractebel-engie.com/>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 2 <http://www.lahmeyer.de/meldung/article/capiton-verkuendet-den-verkauf-von-lahmeyer-an-tractebel-engineering.html>, letzter Zugriff 16.08.2016; http://www.capiton.com/index.php?option=com_content&view=article&id=88%3Aseptember-2014-lahmeyer-international-gmbh&catid=6%3Apressmitteilungen&Itemid=13&lang=de, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 3 <https://www.n-koei.co.jp/english/energy/hydropower.html>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 4 <http://www.theconstructionindex.co.uk/news/view/nippon-koei-concedes-defeat-to-arcadis-in-battle-for-hyder>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 5 http://www.fwt.fichtner.de/php/main/page/php/referenzen.php/off/1/z/7/ukat_id/6/kat_id/3/sprache/d/li/0re_w, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 6 Ebd.

- 7 <https://www.internationalrivers.org/resources/a-case-study-on-the-manantali-dam-project-mali-mauritania-senegal-2011>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 8 Ebd.
- 9 http://www.fwt.fichtner.de/php/main/page/php/referenzen.php/on/1/z/5/ukat_id/6/kat_id/3/sprache/d/li/0re_w, letzter Zugriff 25.09.2016.

1. Lahmeyer: Jahrzehntelange Erfahrung im Staudammgeschäft – Mit bösen Unfällen

- 1 <http://www.lahmeyer.de/unternehmen/ueber-uns.html>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 2 <http://www.lahmeyer.de/projekte/detail/article/bauueberwachung-und-vertragsmanagement-beim-merowe-damm-projekt-sudan.html>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 3 Andere Quellen sprechen von bis zu 50.000 vertriebenen Menschen, <http://cleanleap.com/whos-who-chinas-overseas-dam-industry/hydro-power-construction-equipment-suppliers-and-survey>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 4 <http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/wirtschaft-und-menschenrechte/lahmeyer.html>, letzter Zugriff 22.08.2016; ein Video auf youtube dokumentiert, wie die Betroffenen überrascht vor den steigenden Fluten fliehen müssen, https://www.youtube.com/watch?v=aBB_5sjLgZk, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 5 <http://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/wirtschaft-und-menschenrechte/lahmeyer.html>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 6 <http://www.taz.de/!5252971/>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 7 <https://www.ecchr.eu/de/unsere-themen/wirtschaft-und-menschenrechte/lahmeyer.html>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 8 Es zeigte 7,9 auf der Richterskala. Knapp 8.800 Menschen verloren infolge des Erdbeben vom 25. April 2015 und des Folgebebens vom 12. Mai mit 7,3 auf der Richterskala ihr Leben, mehr als 22.000 wurden verletzt, zehntausende sind seither obdachlos und leben in Zelten oder notdürftig zusammengeflackten Behausungen. Laut Daten der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA hat sich in Nepal aufgrund des Erdbebens eine Landfläche von 120 mal 50 Kilometer um rund einen Meter gehoben, <http://www.hydropower-dams.com/pdfs/news20153.pdf>, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 9 <http://spectrum.ieee.org/energywise/energy/renewables/nepals-hydropowerbased-power-system-survived-its-m79-quake->, letzter Zugriff 22.08.2016.
- 10 <http://www.hydroworld.com/articles/2015/04/earthquake-in-nepal-that-killed-thousands-may-have-an-affect-on-hydroelectric-facilities.html>, <http://spectrum.ieee.org/energywise/energy/renewables/nepals-hydropowerbased-power-system-survived-its-m79-quake->, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 11 <http://www.circleofblue.org/waternews/2015/world/nepal-earthquake-damages-at-least-14-hydropower-dams/>, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 12 <http://www.hidcl.org.np/nepal-hydropower.php#>, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 13 <http://www.circleofblue.org/waternews/2015/world/nepal-earthquake-damages-at-least-14-hydropower-dams/>, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 14 Weitere, noch größere Staudammprojekte sind in Planung. Chinas Three Gorges Corporation hat Mitte 2015 die Verträge zum Bau eines 750 MW-Staudamms am West Seti-Fluss in Nordwest Nepal unterzeichnet, <http://www.reuters.com/article/nepal-hydropower-china-idUSL4N0XA4EN20150413>, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 15 Upper Tamakoshi Hydropower Limited: *Upper Tamakoshi Hydroelectric Project – Introduction & Present Status*, Kathmandu: Upper Tamakoshi Hydropower Limited, Februar 2011, S. 3 (Download unter http://www.raonline.ch/pages/np/pdf/UTK__HEP11.pdf, letzter Zugriff 23.08.2016).
- 16 <http://www.hydroworld.com/articles/2015/05/nepal-s-456-mw-upper-tamakoshi-hydroelectric-project-suffers-settlement.html>, letzter Zugriff 23.08.2016; <http://kathmandupost.ekantipur.com/news/2015-05-11/quake-hits-456mw-tamakoshi-dam.html>, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 17 Upper Tamakoshi Hydropower Limited: *Upper Tamakoshi Hydroelectric Project – Introduction & Present Status*, Kathmandu: Upper Tamakoshi Hydropower Limited, Februar 2011, S. 3 (Download unter http://www.raonline.ch/pages/np/pdf/UTK__HEP11.pdf, letzter Zugriff 23.08.2016).
- 18 <http://spectrum.ieee.org/green-tech/geothermal-and-tidal/earthquakes-hinder-green-energy-plans>, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 19 <http://earthquake.usgs.gov/earthquakes/eqinthenews/2008/us2008ryan/>, letzter Zugriff 23.08.2016.
- 20 <http://spectrum.ieee.org/green-tech/geothermal-and-tidal/earthquakes-hinder-green-energy-plans>, letzter Zugriff 23.08.2016; <http://www.smh.com.au/news/world/huge-dam-may-have-triggered-sichuan-earthquake-scientists-say/2009/02/03/1233423223292.html>, letzter Zugriff 23.08.2016.

2. Die deutschen TÜVs und der Clean Development Mechanism

- 1 Es handelt sich um ein Pseudonym, um die Informanten vor Ort vor Repressalien zu schützen.
- 2 Tina Lea: *Xiaoxi and Xiaogushan CDM Hydropower Projects: Report from a Field Trip*. Berkeley: International Rivers, November 2008 (Download unter <https://www.internationalrivers.org/node/7405>, letzter Zugriff 24.08.2016).
- 3 <https://www.internationalrivers.org/blogs/226/t%C3%BCv-s%C3%BCd-travelled-with-the-cops-to-a-cdm-project-0>, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 4 UNFCCC/CCNUCC CDM – *Executive Board: EB 53, Report, Annex 2: TÜV Süd Industrie Service GMBH – Modalities of the Suspension* (Download unter https://cdm.unfccc.int/EB/053/eb53_repan02.pdf, letzter Zugriff 24.08.2016).
- 5 <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/5549-tuev-sued-verliert-un-zulassung>; <http://www.reuters.com/article/us-carbon-un-suspensions-idUSTRE62P5E420100326>, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 6 <http://www.klimaretter.info/umwelt/nachricht/6507-tuev-sued-darf-wieder-cdm-projekte-pruefen>, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 7 http://www.geo.de/GEO/heftreihen/geo_magazin/ein-planet-wird-verheizt-66219.html, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 8 In diesem vom TÜV Süd zertifizierten Vorgang ging es um CO₂-Gutschriften aus einem chinesischen Wasserkraftwerk, die sich RWE gutschreiben liess auf Kohlendioxidemissionen aus der RWE-Braunkohleverstromung in Deutschland.
- 9 <https://www.internationalrivers.org/taxonomy/term/1100>, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 10 <https://www.internationalrivers.org/resources/investigative-report-exposes-fraudulent-cdm-hydropower-project-in-china-3740>, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 11 <https://cdm.unfccc.int/Projects/DB/ERM-CVS1291830806.57/view>, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 12 UNFCCC: *Project Design Document – Bujagali Hydropower Project*, 2014 (Download unter <https://cdm.unfccc.int/UserManagement/>

FileStorage/8FZCNYUT9JB5AO6SM0KXR73QGEHIPV, letzter Zugriff 24.08.2016).

- 13 Ebd.
- 14 UNFCCC: *Project Validation Report – Bujagali Hydropower Project, 2014*, S. 22 (Download unter <https://cdm.unfccc.int/UserManagement/FileStorage/HA0MN2GWX18YJE4IC93R56UFPZ7QD>, letzter Zugriff 24.08.2016).
- 15 TÜV Rheinland (China) Ltd: *Verification Report for the CDM Project Activity Bujagali Hydropower Project in Uganda, Report No. 01 99791050 77275, Version 1.2, 2014-09-01*, 2013 (siehe <http://cdm.unfccc.int/Projects/DB/ERM-CVS1291830806.57/iProcess/TUEV-RHEIN1384424513.61/view>, letzter Zugriff 24.08.2016).
- 16 Siehe hierzu ausführlich Russau, Christian: *Nur wichtig mit Papieren rumpfuchteln reicht nicht. Am Tapajós-Fluss geraten Brasiliens Energieausbaupläne ins Stocken, weil Gesetze nicht beachtet werden. Es geht dabei vor allem um die Frage, ob Konsultation bloß Anhörung oder auch Zustimmung bedeutet*. 13.7.2015, unter <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/nur-wichtig-mit-papieren-rumpfuchteln-reicht-nicht>, letzter Zugriff 24.08.2016.
- 17 <https://www.internationalrivers.org/resources/why-environmental-impact-assessments-fail-to-protect-rivers-7885>, letzter Zugriff 24.08.2016.

VII. Von Banken, Baufirmen und Stromanbietern

- 1 Klara Sikorova, Pippa Gallop, CEE Bankwatch Network: *Financing for hydropower in protected areas in Southeast Europe*, Radolfzell/Wien: Euronatur/Riverwatch, Dezember 2015 (Download: http://www.balkanrivers.net/sites/default/files/SEE-hydropower-financing_14-12-2015.pdf, letzter Zugriff 12.07.2016).
- 2 <http://eng.sinohydro.com/index.php?m=content&c=index&a=lists&catid=15>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 3 <http://www.reuters.com/article/russia-rushydro-idUSL6N0RV1HO20140930>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 4 So z. B. zwischen 1983 und 1998 der Yacyreta-Staudamm- und das Wasserverkehrsprojekt zwischen Paraguay und Argentinien, das wegen der Größe des Stausees (über 1.600 Quadratkilometer) und den daraus entweichenden Methanausdünstungen in die Negativschlagzeilen gelangte; die Dämme Katse und Mohale in Lesotho, für die viele Tausend Menschen ihre Häuser, ihr Farm- und Weideland verloren und der Lower Kihansi-Staudamm in Tansania, der einen der 25 biodiversity-hot spots, die von IUCN anerkannt werden, schwer beeinträchtigte.
- 5 <http://www.salini-impregilo.com/en/projects/completed/dams-hydroelectric-plants/saddam-hydroelectric-project.html>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 6 <http://www.ethiopian-news.com/ethiopia-launched-grand-millennium-dam-project-the-biggest-in-africa/>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 7 <http://www.hochtief.de/hochtief/782.jhtml>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 8 <https://www.internationalrivers.org/resources/grand-inga-hydroelectric-project-an-overview-3356>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 9 <http://www.hydroworld.com/articles/2012/11/hochtief-wins-contract-for-construction-of-chiles-531-mw-alto-maipo-hydropower-project.html>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 10 <http://www.internationalrivers.org/blogs/436/chileans-stand-to-defend-the-maipo-river>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 11 <http://www.hochtief.de/hochtief/4320.jhtml>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 12 <https://www.enge.com/en/businesses/electricity/hydropower>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 13 <https://khampoua.wordpress.com/tag/theun-hinboun/>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 14 <https://www.internationalrivers.org/resources/western-banks-violate-rights-law-in-lao-dam-deal-3779>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 15 <https://khampoua.wordpress.com/tag/theun-hinboun/>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 16 <http://www.opb.org/news/article/rivers-recovery-rapidly-once-dams-are-gone-study-finds/>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 17 http://www.rivernet.org/general/dams/decommissioning_fr_hors_poutes/stvig_d.htm, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 18 <http://www.opb.org/news/article/rivers-recovery-rapidly-once-dams-are-gone-study-finds/>, letzter Zugriff 1.12.2016.
- 19 http://www.nytimes.com/2015/08/11/science/elwha-river-dam-removal-project-washington.html?_r=0, letzter Zugriff 1.12.2016.

Kurzinhalt

Wasserkraft boomt, insbesondere in den Ländern des globalen Südens. Angesichts der Herausforderungen des Klimawandels wirbt die Industrie für die vermeintlich saubere und grüne Energie. Doch die zahlreichen negativen Effekte von Wasserkraftwerken blendet sie aus: Menschen werden umgesiedelt und verlieren ihre Lebensgrundlage, wichtige Ökosysteme werden überflutet, die Flussökologie wird gestört. Erdbebenrisiken, die Verschärfung internationaler Konflikte und die Erschließung zusätzlicher Landstriche für Rohstoffabbau und Agroindustrie sind weitere Auswirkungen vieler Staudammprojekte. Darüber hinaus sorgen Methanausdünstungen aus den Wasserreservoirs der Kraftwerke dafür, dass die Anlagen längst nicht so klimafreundlich sind, wie gerne behauptet wird.

Doch für viele Unternehmen und Finanzinstitutionen bieten Wasserkraftwerke satte Gewinnmöglichkeiten. Darunter befinden sich auch zahlreiche deutsche und europäische Unternehmen; bekannt ist die Rolle, die Turbinenhersteller und Baufirmen dabei spielen. Doch auch Banken, Versicherer, Zertifizierer und Ingenieurbüros verdienen am Geschäft mit der Wasserkraft. Dabei können sie bisweilen auf staatliche Unterstützung in Form von Exportkreditbürgschaften oder Finanzierung durch Entwicklungsbanken zählen.

Diese Publikation wirft Schlaglichter vor allem auf Unternehmen aus Deutschland, aber auch aus anderen europäischen Ländern, die sich am globalen Staudammgeschäft beteiligen. Dabei soll auch die Bedeutung weniger bekannter Akteure hervorgekehrt werden. Im Fokus steht dabei immer, inwiefern die Konzerne ihren menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen – oder eben nicht.

